

05.06



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Die Pläne der EU für 2007  
Agrarsubventionen: Wer erhält wie viel wofür?  
Europas neue Energiepolitik: Unentschieden  
Lebensraum Mittelmeer: Akut gefährdet**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 15 (2006), Heft 05  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

#### DNR Geschäftsstelle Berlin/

#### EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin

Juliane Grüning (jg), Bjela Vossen (bv),  
Marion Busch (mbu), Tinka Lutz (tl),  
Christina Drees (cd), Ulrike Tröger (ut),  
Deborah Bernsdorf (db), Matthias Bauer  
(mb), Eva Zinecker (ez), Thomas Frisch-  
muth (tf)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80

eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)

Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

#### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)

eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)

Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind willkommen. Die Redaktion muss sich Kürzung und redaktionelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Redaktionsschluss ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Einzelne Artikel können nachgedruckt werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Geigerzähler und die EU: Wer tickt hier nicht richtig?

### Liebe Leserinnen und Leser,

„Mehr Transparenz“ - das fordert das Europäische Parlament von den Institutionen der EU und besonders vom Ministerrat, der häufig hinter verschlossenen Türen tagt und dessen Entscheidungsfindungen für Außenstehende mitunter nicht nachvollziehbar sind.

„Mehr Demokratie, Dialog und Diskussion“ - das will die EU-Kommission mit ihrem „Plan D“ erreichen und hat im Internet Weblogs eingerichtet und viele andere Aktionen gestartet, um die EU näher an die Bevölkerung zu bringen.

„Mehr Geld für Umwelttechnologien“ hat Umweltkommissar Stavros Dimas den europäischen Unternehmer/innen zugerufen.

Und dann? Dann entscheidet sich zum Beispiel an der Mittelvergabe, wie ernst die EU die Anliegen ihrer Bürger/innen nimmt. Im 7. Forschungsrahmenprogramm für die Jahre 2007 bis 2011, das noch unter der Österreichischen Präsidentschaft verabschiedet werden soll, ist eine Verdreifachung der Fördermittel für die EURATOM-Forschung vorgesehen, von 1,35 auf 4,1 Mrd. Euro - größtenteils für Fusionsforschung und Sicherheit, aber auch für die Entwicklung neuer Atomreaktoren. Dabei ist ein Vertrag wie EURATOM, der seit 1957 die Mitgliedstaaten der EU zum Ausbau der Atomenergie auffordert, weder im Sinne der Bürger/innen noch zeitgemäß und gehört abgeschafft.

Europaweit erinnerten in den letzten Wochen Hunderttausende an den 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Dort ist die Umgebung bis heute so verstrahlt, dass große Landstriche unbewohnbar sind. Die EU-Bürger/innen sprechen sich immer wieder mit großer Mehrheit gegen Atomenergie aus. Bei einer im Januar veröffentlichten Eurobarometer-Befragung fanden nur 9 Prozent der Frauen und 16 Prozent der Männer in der EU, dass Atomenergie weiterentwickelt werden sollte, um unabhängiger von Energieimporten zu werden. Dagegen nannten 49 Prozent der Frauen und 47 Prozent der Männer Solarenergie als vorrangig zu entwickelnde Technologie.

Nicht nur für die Atomkraft, auch für die Gentechnik und die Nanotechnologie flie-

Ben Milliardensummen unserer Steuergelder in die europäische Forschungsförderung. Obwohl die Risikoforschung zur Nanotechnologie völlig unzureichend ist und die ersten Produkte wegen schwerer Gesundheitsschäden bereits zurückgerufen werden müssen, wird in Siebenmeilenstiefeln tapfer drauflosentwickelt. Dabei gibt es doch so viel Sinnvolleres zu erforschen und zu entwickeln, um Europa auf einen nachhaltigen Weg zu bringen.

Denn noch immer sind die Weichen falsch gestellt. Natürliche Ressourcen werden verschwendet, vernichtet oder vergiftet, wie sogar EU-eigenen Umweltverträglichkeitsprüfungen zu entnehmen ist. Ohne Rücksicht auf Verluste betreibt die EU eine Handelspolitik, die nachhaltige Entwicklung innerhalb wie außerhalb Europas torpediert. Und obwohl zahlreiche Studien belegen, dass Privatisierung und Marktliberalisierung besonders im Dienstleistungssektor ökologisch und sozial fatale Auswirkungen haben und außerdem diskriminierend wirken, wird in der EU munter weiter über die Dienstleistungsrichtlinie debattiert.

Zum Glück gibt es auch immer wieder hoffnungsvolle Zeichen. So stimmte der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments Ende April gegen die von den Staats- und Regierungschefs eingebrachten Änderungen an der Grundwasserrichtlinie. Damit besteht nun eine Chance, dass das Plenum Mitte Juni eine weitere Abschwächung der Richtlinie ablehnt.

Nichtsdestotrotz: wir dürfen die öffentliche Daseinsvorsorge nicht in die Hände von Leuten legen, die nur kurzfristige Interessen haben. Die EU braucht streitbare Geister, die sich für Umweltschutz, Öffentlichkeitsrechte und die Natur als Wert an sich einsetzen. „Handeln als beste Option“ ist eben nur dann gut, wenn es in die richtige Richtung führt. Wenn dabei herauskommt, dass wir demnächst wieder mit Geigerzählern herumlaufen, weil ein Menschenversuch mit einem „sicheren Atomkraftwerk“ missglückt ist, tickt es irgendwo nicht ganz richtig.

Eine streitbare Lektüre wünscht Ihnen

Juliane Grüning  
DNR Berlin

### In eigener Sache

Nika Greger, langjährige Leiterin der EU-Koordination, hat den DNR verlassen und ist in neue berufliche Gefilde aufgebrochen. Wir Kolleg/innen wünschen ihr viel Glück und sagen Dank (nicht nur) für die gute Zusammenarbeit!

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Geigerzähler und die EU: Wer tickt hier nicht richtig?

## 5 Global

- Iran: Nukleare Drohungen
- Strategie zum Schutz der Arktis
- Warnung vor Palmölsprit aus Wäldern

## 6 EU-Politik, Recht

- Die Pläne der EU für 2007
- Europäischer Rat 23./24.3.: Lissabon-Strategie, Bürokratieabbau, Energiepolitik
- EU-Haushalt 2007-2013: Einigung
- Dienstleistungsrichtlinie: 2. Runde
- Dimas: In Ökotechnologie investieren
- Ressourcen: Gegen Liberalisierung
- Handelsliberalisierung am Mittelmeer
- EU-Handelspolitik: Nicht öko-sozial
- Ressourcenproduktivität: Keine Ziele
- Green Week: Thema Biodiversität
- Newsticker

## 12 Abfall, Produktpolitik

- Schiffsrecycling: Gesetzentwurf
- Abfall: Warnung vor Umklassifizierung
- Elektroschrott-RL: Berlin setzt um
- Revision der Abfallrahmenrichtlinie
- Newsticker

## 14 Agrarpolitik, Gentechnik

- EU-Agrarsubventionen intransparent
- Neue EU-Ökoverordnung: Übereilt
- EU-weite Koexistenzregeln gefordert
- Spanien: Maisfelder Gen-kontaminiert
- EFSA soll transparenter werden
- Newsticker

## 18 Chemikalien, Emissionen

- RoHS-Richtlinie: Konsultation
- Luftqualität im Parlament
- IPPC-Umsetzung zu langsam
- Hormonwirksame Substanzen gefährlicher als gedacht
- Aktivitäten gegen Quecksilber
- Nanotech-Moratorium gefordert
- Newsticker

## 21 Energie, Klima

- Stromnetze: Anpassung an dezentrale Energiequellen
- EU-Gipfel: „Energiepolitik für Europa“
- 20 Jahre Tschernobyl: Atomkraft zwischen Mythos und Katastrophe
- Widerstand gegen Blairs Atompläne
- Studie: Klimaschutz nicht teuer
- Emissionshandel bisher ohne Wirkung
- Autos bleiben „CO<sub>2</sub>-Schleudern“
- Energielobby torpediert Klimaschutz
- Newsticker

## 29 Naturschutz, Biodiversität

- UN-Biodiv-Konferenz: Chance vertan
- Klimawandel bedroht Pflanzenarten
- Illegaler Holzhandel: Lahmer Kampf
- Raubbau: Amazonas in großer Gefahr
- Umsetzung EU-Gesetzgebung
- Newsticker

## 33 Verkehr, Tourismus

- Eurovignette auch für 3,5-Tonner
- Autos sparsamer, aber zahlreicher
- Kerosinsteuerbefreiung: Urteil
- Newsticker

## 35 Wasser, Meere

- Abwasser: 14 Prozent unbehandelt
- NGO-Bündnis gegen Privatisierung
- Mittelmeerraum: Blue-Plan-Bericht:
- 6. Nordsee-Ministerkonferenz
- Newsticker

## 38 Service

- Veröffentlichungen
- Ausschreibungen
- EU-Umwelt-Termine
- Wegweiser mit Adressen: EEB, EU, UN

## Sonderheft

- EUR-Sonderheft: Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie (separate Heftung)

## Nukleare Bedrohung gegen Irans Atomanlagen

### IPPNW-Appell gegen Atomwaffeneinsatz im Iran

Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW hat Anfang April auf ihrem internationalen Kongress „Zeitbombe Atomenergie - 20 Jahre Tschernobyl“ mit Bestürzung auf einen Bericht des US-amerikanischen Magazins The New Yorker reagiert. Demnach planen die USA, unterirdische nukleare Forschungsanlagen im Iran mit Atomwaffen anzugreifen. Der amerikanische Journalist Seymour Hersh berichtet unter Berufung auf Washingtoner Quellen von konkreten Plänen der US-Militärführung, nach denen die US-Regierung den Einsatz von bunkerbrechenden Nuklearwaffen gegen die Atomanlage Natans beschließen soll. Dagegen richtet sich ein Appell, der bei der Tagung verabschiedet wurde. Bereits 2003 hatte IPPNW in einer Studie (Sidel et al.) die Behauptung widerlegt, dass eine mit geringer Sprengkraft bestückte bunkerbrechende Atomwaffe nur minimalen Schaden und keine nukleare Gefahr erzeuge.

### Nukleare Munition beeinflusst Uranwerte der Luft in Europa

Im Februar wurde eine Studie der britischen Umweltberatungsorganisation Green Audit veröffentlicht, in der ein Anstieg der Urankonzentration im Frühjahr 2003 in der Luft über Großbritannien festgestellt wurde. Offenbar erreichte durch die Bombardierungen im Irak mit Uranmunition neun Tage nach Kriegsbeginn angereichertes Uran per Luftströmung ganz Europa. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

IPPNW-Geschäftsstelle, Körtestr. 10, 10967 Berlin  
Tel. 030 / 69-80740, Fax -38166  
eMail: kontakt@ippnw.de  
Appell online unterstützen:  
[www.ippnw.de/?/s,1/o,form,20](http://www.ippnw.de/?/s,1/o,form,20)

Quelle: Telepolis 20.02.06  
[www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22081/1.html](http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22081/1.html)

## Strategie zum Schutz der Arktis beschlossen

### Nordische Staaten: Klimawandel und Umweltverschmutzung eindämmen

Als eine Plattform für eine zukünftige Zusammenarbeit der nordischen Staaten haben sich die Umweltminister/innen aus Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden bei einem Treffen im März auf eine Strategie zu Klimawandel und Umweltverschmutzung geeinigt. Damit soll ein stärkerer Fokus auf die „arktische Dimension“ bei der EU und der UN gelegt werden, sagte die norwegische Umweltministerin Helen Bjornoy. Die Initiative ist Teil des Nordischen Umweltaktionsplans für 2005 bis 2008, der unter der Schirmherrschaft des Arktischen Rats<sup>1</sup> steht.

### Minister/innen befürchten große Einschnitte durch Klimawandel

Der Klimawandel wirkt sich besonders stark auf die Regionen der Arktis aus. Die Minister/innen gehen von großen physikalischen, ökologischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen aus, die einen Dominoeffekt weit über das Gebiet hinaus haben werden. Als Grundlage für eine globale und zentrale Vereinbarung wollen die Minister/innen Vorschläge zur Emissionsreduzierung von Schwermetallen, insbesondere von Quecksilber, erarbeiten.

Die neue Strategie bezieht sich auch auf den Schutz der marinen Umwelt und richtet sich nach der thematischen Strategie für den Schutz und die Erhaltung der Meeresumwelt und der dazugehörigen Meeresstrategie-Richtlinie der EU. Des Weiteren sprachen sich die Minister/innen dafür aus, die globale Chemikalienstrategie SAICM (Strategic Approach to International Chemicals Management) zu unterstützen. (db) ■

#### • Weitere Informationen

Nordischer Ministerrat, Store Strandstræde 18, DK-1255 Kopenhagen K  
Tel. 0045 33 / 9602-00, Fax -02  
eMail: nmr@norden.org  
[www.norden.org](http://www.norden.org)

<sup>1</sup> Der Arktische Rat ist ein zwischenstaatliches Forum der Anrainerstaaten, das dem Schutz der Umwelt und der Ureinwohner der Region dienen soll und Forschungsprojekte und Entwicklungsvorhaben koordiniert.

## „Kein Kahlschlag-Diesel in den Tank“

### Breites Bündnis warnt vor Palmöl-Kraftstoff aus Waldgebieten

Ein Bündnis aus Menschenrechts- und Umweltorganisationen - darunter der DNR und mehrere seiner Mitgliedsverbände - hat sich gegen den Einsatz von Treibstoff aus Palmöl auf Kosten von Waldökosystemen ausgesprochen.

Der weltweite Palmölboom habe verheerende Auswirkungen für die Regenwälder und ihre Bewohner/innen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. Waldzerstörung, Agrargifte in Boden, Wasser und Luft sowie Landkonflikte und Verarmung seien die Folgen. Auch die Habitate von Ausrottung bedrohter Arten auf Sumatra und Borneo, wie Orang-Utan, Waldelefant und Tiger, fielen „in atemberaubender Geschwindigkeit dem Kahlschlag für Palmöl-Plantagen zum Opfer“.

Mit ihrer Politik sei die EU mitverantwortlich dafür, dass für angeblich „erneuerbaren“ Treibstoff die letzten Regenwälder zerstört würden. Die Bilanz der Energiegewinnung aus Palmöl sei nur vermeintlich neutral, denn sie berücksichtige nicht die ökologischen und sozialen Folgen für die Erzeugerländer.

Das Bündnis fordert u. a.:

- strenge ökologische und soziale Kriterien für so genannte Bio-Kraftstoffe;
  - eine grundlegende Änderung der Energie- und Verkehrspolitik;
  - Schutz der Primärwälder vor Abholzung und Abbrennen;
  - Keine Zertifikate für Palmöl-Monokulturen;
  - Schutz der Menschenrechte;
  - Keine Finanzierung und Hermes-Versicherung naturzerstörender Projekte;
  - Förderung kleinbäuerlicher Strukturen in den Anbauländern.
- (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Watch Indonesia!, Marianne Klute, Planufer 92 d, 10967 Berlin  
Tel. 030 / 69817938  
eMail: klute@snafu.de  
<http://home.snafu.de/watchin>

Erklärung „Kein Kahlschlag-Diesel in den Tank“:  
[www.regenwald.org/texte.php?id=17](http://www.regenwald.org/texte.php?id=17)

## Die Pläne der EU für 2007

### Handeln als beste Option?

„Durch Handeln das Vertrauen stärken“ – so ist die Mitteilung der EU-Kommission mit den Plänen für das Jahr 2007 überschrieben. Die Kommission sieht im Handeln die „beste Option“ für Europa, da die EU an ihren Taten gemessen werde. Drei strategische Ziele gelten ohnehin seit Beginn der Amtszeit der Kommission: Wohlstand, Solidarität und Sicherheit. Im Oktober 2005 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einem informellen Treffen in Hampton Court darüber hinaus auf „Kernthemen für das Handeln der EU in einem Umfeld zunehmender Globalisierung“, nämlich Forschung und Entwicklung, Universitäten, demografische Herausforderungen, Energie, Migration und Sicherheit. Darum ranken sich auch die Pläne für das nächste Jahr.

2007 beginnen außerdem die neue Finanzierungsperiode bis 2013 und auch das 7. Forschungsrahmenprogramm für den gleichen Zeitraum. Außerdem wird die EU durch den geplanten Beitritt Bulgariens und Rumäniens nochmals anwachsen.

### Wohlstand: Energie und Verkehr

Unter der Überschrift „Wohlstand“ finden sich für 2007 geplante konkrete Maßnahmen im Energie- und Verkehrsbereich:

- Vorbereitung der Einrichtung einer Europäischen Beobachtungsstelle für Energiemärkte.
- Vollendung des Binnenmarktes für Elektrizität und Gas.
- Aktionsplan für intermodale Verkehrslogistik mit dem Ziel, die Verkehrsüberlastung zu verringern und die Transportkosten zu senken.
- Im NAIADES-Aktionsplan<sup>1</sup> vorgesehene Förderung der Binnenschifffahrt und Nutzung ihres kommerziellen Potenzials.

### Solidarität: Nachhaltige Entwicklung

Die EU-Kommission erkennt an, dass Wirtschaftswachstum mit „wirtschaftlicher und sozialer Kohäsion, einem hohem Niveau des Umwelt- und Menschenschutzes, Rücksicht auf künftige Generationen und

<sup>1</sup> Am 17.01.06 hat die EU-Kommission eine Mitteilung zur Förderung der Binnenschifffahrt angenommen. Das Aktionsprogramm „NAIADES“ läuft von 2006-2013 und umfasst fünf strategische Binnenschifffahrtspolitikbereiche: Markt, Flotte, Arbeitsplätze/Fachwissen, Image und Infrastruktur (siehe EUR 03.06, S. 26).

Beachtung gemeinsamer Werte“ Hand in Hand gehen muss: dies bilde den Kern einer nachhaltigen Entwicklung. Besonderes Augenmerk liegt auf:

- Förderung von nachhaltigem Management und Schutz natürlicher Ressourcen mit besonderer Aufmerksamkeit für die Begrenzung des Verlusts an biologischer Vielfalt.
- Vorschläge für eine EU-Meerespolitik, die zu einem umfassenden Konzept für die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit maritimer Aktivitäten führt.
- Energiesektor mit besonderer Förderung der erneuerbaren Energien.
- Einhaltung der von der EU eingegangenen Klimaschutz-Verpflichtungen durch Aktualisierung ihres Emissionshandels.

Konkret geplante Maßnahmen („Nachhaltige Ressourcenverwaltung und -nutzung sowie Umweltschutz“) sind:

- Überarbeitung des EU-Emissionshandels und ein Vorschlag über CO<sub>2</sub>-Bindung und -speicherung.
- Neue Initiativen für ein umweltfreundliches öffentliches Beschaffungswesen als Teil des Aktionsplans für nachhaltiges Produzieren und Konsumieren.
- Neue Strukturen für die Entwicklung und Demonstration von „sauberen Kohletechnologien“ („clean coal“).
- Einrichtung der neuen EU-Agentur für chemische Stoffe in Helsinki und Durchführung der Rechtsvorschriften im Rahmen der neuen REACH-Verordnung für Chemikalien.
- Überarbeitung der Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie: Anpassung an den wissenschaftlichen Kenntnisstand.
- Abschluss der Anhörung zum Grünbuch über eine künftige Meerespolitik und Vorlage eines Aktionsplans.

### Sicherheit und Freiheit: Gesundheit

2007 wird neben Rüstungsgeschäften („Verteidigungsmarkt“) unter dem Thema Sicherheit auch Gesundheit abgehandelt. Unter anderem geht es dabei um folgende Maßnahmen:

- Startphase der Globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES): Überwachung der Flächennutzung, Krisenmanagement, Überwachung der Ozeane.
- Aufbau eines Gemeinschaftsrahmens für sichere, hochwertige und effiziente Gesundheitsdienste durch Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und Herstellung von Klarheit und Sicherheit in der Anwendung des

Gemeinschaftsrechts auf Gesundheitsdienste und Gesundheitsversorgung.

- Neue EU-Tiergesundheitsstrategie einschließlich Maßnahmen zur Prävention, zur Verbesserung der Kohärenz mit anderen EU-Politikbereichen und zur besseren Nutzung der Finanzmittel.

### Internationale Beziehungen

- Fünf Jahre nach dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung: Bewertung der Fortschritte der EU bei den eingegangenen Verpflichtungen, Ermittlung der wichtigsten Herausforderungen der kommenden fünf Jahre.
- Einrichtung des internationalen Fonds für erneuerbare Energien, Konsolidierung der Fortschritte bei den internationalen Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels.
- Erhöhung des Beitrags der internen EU-Politikbereiche zur Umsetzung der Agenda der Millenniums-Entwicklungsziele im Hinblick auf die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung.

### „Vereinfachung“ der EU-Gesetzgebung lässt Umweltschutz-Abbau befürchten

2007 soll außerdem die angekündigte „Vereinfachung“ der EU-Gesetzgebung beginnen. In ihrem rollenden Dreijahresprogramm hat die EU Vereinfachungsinitiativen in verschiedenen Bereichen vorgesehen. Darunter fallen Industrie (z. B. Bau-, Fahrzeug-, Kosmetik-, Medizinprodukte-Sektor), die Förderung der Verbraucherrechte sowie zentrale Binnenmarktsektoren (Regulierung von Finanzdienstleistungen, Kennzeichnung von Futtermitteln und von Lebensmitteln). Darunter fällt aber auch die Umwelt (z. B. Abfall, Industrieemissionen, Ozonschicht).

Für die Umweltverbände ist hier Vorsicht angebracht. Damit beim Bürokratieabbau nicht auch gleich der Umweltschutz abgebaut wird, gilt es für sie wachsam zu sein. Machmal ist Nicht-Handeln tatsächlich die umweltfreundlichere Option. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

Vollständiger Text der Mitteilung:  
[www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006\\_0122de01.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0122de01.pdf)

## Europäischer Rat am 23. und 24. März

### Lissabon-Strategie, Bürokratieabbau, Energiepolitik

Im Frühjahr treffen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs traditionell zum EU-Gipfel, um über Wirtschaftsthemen und die Fortschritte der Umsetzung der so genannten Lissabon-Strategie<sup>1</sup> zu debattieren. Der Europäische Rat hatte bereits vergangenes Jahr vier Handlungsfelder als vorrangig identifiziert:

- Höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung;
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmenstätigkeit, vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen;
- Verbesserung der Jobchancen junger und alter Menschen und für Frauen;
- Energiepolitik.

Doch beim diesjährigen Gipfel in Brüssel gab es zu diesen Themen nur wenige konkrete Ergebnisse. So wurde die EU-Kommission aufgefordert, die vom Parlament geforderten Änderungen an der Dienstleistungsrichtlinie einzuarbeiten. Ein Einstieg in eine gemeinsame Energiepolitik wurde vereinbart. Die Ausgaben für Forschung und Bildung sollen bis 2010 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Darüber hinaus wurde ein europäischer Pakt für die Gleichstellung von Männern und Frauen verabschiedet.

### Beschäftigungswachstum

Beschlossen hat der Rat per „Absichtserklärung“ außerdem, dass ein Beschäftigungswachstum von einem Prozent erreicht werden soll, um bis 2010 jährlich zwei Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei geht es besonders auch um Jugendförderung. Schulabgänger/innen soll bis 2007 ermöglicht werden, innerhalb von sechs Monaten eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle zu erhalten.

### Energiepolitische Leitlinien

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich außerdem auf gemeinsame energiepolitische Leitlinien verständigt. Die gemeinsame Energiepolitik soll ein Gleichgewicht zwischen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit anstreben (siehe Beitrag S. 22). Die

<sup>1</sup> Ziel der Lissabon-Strategie ist es, die EU bis zum Jahr 2010 zur wettbewerbsstärksten Region der Welt zu machen. Durch mehr Wachstum soll auch mehr Beschäftigung geschaffen werden.

Agrarpolitik	371.344
davon ländliche Entwicklung	78.239
Strukturfonds	308.041
Wettbewerbsfähigkeit	74.098
Verwaltung	49.800
EU als internationaler Akteur	49.463
Sicherheit und Justiz	6.630
Unionsbürgerschaft	4.140
Ausgleichszahlungen	800
<b>gesamt</b>	<b>864.316</b>

Öffnung der Märkte und der „Protektionismus“ der Nationalstaaten und ihrer Energiewirtschaft hatte zwar vorher für Streit gesorgt, wurde aber auf dem Gipfel augenscheinlich nicht diskutiert. Beim Energiemix der Mitgliedstaaten soll aber die EU auch in Zukunft nicht mitbestimmen dürfen - insofern bleibt beispielsweise die Frage der Atomenergienutzung Sache der einzelnen Länder.

### Neugründung von Unternehmen erleichtert

Die Neugründung von Unternehmen soll erleichtert, „bürokratische Hürden“ dabei abgebaut werden. So soll es möglich sein, dass die Gründung eines neuen Betriebes innerhalb einer Woche möglich wird. Eine zentrale Anlaufstelle soll eingerichtet werden, um sicherzustellen, dass alle Formalitäten an einer Stelle erledigt werden können.

Bleibt zu hoffen, dass diese eine Stelle dann auch gut über Sozial- und Umweltstandards wacht. Denn sonst wird aus vermeintlichem Bürokratieabbau ganz schnell ein Riesenschlupfloch für umweltschädliche und sozial unverträgliche Neugründungen. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

Europäischer Rat, Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381  
Schlussfolgerungen im Internet:  
[http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/89030.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/89030.pdf)

Quellen: jW 25.03.06, Die Welt 24.03.06, [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int) 05.04.2006

## Einigung über EU-Haushalt

### Finanzielle Vorausschau 2007-2013: Ein Vier-Milliarden-Kompromiss

Nach zähen Verhandlungen über den EU-Haushalt konnten sich das Europäische Parlament und der Ministerrat Anfang April auf die finanzielle Vorausschau 2007-2013 einigen (siehe Tabelle links). Parlaments-Berichtersteller Reimer Böge (CDU) kommentierte den Kompromiss: „Ich bin nicht zufrieden.“ Das Parlament hatte „qualitative Elemente“ (mehr Mitbestimmungsrechte, grundlegende Reform u. ä.) und 12 Milliarden mehr gefordert - nun wurden es zwei Milliarden Aufstockung und zwei Milliarden geschickte Umwidmung. Insgesamt beläuft sich das Budget auf 866 Mrd. Euro.

Die vier Milliarden Um- und Aufstockung teilen sich im Budget so auf:

- 2,1 Mrd. Euro für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung:
- 500 Mio. für Transeuropäische Netze,
- 800 Mio. Euro für lebenslanges Lernen, Erasmus und Leonardo,
- 300 Mio. für das 7. Forschungsrahmenprogramm,
- 400 Mio. für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation,
- 100 Mio. für Soziales;
- 300 Mio. für Kohäsion, Wachstum und Beschäftigung (territoriale Kooperation);
- 100 Mio. für den Schutz natürlicher Ressourcen (Life+ und Natura 2000);
- 200 Mio. für Gesundheit und Verbraucherschutz;
- 300 Mio. für Kulturprogramme wie Jugend, Kultur, Bürger für Europa;
- 1 Mrd. für die Rolle Europas in der Welt:
- 200 Mio. für EU-Nachbarschaftspolitik,
- 800 Mio. für Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

### BirdLife: Bittersüßer Erfolg

Die Naturschutzorganisation BirdLife begrüßte, dass es 100 Mio. Euro mehr für das Natura-2000-Programm geben wird. Allerdings führten die anderen Ausgaben und Abstriche bei umweltfreundlicher Landwirtschaft nicht dazu, dem Verlust an Biodiversität Einhalt zu gebieten. (jg) ■

### • Weitere Informationen

[www.birdlife.org/news/news/2006/04/life.html](http://www.birdlife.org/news/news/2006/04/life.html)  
[www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2006\\_2/PM\\_060405\\_2](http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2006_2/PM_060405_2)

## EU-Dienstleistungsrichtlinie verändert in die zweite Runde

### EU-Kommission nimmt Änderungen von Parlament und Rat an

Anfang April hat die EU-Kommission ihren neuen Vorschlag zur EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgelegt, versehen mit einigen der von Ministerrat und Parlament angeordneten Änderungen. Das umstrittene Herkunftslandprinzip ist nach zahlreichen Protesten<sup>1</sup> etwas entschärft worden. Der Begriff „Herkunftslandprinzip“ wurde durch „Dienstleistungsfreiheit“ ersetzt.

Ausnahmen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit werden jetzt an einer prominenteren Stelle im Entwurf geregelt. Waren sie im alten Entwurf nur möglich, wenn sie durch die Besonderheiten des Ortes gerechtfertigt waren, sind sie jetzt generell möglich, dürfen aber zugleich weder direkt noch indirekt diskriminierend sein und müssen verhältnismäßig sein. Aus Sicht der Kritiker/innen geht der Vorschlag aber weiter in die falsche Richtung, da zu befürchten sei, dass sich langfristig Umwelt- und Sozialstandards nach unten bewegen, wenn verbindliche Regelungen abgeschwächt werden.

### Wie erforderlich ist „Erforderlichkeit“?

Eröffnung von Niederlassungen in einem anderen EU-Land werden durch eine Straffung der Genehmigungsverfahren stark vereinfacht. Auflagen darf es nur geben, wenn eine „Erforderlichkeit“ vorliegt, die etwa aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit oder des Schutzes der Umwelt gerechtfertigt ist. Kritiker/innen befürchten, dass darüber, was tatsächlich „erforderlich“ ist, in Zukunft häufig vom Europäischen Gerichtshof entschieden wird. Außerdem befürchten sie Probleme bei Kontrollen, da Nachweise aus anderen Mitgliedstaaten in der Regel automatisch anerkannt werden müssen.

### Öffentliche Daseinsvorsorge:

#### Ausschreibungspflicht

Darüber hinaus wird es eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge geben, wenn diese dem Wettbewerb offen stehen und nur eine begrenzte Anzahl von Konzessi-

onen und Genehmigungen vergeben werden können. Diese Konzessionen müssen dann in nicht näher bezeichneten „regelmäßigen Abständen“ ergebnisoffen neu ausgeschrieben werden. Betroffen könnten davon insbesondere eine Reihe von kommunalen Dienstleistern sein, die von den Gebietskörperschaften in eigenständige GmbHs ausgegliedert wurden und denen im Rahmen dieser Verfahren der Verlust ihrer Konzessionen droht. Dies kritisierte die globalisierungskritische Organisation Attac.

Von diesen Regelungen ausgenommen sind nur in der Richtlinie explizit festgelegte Bereiche wie Verkehrsdienstleistungen, zu denen auch der ÖPNV gehört, oder einige Dienstleistungen der Sozialfürsorge wie sozialer Wohnungsbau, Kinderbetreuung und Familiendienste. Damit betrifft die Regelung insbesondere all diejenigen Bereiche, in denen es eine staatliche Bedarfsplanung gibt, wie etwa bei Kindergärten, oder wo nur ein einziger Anbieter zugelassen werden kann, wie bei der Wasser-, Strom- und Gasversorgung, Müllabfuhr und Straßenreinigung. Offen bleibt, was im Fall eines Konzessionswechsels aus dem bisher dort beschäftigten Personal wird und wie der bisherige Konzessionsinhaber für bereits getätigte, aber noch nicht abgeschriebene Investitionen entschädigt wird.

Welcher Dienstleister wird freiwillig große Summen in umweltfreundlichere Technologien investieren, wenn nicht klar ist, ob die Konzession nach der ergebnisoffenen Ausschreibung wieder an ihn geht? Der voranschreitenden Privatisierung von Wasser- und Abwasser-, Gas- und Stromversorgung wird die Dienstleistungsrichtlinie jedenfalls weiter Antrieb geben. ■

Autor/innen: Juliane Grüning, DNR Berlin, Stephan Lindner, Attac

### • Weitere Informationen

Stephan Lindner, Mitglied im Attac-Bundeskoordinierungskreis  
Tel. 030 / 29492437  
eMail: stlindner@ipn.de

Geänderter Vorschlag der Europäischen Kommission im Internet:  
[www.europa.eu.int/comm/internal\\_market/services/docs/services-dir/guides/amended\\_prop\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/internal_market/services/docs/services-dir/guides/amended_prop_de.pdf)

## Industrie soll „grüne“ Technologien voranbringen

### Umweltkommissar Dimas ruft zu Investitionen auf

Bei einem Gipfeltreffen europäischer Unternehmen Mitte März hat EU-Umweltkommissar Stavros Dimas auf die große Bedeutung der Umwelttechnologien hingewiesen. Er rief die Industrie dazu auf, jetzt dort zu investieren, da die offensichtlichen Veränderungen in der natürlichen Umwelt nicht mehr umkehrbar seien.

China und einige Staaten der USA hätten die Notwendigkeit grüner Innovationen bereits erkannt und orientierten sich bei neuen Gesetzen und der Entwicklung von Technologien an europäischen Standards.

Dimas nannte drei Aufgaben für die Industrie:

1. Öko-Technologien als Chance für hoch lukrative Geschäfte sehen,
2. Innovationen als lohnend betrachten. Beispiel: Erneuerbare Energien galten zeitweise als hohes Investitionsrisiko und sorgen nun für hohe Gewinne,
3. Durch gezielte Werbung und Marketingstrategien Ökoprodukte zum „Mainstream“ machen.

### EU fördert Umwelttechnologien

Mit dem Aktionsplan für Umwelttechnologien ETAP ist ein Rechtsrahmen geschaffen worden, um Innovationen in diesem Bereich zu fördern (EUR 03.04, S. 15). Darunter fallen beispielsweise Anreize für die Industrie durch finanzielle Förderung, aber auch die Einführung von Maßstäben und Normen für Produkte und Technologien.

Der Umweltkommissar betonte, die umwelttechnologische Innovation und Entwicklung sei wichtig nicht nur für die Erhaltung der Erde, sondern auch für das Wirtschaftswachstum der EU. (db) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2991111

Umwelttechnologie-Aktionsplan ETAP:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/etap](http://www.europa.eu.int/comm/environment/etap)

<sup>1</sup> siehe EUR Sonderheft 01.06 „EU-Dienstleistungsrichtlinie stoppen - Daseinsvorsorge und Umweltrecht bedroht“

## EU soll natürliche Ressourcen vor Liberalisierung schützen

### NGO-Bündnis sieht Warnzeichen in Umweltverträglichkeitsprüfungen

Ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen hat in einer Stellungnahme zu der Konferenz über die Folgen der Handelsliberalisierung auf die nachhaltige Entwicklung im März in Brüssel gefordert, die EU solle aus den früheren Folgenabschätzungen (Trade SIAs) lernen.<sup>1</sup> Europa habe die Verantwortung, natürliche Ressourcen - Wälder, Fischbestände und Minerale - aus den Verhandlungen der Welt handelsorganisation WTO zu nicht-agrarischen Produkten (NAMA) herauszuhalten. Die in diesen Bereichen erfolgten Prüfungen auf eine Verträglichkeit mit nachhaltiger Entwicklung hätten deutlich negative Ergebnisse in den Bereichen Umwelt, Soziales, Beschäftigung und Geschlechtergerechtigkeit gezeigt, so die vier NGOs.<sup>2</sup>

### NGOs: Waldwirtschaft, Fischerei und natürliche Ressourcen raus aus NAMA

Deshalb müssten die NAMA-Sektorverhandlungen über Waldwirtschaft und Fischerei gestoppt werden. Natürliche Ressourcen dürften nicht dem Liberalisierungszwang unterworfen werden und müssten aus dem Vorschlag für nichttarifäre Maßnahmen<sup>3</sup> ausgenommen werden. Statt dessen sollten nichttarifäre Maßnahmen beschlossen werden, die den Konsum natürlicher Ressourcen reduzieren, die Lebensgrundlagen verbessern und den Wohlstand besonders von armen Bevölkerungsschichten erhöhen. Das Management natürlicher Ressourcen müsse mit dem Millennium-Development-Ziel der Ausrottung der Armut verknüpft werden.

Die EU behaupte, dass Handelsliberalisierung positiv für Entwicklungsländer sei. Dabei hätten sowohl Hochrechnungen der

Weltbank als auch Studien der Tufts University in Boston (USA) ergeben, dass

- nur die großen Entwicklungsländer von der Handelsliberalisierung profitieren;
- heute 70 % der Gewinne in die entwickelten Länder fließen (2003: 40 %);
- der Einfluss auf die Armutsentwicklung sehr gering ist, nämlich höchstens für ein Prozent der Armen positiv sei.

In die WTO-NAMA-Verhandlungen müsse dringend Armutsbekämpfung und der Schutz natürlicher Ressourcen integriert werden, bevor es zu spät sei, so das Bündnis. Die EU müsse die Ergebnisse ihrer eigenen Umweltverträglichkeitsprüfungen ernst nehmen. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Kampagne zur Reform der Weltbank: Campagna per la riforma della Banca Mondiale (CRBM), Andrea Baranes, Rom  
Tel. 0039 06 / 78-26855, Fax -58100  
eMail: abaranes@crbm.org  
www.crbm.org

Friends of the Earth (FoEE), Alexandra Wandel, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5420185  
eMail: alexandra.wandel@foeeurope.org

Greenpeace International, Daniel Mittler, Berlin  
Tel. 0171 / 8765345  
eMail: daniel.mittler@int.greenpeace.org

Women in Development Europe (WIDE), Barbara Specht, Brüssel  
Tel. 00322-5459070, Fax -5127342  
eMail: barbara@wide-network.org

Vollständige Stellungnahme im Internet (engl.):  
[www.foeeurope.org/publications/2006/NGO\\_Statement\\_natural\\_resources\\_SIAs\\_March06.pdf](http://www.foeeurope.org/publications/2006/NGO_Statement_natural_resources_SIAs_March06.pdf)

## Handelsliberalisierung am Mittelmeer mit Umweltrisiko

### Umweltverbände fordern Moratorium

Anlässlich der 5. Euromediterranen Handelsministerkonferenz (EuroMed) am 24. März im marokkanischen Marrakesch hat ein Bündnis von Umweltorganisationen<sup>4</sup> ein Moratorium für die Liberalisierungsverhandlungen gefordert. Die NGOs warnten, dass die EuroMed-Handelsliberalisierungen in der Region beträchtliche nachteilige soziale und ökologische Folgen für die mediterranen Partnerländer haben werden. Viele ärmere Bewohner der Mittelmeerstaaten lebten in ländlichen Räumen und von der Landwirtschaft. Lokale Märkte seien daher sehr viel wichtiger als internationale. Durch ungehemmte Privatisierung seien außerdem Bildungs- und Gesundheitssysteme, Trinkwasser- und Energieversorgung in Gefahr. Diese Sektoren müssten von der Liberalisierung ausgenommen werden.

An der Konferenz beteiligten sich die Handelsminister der 25 EU-Mitgliedstaaten, der beiden EU-Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien sowie der 10 Euromediterranen Partnerländer Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästina, Syrien, Tunesien und Türkei, der so genannten EuroMed-Staaten. Die EU will mit den Mittelmeerstaaten bis 2010 eine Freihandelszone einrichten. Hauptthemen der Konferenz waren der formale Verhandlungsbeginn über die Dienstleistungsliberalisierung und über einfachere Rahmenbedingungen zur Förderung von Direktinvestitionen in den beteiligten Ländern. Auch die weitere Handelsliberalisierung bei Agrar- und Fischereiprodukten stand auf dem Programm. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Friends of the Earth, Eugene Clancy, MedNet-Koordinatorin, San Juan de Alicante, Spanien  
Tel. 0034 965 / 652932  
eMail: mednet@foeeurope.org

Weitere Quelle: [www.eu2006.at](http://www.eu2006.at)

1 Abschätzung der Folgen der Handelsliberalisierung auf die nachhaltige Entwicklung - Konferenz zur Bestandsaufnahme, 21./22.03.06; Hintergrund (deutsch): [http://trade-info.cec.eu.int/doclib/docs/2006/april/tradoc\\_128367.pdf](http://trade-info.cec.eu.int/doclib/docs/2006/april/tradoc_128367.pdf)

2 Kampagne zur Reform der Weltbank (Campagna per la riforma della Banca Mondiale), Greenpeace, Friends of the Earth, Women in Development Europe (WIDE)

3 Als nicht-tarifäre Handelshemmnisse bezeichnet man alle Versuche, durch Vorschriften außerhalb des Außenhandelsrechtes ausländischen Anbietern den Marktzugang zu erschweren.

4 Europäisches Umweltbüro (EEB); ENDA Maghreb; Friends of the Earth MedNet; Mediterranean NGO Network for Ecology and Sustainable Development (MEDForum); Mediterranean Information Office for Environment, Culture and Sustainable Development (MIO-ECSDE); WWF Mediterranean Programme Office (MedPO)

## EU-Handelspolitik „ökologisch fatal, sozial diskriminierend“

### Bericht von Friends of the Earth und WIDE zur EU-Position

Die Handelspolitik der EU ist unvereinbar mit ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Das ist das Ergebnis einer von der Umweldachorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) und der Frauen- und Entwicklungsorganisation Women in Development Europe (WIDE) vorgelegten Analyse zur EU-Handelspolitik. Ende März, am Vorabend einer hochrangigen EU-Kommissionskonferenz, kritisierten die Organisationen, die EU treibe die Etablierung eines Systems voran, das Gerechtigkeit und Umweltschutz ignoriere. Der Bericht analysiert vor allem die EU-Position bei den WTO-Verhandlungen in Hongkong im letzten Dezember und bei den nachfolgenden Verhandlungen.

„Unkontrolliertes Wachstum des Handels und offene Märkte für natürliche Ressourcen und Dienstleistungen in Entwicklungsländern führen nicht zu nachhaltiger Entwicklung“, kritisierte FoEE-Handelsexpertin Alexandra Wandel die Haltung der EU-Kommission. Die Verhandlungen verliefen weder transparent noch demokratisch und dienten hauptsächlich zur Sicherung der eigenen Pfründe. Statt Entwicklung wie in der Doha-Erklärung 2001 versprochen zu machen, zwängen die EU, die USA und andere Staaten die Entwicklungsländer zu einer weiteren Liberalisierung ihres Agrar-, Industriegüter- und Dienstleistungssektors. Die EU müsse ihre Handelsagenda für ökonomische Alternativen öffnen.

Der Bericht behandelt unter anderem den Ausverkauf natürlicher Ressourcen unter der WTO, die Frage der Ernährungssouveränität, die biologische Sicherheit sowie die Gender-Dimension der Handelsagenda. Dabei geht es sowohl um Agrar- als auch Nicht-Agrar-Produkte. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth (FoEE), Alexandra Wandel, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5420185  
eMail:  
alexandra.wandel@foeeurope.org  
Bericht im Internet:  
[www.eurosur.org/wide/Globalisation/WTO06.pdf](http://www.eurosur.org/wide/Globalisation/WTO06.pdf)

## EU zögert bei Zielen für Ressourcenproduktivität

### Kommission: Datenmangel macht abrechenbare Vorgaben unmöglich

Die EU soll erst sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten die vereinbarten Umweltziele wie Luftqualität und Abfallrecyclingquoten erreichen (können), bevor sie über Ziele für Ressourcenproduktivität nachdenkt. Dies forderte der Generaldirektor für Umwelt bei der EU-Kommission, Mogens Peter Carl, Ende März bei einer Konferenz zum Thema.

Nachdem Kritik geäußert worden war, dass die im Dezember veröffentlichte thematische Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen keine quantitativen Ziele enthalte, wies Carl auf einen Mangel an aussagekräftigen Daten hin. Er plädierte für ein vorsichtiges Vorgehen. Man müsse erst gemeinsame Indikatoren entwickeln und vereinbaren. Ziele sähen gut aus, könnten aber zu unerwünschten Nebeneffekten führen, wenn sie ohne sichere Datengrundlage eingefordert würden. So könne das kürzlich geforderte Ziel, bis 2015 einen Anteil von 8 % Biokraftstoffen zu erreichen, zu einer weiteren Entwaldung von Brasiliens Regenwäldern führen, weil mehr importiert werden müsste. Solange die alten Ziele nicht erfüllt seien, sei es nicht gut, neue zu entwickeln, da die EU sonst an Glaubwürdigkeit verliere.

### EEA-Direktorin: Informiertheit führt zu besseren Entscheidungen

Die Direktorin der Europäischen Umweltagentur (EEA) Jacqueline McGlade unterstützte den Ansatz der EU-Kommission. Die Sammlung verlässlicher Daten an die erste Stelle zu setzen sei keine „Verhinderungstaktik“, sondern ermögliche, dass die Verbraucher/innen Entscheidungen auf der Basis von guten Informationen treffen könnten. Außerdem könnten auch die Mitgliedstaaten nur auf der Grundlage von Daten politische Strategien entwickeln.

### EEB: Genügend Wissen für ehrgeizige Ziele ist vorhanden

Das Europäische Umweltbüro widersprach: aus Umweltsicht seien die Größenordnungen bei der Nutzung natürlicher Ressourcen - dank solcher Methoden

wie dem ökologischen Fußabdruck<sup>1</sup> - seit den 1990ern bekannt. Die EU solle sich bei der Ressourcenproduktivität am Faktor-Vier-Prinzip<sup>2</sup> orientieren und beispielsweise ein 12-Prozent-Ziel für den Ökolandbau-Anteil bis 2010 einführen. Auch ein Vertreter des Europäischen Windenergienetzwerks (EWEA) kritisierte, dass mehr Augenmerk auf die ökologischen Auswirkungen der Ressourcennutzung gelegt worden sei, statt die Nutzung von Ressourcen selbst zu reduzieren.

### Ressourcennutzung: Thematische Strategie für die nächsten 25 Jahre

Die thematische Strategie für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen war im Dezember vorgelegt worden (EUR 02.06, S. 15). In einem Zeithorizont von 25 Jahren soll das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Das Wachstumsparadigma selbst wird nicht in Frage gestellt. Ziele sind die Erhöhung der Ressourcenproduktivität, die Erhöhung der Ökoeffizienz und die Nutzung von Alternativen, falls eine umweltfreundliche Nutzung nicht gelingt. Bis 2008 sollen Indikatoren für das Monitoring und die regelmäßige Überprüfung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Strategie entwickelt werden. Außerdem soll ein zentrales Datenzentrum alle verfügbaren Kenntnisse über natürliche Ressourcen gesammelt werden. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 28.03.06

Materialien der Konferenz „Europe's Natural Resources - Securing a sustainable future“:  
[www.europeanvoice.com/ev/info.asp?id=1413](http://www.europeanvoice.com/ev/info.asp?id=1413)

<sup>1</sup> Der Ökologische Fußabdruck, entwickelt 1994 von Mathis Wackernagel und William E. Rees, rechnet den Verbrauch von Ressourcen, der den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen dauerhaft ermöglicht, in die dazu notwendige Fläche um.

<sup>2</sup> Faktor Vier, ein von Ernst Ulrich von Weizsäcker in seinem gleichnamigen Buch eingeführter Begriff, meint „doppelten Wohlstand bei halbiertem Naturverbrauch“. Erreicht werden soll dies durch eine „Effizienzrevolution“, die dazu führt, dass die Naturgüter mindestens viermal besser genutzt werden als bisher.

## „Green Week“ zum Thema Biodiversität

### Veranstaltungen vom 30. Mai bis 2. Juni in Brüssel

Wie in jedem Jahr treffen sich Umweltaktive aus ganz Europa zur so genannten Green Week in Brüssel. Konferenzen, Ausstellungen, Diskussionen und Vorträge thematisieren diesmal Biodiversität und Verhaltensänderung der Menschen.

Vier Hauptstränge sind für die Brüsseler „Grüne Woche“ in diesem Jahr vorgesehen:

- Biodiversität als globale Angelegenheit
- Management von natürlichen Ressourcen
- Mehr Raum für Natur
- Biodiversität und Gesellschaft

Geplant ist, sich allen vier Themensträngen auf die gleiche Art zu nähern - Probleme analysieren, aktiv werden und gemeinsam angehen. Wie nahe die EU ihrem Ziel ist, den Verlust der Artenvielfalt bis 2010 zu stoppen, soll von allen Interessengruppen kritisch beurteilt werden. Für das Europäische Umweltbüro (EEB) sitzt der Naturschutzexperte Pieter de Pous im Vorbereitungscommittee der Nichtregierungsorganisationen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-68450, Fax - 96198  
eMail: [envinfo@cec.eu.int](mailto:envinfo@cec.eu.int)

Konferenzprogramm :  
[www.europa.eu.int/comm/environment/greenweek/conferencetable.html](http://www.europa.eu.int/comm/environment/greenweek/conferencetable.html)

► eMail-Liste für Interessent/innen:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/greenweek/subscribe.html](http://www.europa.eu.int/comm/environment/greenweek/subscribe.html)

Europäisches Umweltbüro (EEB), Pieter de Pous, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289109-1306, Fax -9  
eMail: [pieter.depous@eeb.org](mailto:pieter.depous@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

## Newsticker

### Europas „Plan D“: Bürger/innen sollen sich an Internet-Foren beteiligen

Die EU-Kommission hat eine Internetseite in 20 Sprachen geschaltet, um mit dem so genannten „Plan D“ (Demokratie, Dialog, Diskussion) mit den EU-Bürger/innen in einen Austausch über die Zukunft Europas zu kommen. Nachdem die Bevölkerung Frankreichs und der Niederlande per Volksabstimmung nein zur EU-Verfassung gesagt hatte, war eine „Denkpause“ beschlossen worden. Auf der neuen Website sollen drei große Themen diskutiert werden - zurzeit ohne direkten Umweltbezug:

- Europas wirtschaftliches und soziales Wachstum;
- die Wahrnehmung Europas und seiner Aufgaben;
- die Grenzen Europas und Europas Rolle in der Welt.

► Es ist noch viel Platz für Forderungen nach Gentechnikfreiheit, mehr Geld für Natura 2000, Schiene statt Straße, Meeresschutzgebieten, Euratom-Stopp... (jg)  
[www.europa.eu.int/debateurope](http://www.europa.eu.int/debateurope)

### Parlament fordert öffentliche EU-Ministerratsitzungen

Das Europäische Parlament hat sich Anfang April dafür ausgesprochen, dass die Tagungen des Ministerrats, auf denen dieser als Gesetzgeber handelt, öffentlich zugänglich sein sollen. Das Parlament „hält es für unannehmbar, dass das wichtigste Gesetzgebungsorgan der EU nach wie vor hinter verschlossenen Türen zusammenkommt, wenn es als Gesetzgeber handelt“. Es müssten einheitliche Transparenzstandards entwickelt und der öffentliche Zugang zu Dokumenten der EU-Organen verbessert werden. Das Parlament empfahl der EU-Kommission nachdrücklich, Kriterien festzulegen, unter denen Dokumente ganz oder teilweise als vertraulich eingestuft werden dürfen. Des Weiteren sprach es sich für eine interinstitutionelle Einigung über den Zugang und die Aufbereitung von Dokumenten aus, um die Benutzerfreundlichkeit für die Bürger/innen zu erhöhen. (jg)  
Quelle: [www.europarl.int](http://www.europarl.int) (04.04.06)

### EU-Erweiterung: Fortschrittsberichte über Rumänien und Bulgarien erwartet

Der für die Erweiterung der EU zuständige finnische Kommissar Olli Rehn will Mitte Mai seinen Fortschrittsbericht über die Vorbereitungsprozesse zum EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien vorlegen.

Darin sollen der Fortschritt seit Oktober 2005 überprüft und etwaige Mängel benannt werden. Es geht dabei um politische, ökonomische und rechtliche Fragen. Die beiden Staaten sollen am 1. Januar 2007 in die EU aufgenommen werden. In den Beitrittsverträgen sind allerdings so genannte Schutzklauseln enthalten, mit denen der Beitritt um ein Jahr verschoben oder ganze Kapitel des gemeinschaftlichen Rechtsbestandes für drei Jahre ausgesetzt werden können. Allerdings haben alle EU-Institutionen schon Zustimmung signalisiert. (jg)

Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Referenz: SPEECH/06/218)

### Klimawandel-Folgen sollen in OECD-Entwicklungspolitik einfließen

Umwelt- und Entwicklungsminister/innen der OECD-Länder haben sich Anfang April in Paris getroffen und eine Erklärung veröffentlicht, laut der sie in den Entwicklungshilfeeinrichtungen mehr Bewusstsein für den Klimawandel befördern und verstärkt Umweltverträglichkeitsprüfungen nutzen wollen. Die Minister/innen sprachen sich außerdem für mehr Forschung zu Kosten und Einflüssen bei der Übernahme von Politiken in spezifische Bereiche wie der Landwirtschaft aus. (jg)  
Quelle: [Environment Daily](http://Environment Daily), 06.04.06;  
Erklärung: [www.oecd.org/dataoecd/44/29/36426943.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/44/29/36426943.pdf)

## Schiffsrecycling bald verbindlich geregelt?

### Seeschiffahrtsorganisation stellt Entwurf für internationales Gesetz vor

Der Umweltausschuss der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (MEPC) hat sich bei seinem halbjährlich stattfindenden Treffen im März positiv über den ersten Gesetzentwurf für ein weltweit gültiges Schiffsrecycling geäußert. Ein zweiter Entwurf ist für Oktober geplant, die Annahme des Gesetzes soll bis 2009 erfolgen. Auch im Rahmen der Basler Konvention wird über die Gesetzentwürfe diskutiert.

Umweltaktivist/innen kritisierten den Entwurf. Weder werde der Deponierung giftstoffbelasteter Schiffe Einhalt geboten noch gingen aus dem Text klare Vorschriften zur Umsetzung hervor. Für Militärschiffe gelte das Gesetz gar nicht. Außerdem fehlten klare Regelungen zur Entsorgung der bis 2010 aus dem Verkehr zu ziehenden Einhüllentanker.

### Großbritannien schlägt innerstaatliche Mindeststandards vor

Ende März hat das britische Umweltministerium einen Strategieentwurf über Mindeststandards für das Recycling von staatseigenen Schiffen zur Konsultation freigegeben. Durch Mindestauflagen für Recycler will der Vorschlag hohe Recycling-Standards fördern. Diese Regelung soll auch gelten, wenn die Schiffe den Eigentümer wechseln. Für kommerziell genutzte Schiffe empfiehlt die Strategie hauptsächlich die Einhaltung unverbindlicher Leitlinien der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO). Ferner sollen bestehende Recycling-Möglichkeiten verbessert und ausgedehnt werden sowie neue Kapazitäten geschaffen werden.

Bis 2013 sollen rund 30 britische Militärschiffe stillgelegt und bis 2010 fast 400 der europäischen Schiffe recycelt werden. Die meisten Schiffe werden nach der Nutzung in Entwicklungsländer geschickt, wo kaum Umweltstandards gelten. (db) ■

### • Weitere Informationen

Department for Environment, Food & Rural Affairs (DEFRA), Nobel House, 17 Smith Square, London, SW1P 3JR, Großbritannien  
Tel. 0044 8459 / 335577  
www.defra.gov.uk

## Umweltverbände gegen Öko-Dumping

### EU-weites Bündnis warnt vor Umklassifizierung von Abfällen

Eine Koalition verschiedener europäischer Naturschutzverbände, darunter der Naturschutzbund Deutschland (NABU), hat die Umweltministerien der Mitgliedstaaten aufgefordert, der Umklassifizierung von Siedlungsabfällen im Zuge der geplanten Novellierung der Abfallrahmenrichtlinie nicht zuzustimmen.

### Ökodumping in neuen Mitgliedstaaten

In neuen EU-Mitgliedstaaten, besonders in Tschechien, Polen und der Slowakei ist die Verbrennung von Müll deutlich günstiger als beispielsweise in Deutschland. Es bestehen deutliche ökonomische Anreize für den Müllexport und die damit verbundenen Umweltauswirkungen. Eine Verbringung von Müll aus diesen Gründen bezeichnet man als Öko-Dumping.

### Neuklassifizierung der Verbrennung von Siedlungsabfällen

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, die Verbrennung von Siedlungsabfällen, im Zuge der Novellierung als „Verwertung“ zu klassifizieren, statt sie wie bisher als „Beseitigung“ zu rechnen. Aus Sicht der Umweltverbände führt dies zu einer erheblichen Erleichterung von Abfallexporten ins Ausland. Die Verbringung von Siedlungsmüll aus Deutschland in die neuen EU-Mitgliedstaaten würde vereinfacht werden und zunehmen.

In der Abfallrahmenrichtlinie in ihrer jetzigen Form sind Entsorgungsnähe und Autarkie als Grundsätze verankert. Diese könnten aufgrund der Umklassifizierung von Beseitigung in Verwertung nicht mehr angewendet werden, um Müllexporte abzulehnen. Behörden in den Importländern hätten kaum Möglichkeiten die Mülltransporte zu unterbinden.

### Verwertung im gleichen Land gefordert

NABU-Geschäftsführer Leif Miller sagte, man appelliere an die deutschen Umweltministerien, dafür zu sorgen, dass Siedlungsabfälle aus Deutschland auch hier verwertet und beseitigt werden. Es sei inakzeptabel, dass andere Staaten deutsche Abfälle und die mit deren Transport und Verarbeitung verbundenen Umweltauswirkungen bewältigen müssten.

### Unzumutbare Umweltbelastung

Ein Vertreter des tschechischen Umweltverbandes Society for Sustainable Living forderte die Umweltministerien der anderen EU-Mitgliedstaaten auf, sich der Ablehnung des Kommissionsvorschlages durch die tschechische und die slowakische Regierung anzuschließen. Trotz Emissionsgrenzwerten brächten Verbrennungsanlagen eine unzumutbare Umweltbelastung mit sich. Zudem würden Investitionen umgelenkt - weg vom Recycling und hin zum Ausbau von Müllverbrennungsanlagen.

### Kommissionsvorschlag steht eigenen Zielen entgegen

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene neue Klassifizierung der Abfallverbrennung beruht allein auf Energieeffizienzkriterien. Dadurch werden nach Ansicht der Umweltverbände größere Material- und Energieeinsparungen bei der Nutzung von Alternativen wie Recycling außer Acht gelassen. Der Kommissionsvorschlag stehe damit im Gegensatz zu eigenen Zielen der Kommission. Im Dezember 2005 hatte diese eine thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling<sup>1</sup> veröffentlicht. Die Kommission bekennt sich darin zur Abfallvermeidung, zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und zur Unterstützung langfristiger Recycling-Systeme und spricht sich gegen Öko-Dumping aus.

### Forderungen der Umweltverbände

Die Verbände fordern die Umweltminister der Mitgliedstaaten auf, den Schwerpunkt der Abfallpolitik auf die Vermeidung und Reduzierung von Abfällen zu setzen und durch konkrete Zielvorgaben und spezifische Maßnahmen zu untermauern. Der Grundsatz der Entsorgungsauswirkung soll auf Verfahren wie Müllverbrennung ausgeweitet werden. Im Hinblick auf Öko-Dumping soll ein vorbeugender Ansatz gewählt werden, der auf Zurückhaltung setzt. (ut) ■

### • Weitere Informationen

NABU, Maria Elander, Referentin für Nachhaltigkeit und Umweltpolitik, Berlin  
Tel. 030 / 28498440  
eMail: maria.elander@nabu.de

<sup>1</sup> Dokument:  
www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\_0666de01.pdf

## Deutschland setzt Elektroschrott-Richtlinien um

### Elektroschrott-Abgabe in Deutschland seit März

In Deutschland sollen seit März kommunale Sammelstellen dafür sorgen, dass Elektroschrott umweltgerecht entsorgt wird. Die Verbraucher/innen sind aufgerufen, ihre alten Geräte wie Fernseher, Fön, Bügeleisen oder Scanner nicht wie zuvor in den Hausmüll zu werfen, sondern an den von den Gemeinden zur Verfügung gestellten Plätzen kostenlos abzugeben. Die Hersteller sind verpflichtet die Geräte abzuholen und zu recyceln. Die Kosten tragen sowohl die Kommunen als auch die Unternehmen. Hersteller sind nach EU-Recht registrierungs- und recyclingpflichtig.

### Richtlinien für alte und neue Elektro(nik)geräten

Für Elektro- und Elektronikgeräte gelten EU-weit zwei Richtlinien, die bis August 2005 von den Mitgliedstaaten umzusetzen waren:

1. Ein Verbot besonders gefährlicher Stoffe wie Blei, Cadmium, Quecksilber und bestimmter Bromverbindungen bei der Herstellung (2002/95/EG).
  2. Die umweltverträgliche Entsorgung von Altgeräten. Hierfür sollen die Hersteller schon bei der Produktion auf umweltschonende und gut demontierbare Materialien achten (2002/96/EG).
- (db) ■

### • Weitere Informationen

[www.europa.eu.int/comm/environment/waste/weee\\_index.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/waste/weee_index.htm)  
[www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

## Revision der Abfallrahmenrichtlinie

### Mitgliedstaaten machen Fortschritte

Die EU-Mitgliedstaaten machen gute Fortschritte bei der zeilenweisen Überprüfung der vorgeschlagenen Revision der Abfallrahmenrichtlinie von 1975 - allerdings wird die erste Lesung des neuen Vorschlags frühestens im Dezember stattfinden, so ein Sprecher der EU-Kommission. Ein Treffen von Diplomaten/innen in Brüssel befasste sich im April mit dem Thema.

### „Sekundärrohmaterial“ oder „Produkt“ statt „Abfall“?

In greifbarer Nähe rückt ein Konsens darüber, dass Einzelfallentscheidungen möglich sein sollen, Abfall auch als Sekundärrohmaterial zu definieren und von den strengen EU-Auflagen zu befreien. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, dass durch das Komitologieverfahren<sup>1</sup> entschieden werden soll, ab wann „Abfall“ zum „Produkt“ wird. Diese Reklassifizierung soll aber nur möglich sein, wenn negative Umwelteinflüsse reduziert sind und es einen Markt für das entsprechende Material gibt. Umstritten blieben Themen wie die Einbeziehung von gefährlichem Abfall in das novellierte Gesetz, das Verbot der Vermischung von Abfällen, Mindeststandards und Abfallvermeidungspläne. Für das Europäische Parlament ist die britische Konservative Caroline Jackson Berichterstatterin im Umweltausschuss. Eine erste Debatte ist für Juni geplant, die erste Lesung im Plenum könnte im November stattfinden.

Die Kommission hatte im Dezember einen Vorschlag zur Novellierung der Abfallrahmenrichtlinie und eine thematische Strategie zu Abfallvermeidung und -recycling vorgelegt - scharf kritisiert von Umweltverbänden, die eine Aufweichung der Regelungen zu Lasten der Umwelt befürchten (EUR 02.06, S. 18). (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 05.04.06;  
Vorschlag für die Richtlinien-Novelle:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/directive\\_waste\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/directive_waste_de.pdf)

<sup>1</sup> Beim Komitologieverfahren entscheiden EU-Parlament und Ministerrat über die grundsätzlichen Bestimmungen in den Rechtsakten und übertragen der Kommission die Regelung der technischen Durchführung.

## Newsticker

### Für Recycling-Autoreifen gelten künftig UNECE-Regelungen

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich im April darauf verständigt, Bestimmungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (UNECE) für runderneuerte Autoreifen ins EU-Recht aufzunehmen. Recycelte Autoreifen sollen künftig ähnliche Sicherheitsstandards erfüllen und ähnlichen Qualitätskontrollen unterliegen wie neue Reifen. In Europa werden jedes Jahr Millionen von Reifen hergestellt, die nur wenige Jahre im Einsatz sind und dann als Müll enden. Die Runderneuerung ist eine bekannte Technik, um Altreifen wiederverwendbar zu machen, so dass sie nicht als Abfall entsorgt werden müssen. (jg)  
Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Referenz: 04.04.06)

### Deutsch-dänischer Dosenmüllstreit

Obwohl der Verkauf von Bier und Sodagetränken in Einwegdosen seit letztem Jahr in Deutschland verboten ist, können diese in Schleswig-Holstein immer noch ohne Pfand an dänische Bürger/innen verkauft werden. Dies hat zu einem lang anhaltenden Streit zwischen Deutschland und Dänemark geführt. Wie die dänische Umweltministerin Connie Hedegaard und der Wirtschaftsminister Bendt Bendtsen erklärten, habe dies jedes Jahr einen „Abfallexport“ von großem Ausmaß zur Folge. Neben den Umweltproblemen durch die unrecycelten Dosen führe der Müllexport vor allem zu einem wirtschaftlichen Nachteil für die dänischen Einzelhändler. (db)  
Quelle: Dänisches Umweltministerium, Kopenhagen, Tel. 0045 70 / 120211, [www.mim.dk](http://www.mim.dk)

■

### Gastbeitrag Agrarsubventionen: Wer erhält wie viel wofür?

#### Neues Bündnis fordert: Vergabe von EU-Agrarbeihilfen öffentlich machen

In vielen EU-Staaten ist unklar, wofür welche Unternehmen und landwirtschaftlichen Betriebe wie viel Agrarsubventionen erhalten. Das soll sich ändern. In der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ haben sich 25 Nichtregierungsorganisationen aus dem Umwelt-, Entwicklungshilfe- und Landwirtschaftsbereich zusammengeschlossen. Sie wollen erreichen, dass die Verteilung der Agrargelder veröffentlicht wird.

Für die europäische Agrarpolitik werden jährlich mehr als 40 Milliarden Euro bereitgestellt. Davon gehen rund sechs Milliarden an EU-Agrarsubventionen nach Deutschland. Empfänger sind nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch Exporteure von Agrarprodukten. Direkt und indirekt profitiert aber ebenso die vor- und nachgelagerte Industrie, unter anderem in den Bereichen Agrarchemie, Futtermittel und Lebensmittelverarbeitung.

#### 40 Milliarden Euro pro Jahr - ungleich verteilt

Die „erste Säule“ der Subventionen, die Direktzahlungen, machen den größten Anteil aus, sind aber im höchsten Maße ungleich verteilt. Gemäß den letzten öffentlich verfügbaren Zahlen erhalten in Deutschland 0,5 Prozent der Betriebe jeweils mehr als 300.000 Euro im Jahr. Das entspricht 20 Prozent aller Direktzahlungen, während 70 Prozent der Betriebe mit jeweils maximal 10.000 Euro auskommen müssen. Daran wird sich auch kaum etwas ändern, wenn die EU-Agrarreform von 2003 umgesetzt ist.

#### Blind für Ökologie, Soziales, Ethik und Produktqualität

Der überwiegende Teil der Gelder ist zugleich nicht an wirksame soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien gekoppelt. Einige rationalisierte flächenstarke Betriebe bekommen Prämienzahlungen von umgerechnet bis zu 120.000 Euro je Arbeitskraft, während der Durchschnitt der Betriebe weniger als ein Zehntel davon je Arbeitskraft erhält. Benachteiligt wird die besonders umwelt- und tiergerechte Qualitätserzeugung, die mehr Arbeitskräfte benötigt. Im internationalen Handel ver-

stärkt diese Subventionierung den Effekt des Preisdumpings zulasten der so genannten Entwicklungsländer.

Die Mittel für die Entwicklung ländlicher Räume, die „zweite Säule“, machen nur rund 20 Prozent der gesamten Agrarzah- lungen aus. Dazu zählen unter anderem Agrarumweltprogramme, das Management der Natura-2000-Gebiete, eine Ausgleichszahlung für benachteiligte Gebiete und die Förderung von Investitionen und Regionalvermarktung. Mit den EU-Finanz- beschlüssen im Dezember 2005 ist vereinbart worden, diese massiv zu kürzen. Damit wird die notwendige Wende in der Förderpolitik hin zu einer sozial gerechten, bäuerlichen, regionalen, ökologisch verträglichen und tiergerechten Landwirt- schaft verhindert.

#### Entscheidend: Verbraucher/innen besser informieren

Für die Steuerzahler ist nicht transparent, wer von den Subventionen profitiert und welche Form der Landbewirtschaftung gefördert wird. Aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes werden immer noch viel zu wenig Subventionen gezielt eingesetzt, um die Artenvielfalt zu erhalten, die Bodenfruchtbarkeit zu verbessern oder Boden, Wasser, Luft und Lebensmittel nicht zu belasten. Für die Verbraucher besteht zu wenig Transparenz, an welcher Stelle der Staat Lebens- oder Futtermittelerzeu- ger fördert. Dabei haben sie ein besonderes Interesse daran nachzuvollziehen, ob Betriebe gefördert werden, die in ihrem Sinne produzieren.

Für Entwicklungsorganisationen ist es außerdem unannehmbar, dass Agrarsubventionen die Lebens- und Ernährungsgrundlagen von Kleinbauern im Süden gefährden oder gar zerstören, indem sie eine exportorientierte Landwirtschaft fördern und damit schlicht Dumping betreiben. Schließlich kritisieren Vertreter einer bäuerlichen Landwirtschaft, dass die Direktzahlungen diejenigen benachteiligen, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten oder neue schaffen.

Die nicht endende Kritik daran, wie Agrarsubventionen und die europäische Agrarpolitik gestaltet sind, erfordert eine transparente Berichterstattung. Um die Politik sozial-ökologisch voranzutreiben, müssen Agrar- und Exportsubventionen öffentlich gemacht werden.

#### Bund und Länder schweigen weiter

Derzeit verweigern in Deutschland Bund und Länder Informationen über Agrarsubventionen. Dabei ist dies in vielen anderen europäischen Ländern bereits Praxis. Die Bekanntgabe der konkreten Zahlungen hat in den letzten Monaten und Jahren dazu geführt, dass die Vergabekriterien der EU-Prämien intensiv diskutiert werden. In mehreren EU-Ländern zählen zu den Angaben die Namen aller Empfänger, der Zahlungszweck und die Zahlungshöhe. Als erstes Land hatte Dänemark im Frühjahr 2004 die Angaben veröffentlicht. Es folgten Schweden, Großbritannien, Irland, einige Regionalregierungen Spaniens, die Niederlande und Frankreich. Auch Finnland plant die Veröffentlichung. Die deutsche Bundesregierung sollte sich ein Beispiel an der Informationspolitik dieser Länder nehmen und ebenfalls veröffentlichen.

#### EU-Kommission will Transparenz

Im März 2005 hat EU-Kommissar Siim Kallas eine Transparenz-Initiative eingeleitet, um ausführlicher zu informieren, wie die Haushaltsmittel verwendet werden. Außerdem sollen die EU-Organe offener und zugänglicher und ihre Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit gestärkt werden. Ein Grünbuch, das eine breite Debatte über dieses Thema anstoßen soll, ist für dieses Frühjahr geplant. Unter anderem will die Kommission ein zentrales Internetportal einrichten, mit dem Informationen über die Begünstigten zentral verwalteter Fonds, beispielsweise EU-Projekte, zugänglich gemacht werden. Die derzeitige deutsche Praxis der Geheimhaltung verhindert dagegen die notwendige gesellschaftliche Debatte darüber, wie die zukünftige europäische Agrarpolitik ausgerichtet sein soll.

#### Neue Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen

Die im März gegründete „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, öffentlich zu machen, wer wirklich von den Agrarsubventionen profitiert und welche gesellschaftlichen Leistungen dafür erbracht werden. Sie will eine grundlegende inhaltliche Debatte über die spezifischen Förderziele der Subventionen anstoßen. Die Mittel sollen stärker eingesetzt werden, um soziale und ökologische Ziele sowie ländliche Räume zu stärken. Es sei nicht einzusehen, dass Betriebe oder Unternehmen mit Agrarsub-

ventionen zum Teil in Millionenhöhe belohnt werden, obwohl sie Arbeitsplätze abbauen, die Lebensgrundlagen von Kleinbauern im Süden zerstören, die Umwelt verschmutzen und Lebensmittel mit gesundheitsgefährdenden Rückständen produzieren. Stattdessen sollen die Subventionen wirksam an die Arbeitskraft, an Dienstleistungen für Umwelt- und Naturschutz oder den Erhalt der Kulturlandschaft, und an Tierschutz- und Lebensmittelsicherheitsstandards gekoppelt werden.

### **Der Weg: Recht - Politik - Öffentlichkeit**

In einem ersten Schritt hat die Initiative formale Anfragen an die zuständigen Ministerien und Behörden gesendet - auf der Grundlage des Umweltinformationsgesetzes und des Informationsfreiheitsgesetzes. Die Behörden haben danach einen Monat Zeit zu antworten. Über gezielte Lobbyarbeit der Parteien will die Initiative auf der politischen Ebene möglichst flächendeckend eine Diskussion in Gang bringen. Sie konzentriert sich dabei auf Bundes- und Landtagsabgeordnete, die Fraktionsausschüsse zu Umwelt, Landwirtschaft und Entwicklung sowie die zuständigen Behörden. Schließlich soll eine möglichst breite Öffentlichkeit informiert werden.

► Geplant sind verschiedene Aktivitäten über die nächsten Monate. So bietet die Webseite [www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de) neben einem Forum unterschiedliche Möglichkeiten, die Initiative zu unterstützen, bis hin zu Veröffentlichungen und Aktionen. ■

Gastautorin: Tanja Dräger de Teran, WWF

### • **Weitere Informationen**

WWF Deutschland, Tanja Dräger de Teran, Referentin für internationale Agrarpolitik, Große Präsidentenstr. 10, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 308742-13  
eMail: [draeger@wwf.de](mailto:draeger@wwf.de)  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen  
[www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de)

Transparenz-Initiative der EU-Kommission:  
[www.europa.eu.int/comm/commission\\_barroso/kallas/transparency\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/commission_barroso/kallas/transparency_de.htm)

## **Zu wenig Zeit für Diskussion der neuen EU-Ökoverordnung**

### **Durch übereilte Umsetzung geht Verbrauchervertrauen verloren**

Zahlreiche Umwelt- und Erzeugerverbände haben das Procedere für die geplante Neuregelung des Ökolandbaus in der EU kritisiert. Anlässlich einer Konferenz im EU-Parlament zur Revision der EU-Ökoverordnung Ende März kritisierte der deutsche Anbauverband Bioland den Vorschlag der EU-Kommission. Die vorgesehene Verabschiedung der Verordnung im Schnellverfahren lasse keinen Spielraum für eine Überprüfung. Eine Diskussion möglicher Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Biobranche sei nicht möglich, so Bioland, das Verbrauchervertrauen in Bioprodukte werde gefährdet.

Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) bemängelte den knappen Zeitrahmen für die Diskussion der neuen Regeln. Das Ende der Beratungen ist zum 1. Juli vorgesehen. Um die bisher aufgetretenen Probleme, aber auch die künftigen Herausforderungen des wachsenden Marktes gründlich zu besprechen, sei diese Zeit nicht ausreichend, so das EEB.

### **Genmanipulierte Bestandteile in Bionahrung möglich**

Die Absicht der Kommission, die Verordnung in zwei Schritten umzusetzen, stößt ebenfalls auf Widerstand. Das EEB hält es nicht für notwendig, dieses Jahr einen allgemeinen Rahmen zu schaffen, die konkreten Regeln aber erst 2009 einzuführen. Ein weiterer Kritikpunkt ist die geplante Duldung zufälliger gentechnischer Verunreinigung in Bioprodukten. Bisher gilt ein Schwellenwert von 0,9 Prozent gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in herkömmlich erzeugten Produkten. Ökologisch erzeugte Produkte dürfen derzeit gar keine GMO enthalten. Mit der neuen Verordnung würde sich dies ändern und aus Sicht der Umweltverbände der Zukunft des Ökolandbaus schaden.

Bioland und weitere Anbauverbände präsentierten bei der Parlaments-Konferenz im März eine Liste mit offenen Fragen. ● Außerdem wurde die EU-Ratspräsidentschaft aufgefordert, den Entwurf der Kommission nicht innerhalb weniger Wochen durchzupfeitschen, sondern Raum für weitere Konsultationen zu schaffen. (mbu) ■

### • **Weitere Informationen**

Europäisches Umweltbüro (EEB),  
Agrarexperte Pieter de Pous, Bvd. de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289109-1306, Fax -9  
eMail: [pieter.depous@eeb.org](mailto:pieter.depous@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 23979-12, Fax -27  
eMail: [presse@bioland.de](mailto:presse@bioland.de)  
[www.bioland.de](http://www.bioland.de)

Die Liste mit den offenen Fragen der Bio-Anbauverbände:  
[www.ifoam.org/about\\_ifoam/around\\_world/eu\\_group/pdfs/VIEW\\_Microsoft\\_Word\\_\\_Proposed\\_questions\\_for\\_EU\\_Reg\\_revision\\_27.3.2006\\_final.pdf](http://www.ifoam.org/about_ifoam/around_world/eu_group/pdfs/VIEW_Microsoft_Word__Proposed_questions_for_EU_Reg_revision_27.3.2006_final.pdf)

## Bündnis fordert EU-weite Koexistenzregeln

### Wiener Erklärung für ein gentechnikfreies Europa

Vertreter/innen von konventionellen und Bio-Bauern sowie Umweltverbände haben bei der EU-Koexistenz-Konferenz vom 4. bis 6. April in Wien die „Wiener Erklärung für ein gentechnikfreies Europa“ an Österreichs Umweltminister Josef Pröll<sup>1</sup> und EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel übergeben. Darin fordern die Verbände eine Garantie für eine gentechnikfreie Lebensmittelherzeugung. Das bedeute eine „Null-Kontamination“. Koexistenzmaßnahmen müssten so ausgestaltet werden, dass Verunreinigungen die absolute Ausnahme bleiben.

### Vorbild Österreich: Null-Kontamination als Ziel

Die EU, so heißt es in der „Wiener Erklärung“, soll die Schaffung gentechnikfreier Regionen rechtlich absichern. Die Europäische Lebensmittelagentur EFSA, die für die Zulassung von Gen-Pflanzen zuständig ist, müsse reformiert werden, damit sie der Vorsorgepflicht für die Bürger/innen besser nachkommen könne. Vorbild für das Prinzip Null-Kontamination, nach dem jede gentechnische Verunreinigung vermieden werden soll, ist für die Unterzeichner/innen Österreich. Der dort gültige Standard, den das EU-Parlament unterstützt, müsse EU-Standard werden, so die Erklärung. Friends of the Earth und das von ihnen initiierte Bündnis „GMO-free Europe“, werfen der EU-Kommission vor, bei ihrer Koexistenzpolitik viel stärker die Interessen der Industrie zu vertreten als die der Verbraucher/innen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe (FoEE), GVO-Kampagne, Helen Holder, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 00322-5420180, Fax -5375596  
eMail: helen.holder@foeeurope.org  
www.foeeurope.org

Wiener Erklärung:  
www.gentechnikfreie-regionen.de

<sup>1</sup> Österreich hat noch bis Juni die EU-Ratspräsidentschaft inne, Umweltminister Pröll den Vorsitz des EU-Umweltministerrates. Gleichzeitig ist Österreich ein EU-Land, das sich mit am deutlichsten gegen Agro-Gentechnik ausspricht.

## EFSA-Zulassungsverfahren sollen transparenter werden

### Lebensmittelbehörde soll Ablehnung von Einwänden begründen

Die EU-Kommission hat Mitte April beschlossen, das Verfahren der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA<sup>2</sup>) für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) zu verändern. Transparenz und wissenschaftliche Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sollen verbessert werden. Nach den Vorschlägen der Kommission soll die EFSA auch enger mit den wissenschaftlichen Institutionen der Mitgliedstaaten kooperieren. Außerdem muss sie künftig detailliert begründen, weshalb sie wissenschaftliche Einwände nationaler Behörden ablehnt.

### Kommission will das Recht, ein Zulassungsverfahren zu unterbrechen

Ein weiterer Änderungsvorschlag sieht vor, dass die Kommission das Recht erhält, das Zulassungsverfahren zu unterbrechen und an die EFSA zurück zu verweisen. Dies soll dann gelten, wenn aus Sicht der Kommission die Stellungnahme eines Mitgliedstaates wichtige neue wissenschaftliche Fragen aufwirft, die von der EFSA nicht ausreichend berücksichtigt werden konnten. Der Verband der europäischen Biotechnologie-Industrie EuropaBio kritisierte den Vorschlag. Wenn wissenschaftliche Sicherheitsaspekte politisiert würden, werde das gesamte Verfahren wertlos.

### Konferenz in Wien: Überraschende Kritik von Umweltkommissar Dimas

Bereits nach der Koexistenz-Konferenz in Wien Anfang April<sup>3</sup> reagierte die Biotechnik-Lobby verärgert, weil EU-Umweltkommissar Stavros Dimas die Qualität der wissenschaftlichen Beurteilungen der EFSA unerwartet scharf kritisierte. Deren Bewertungen beruhten ausschließlich auf Informationen von Firmen und betrafen kurzfristige Auswirkungen von GVO, sagte Dimas. Mögliche langfristige Folgen würden nicht berücksichtigt. Er zweifelte auch die Verlässlichkeit der Informationen von Unternehmen an. Von gentechnisch manipulierten Produkten könnten neue Risiken vor allem für die biologische Vielfalt ausgehen, befürchtet der Kommissar, der

<sup>2</sup> European Food Safety Authority, www.efsa.eu.int

<sup>3</sup> Siehe auch Beitrag S. 16.

sich in Wien auch zum Recht auf Einrichtung gentechnikfreier Zonen bekannte.

### Umweltverbände wollen Stopp für alle laufenden Zulassungsverfahren

Friends of the Earth Europe (FoEE) und Greenpeace fordern seit langem, wegen der mangelhaften Risikobeurteilungen und der Kontaminierungsgefahr in Europa den Anbau von Gengetreide nicht zuzulassen. Die Umweltverbände lobten denn auch die Absicht der Kommission, die Zulassungsverfahren transparenter zu gestalten. Die neuen Richtlinien für die Risikobewertung von Genprodukten sollten sofort bindend werden, so die Verbände. Außerdem sollten laufende Zulassungsverfahren sofort unterbrochen und frühere Zulassungen noch einmal überprüft werden. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 295 -3240, Fax -7540  
eMail: agri-library@cec.eu.int  
www.europa.eu.int/comm/agriculture

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), Pressesprecherin Carola Sondermann, Parma (Italien)  
Tel. 0039 0521 / 036-294, Fax -577  
eMail: carola.sondermann@efsa.eu.int  
www.efsa.eu.int/index\_de.html

Friends of the Earth Europe (FoEE), Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 00322-5420180, Fax -5375596  
eMail: info@foeeurope.org  
www.foeeurope.org

Greenpeace, European Unit, Rue Belliard 199, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2741903  
eMail: european.unit@diala.greenpeace.org  
www.eu.greenpeace.org

## **Viele Maisfelder in Spanien gentechnisch kontaminiert**

### **Greenpeace-Bericht: Koexistenz ist nicht realisierbar**

Der Bauernverband Assembla PAGESA sowie Greenpeace Spanien und die Initiative Plataforma Trangenics Fora haben auf ökologisch und konventionell bewirtschafteten Maisfeldern in Spanien genmanipulierten Mais gefunden. Auf fast einem Viertel der untersuchten Felder von 40 Landwirten wurden Spuren gentechnisch veränderter Organismen (GVO) entdeckt. Die gentechnische Verunreinigung lag bei 12,6 Prozent.

Der „Schwindel erregende“ Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen in Spanien sei Schuld an der massiven Kontamination, kritisierte Greenpeace. Dies gefährde den Lebensunterhalt von Bauern und müsse sofort beendet werden. In dem Bericht „Impossible Coexistence“, der anlässlich der EU-Konferenz zur Koexistenz in Wien Anfang April veröffentlicht wurde, fordert die Umweltorganisation die spanischen Behörden auf, den Gentechnik-Anbau zu stoppen. An die EU ging der Appell, den Anbau in den Mitgliedstaaten zu verhindern. Der Bericht zeigt Spanien, das als einziges EU-Land in großem Maß Genpflanzen anbaut, als Beispiel dafür, wie die Artenvielfalt und die Wahlfreiheit der Verbraucher untergraben werden.

### **Verunreinigte Ernte: Bauern verarmen**

Das müsse der EU-Kommission eine Warnung sein, mahnte Greenpeace. Statt der versprochenen Sicherheit bekämen die Bauern das Gegenteil. Viele müssten finanzielle Einbußen hinnehmen, weil sie den verunreinigten Mais nicht mehr zum Marktpreis verkaufen konnten. Drei Maisarten können auf Grund der Kontamination in Zukunft nicht mehr gepflanzt werden. Das Ökolandbau-Komitee der nördlichen Provinz Aragonien macht fehlende Regeln für den GVO-Anbau mitverantwortlich für die Zerstörung bäuerlicher Existenzen. (mbu) ■

### • **Weitere Informationen**

Greenpeace International, Amsterdam  
Tel. 0031 20 / 7182051  
[www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org)

Der Bericht:

[www.greenpeace.org/international/press/reports/impossible-coexistence](http://www.greenpeace.org/international/press/reports/impossible-coexistence)

## **Newsticker**

### **Deutsche und französische Aktive planen „Feldbefreiungen“**

Die deutsche Initiative „Gendreck weg“ und die „Freiwilligen Mäher/innen“ aus Frankreich planen in den kommenden Monaten weitere so genannte Feldbefreiungen. „Gendreck weg“ protestiert mit den Aktionen gegen den in Deutschland 2005 erstmals zugelassenen landwirtschaftlichen Anbau von genmanipulierten Pflanzen. Dabei setzt die Initiative auf das Mittel des gewaltfreien zivilen Ungehorsams und orientiert sich am Vorbild der 2003 gegründeten Bewegung der "Fau-cheurs volontaires d'OGM", die viele erfolgreiche Aktionen in Frankreich durchgeführt hat. Gemeinsam soll die erste diesjährige Feldbefreiung am 5. Juni in Baden-Württemberg nahe der französischen Grenze stattfinden. Eine zweite Aktion in Deutschland ist für den 30. Juli geplant. (mbu, mb)

[www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)  
[www.monde-solidaire.org](http://www.monde-solidaire.org)

### **Qualitätsprodukte müssen klarere Herkunftsangaben tragen**

Der Agrarministerrat hat Ende März zwei Verordnungen erlassen, wonach die Eintragung von geschützten geografischen Angaben (g.g.A.), geschützten Ursprungsbezeichnungen (g.U.) und garantiert traditionellen Spezialitäten klarer gefasst und vereinfacht wird. Mit der Verordnung, die geschützte geografische Angaben und Ursprungsbezeichnungen betrifft, wird das System der geografischen Angaben zugleich den WTO-Regeln angepasst. Geografische Angaben und Ursprungsbezeichnungen machen kenntlich, dass ein Erzeugnis aus einem bestimmten Gebiet stammt, und stellen einen Zusammenhang zwischen der Qualität, dem Renommee oder den Besonderheiten des Erzeugnisses und seinem geografischen Ursprung her. Solche EU-Regelungen sollen die Verbraucher/innen vor irreführenden Angaben und die Erzeuger vor unlauterem Wettbewerb schützen. (mbu)

Quelle: [www.europa.eu.int/comm/agriculture/foodqual/quali1\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/foodqual/quali1_de.htm)

■

### RoHS-Richtlinie: Konsultation zu Ausnahmen

#### Schwermetalle in Elektro(nik)geräten: Kommentare erbeten bis zum 15. Mai

Eine Konsultation der Interessengruppen zur Richtlinie 2002/95/EG zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS-Richtlinie) hat die Europäische Kommission gestartet. Es geht - wie bei den vorherigen Konsultationen - um Ausnahmeregelungen. Eigentlich dürfen ab dem 1. Juli 2006 keine neuen Elektro(nik)geräte mehr vermarktet werden, die Blei, Quecksilber, Kadmium oder sechswertiges Chrom enthalten. Ausnahmen werden in einem Anhang geregelt. Wenn dieser erweitert wird, müssen relevante Interessengruppen befragt werden.

#### Ausnahmegenehmigungen: Hersteller wollen Liste erweitern

Auffällig ist, dass die Kommission im Text mehrfach erwähnt, dass eine Konsultation nur einen Teil des Entscheidungsprozesses darstellt und niemand daraus auf politische Ergebnisse schließen dürfe. Die Industrieverbände haben großes Interesse daran, den Anhang für Ausnahmen um ihre eigenen Produkte zu erweitern.

► Kommentare für 23 Ausnahmevorschläge müssen bis 15. Mai per Post oder eMail in Brüssel eingegangen sein. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Unit G4 - Konsultation Richtlinie 2002/95/EC, B-1049 Brüssel  
eMail: env-rohs@cec.eu.int

Konsultationstext im Internet:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/waste/rohs\\_5\\_consult.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/waste/rohs_5_consult.htm)

### Luftqualität im Parlament

#### NGO-Bündnis fordert rechtlich bindende Regelungen für Feinstäube

Im April, Mai und Juni befasst sich das Europäische Parlament mit der Luftqualität. Ende Mai soll der Umweltausschuss abstimmen, Mitte Juni voraussichtlich das Plenum. Als Berichterstatter fungieren Holger Kraemer (ALDE) und Dorette Corbey (PSE). An sie richtete sich ein Schreiben eines Bündnisses aus Umwelt- und Gesundheitsverbänden<sup>1</sup>.

Die Verbände fordern die Berichterstatter auf, für den höchstmöglichen Gesundheitsschutz einzutreten. Jede Stunde sterbe in Westeuropa ein Mensch an atemwegsbedingten Krankheiten. Bisher seien empfindliche Gruppen wie Kinder und Jugendliche, Ältere und Erkrankte nur ungenügend berücksichtigt worden. Das koste die EU jährlich drei bis zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts, allein für Asthma betrügen die Kosten 17,7 Milliarden Euro pro Jahr. Zudem habe die EU in der kürzlich veröffentlichten thematischen Strategie für Luftqualität die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für empfindliche Gruppen nicht beachtet.

Das Bündnis fordert die Umsetzung der Luftqualitätsleitlinien für Gesundheitsschutz der WHO. Die WHO-Grenzwerte liegen für Feinstaub bis 2,5 Mikrometer (PM<sub>2,5</sub>) bei 10 µg/m<sup>3</sup> im Jahresmittel und 25 µg/m<sup>3</sup> im Tagesmittel. Für Feinstaub bis 10 Mikrometer (PM<sub>10</sub>) sind 20 µg/m<sup>3</sup> im Jahresmittel und 50 µg/m<sup>3</sup> im Tagesmittel zulässig. Die Parlamentarier/innen, so das Bündnis, dürften auf keinen Fall zulassen, dass die PM<sub>10</sub>-Werte in rechtlich unverbindliche Regelungen umgewandelt oder durch die Einbeziehung „natürlicher PM<sub>10</sub>-Faktoren“ abgeschwächt werden. Für die PM<sub>2,5</sub>-Feinstäube müssten endlich verantwortungsvolle rechtliche Regelungen beschlossen werden. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro EEB, Kerstin Meyer, Referentin Luftqualität, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2891-307, Fax -099  
eMail: kerstin.meyer@eeb.org  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

### Industrierverschmutzung: IPPC-Umsetzung zu langsam

#### Erst 43 % aller Genehmigungen für Industrieanlagen überprüft

Rund 40.000 Anlagen in der gesamten EU sollen gemäß der Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC) bis Oktober 2007 mit neuen, strengeren Betriebsgenehmigungen versehen werden. Die EU-Kommission hat im März den aktuellen Stand der Fortschritte in den einzelnen Staaten veröffentlicht.

Keine Angaben liegen laut Kommission aus sieben Staaten vor. Bei den 18 übrigen sind im Durchschnitt 43 Prozent aller Anlagenehmigungen nach IPPC-Vorschriften neu überprüft worden. An der Spitze liegen Luxemburg (96 % von 25 Anlagen), Belgien (85 % von 1.294 Anlagen) und Deutschland (83 % von 8.068 Anlagen). Polen hat bisher erst sieben Prozent seiner unter die IPPC-Richtlinie fallenden Anlagen überprüft, Großbritannien rund ein Drittel.

#### Größere Mitgliedstaaten prüfen weniger Anlagen als vorgesehen

Die EU-Kommission zeigte sich besorgt darüber, dass viele Staaten die Frist bis Oktober 2007 nicht einhalten könnten. Hinzu komme, dass die von den Mitgliedstaaten angegebene Anzahl der Anlagen, die aller Voraussicht nach unter die IPPC-Richtlinie fallen werden, von den größeren Staaten nach unten korrigiert wurde. So habe Großbritannien mehr als 2.000 Anlagen gestrichen. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel

IPPC-Aktionsplan:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/ipcc/ipcc\\_implementation.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/ipcc/ipcc_implementation.htm)

Grafik der erteilten Genehmigungen:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/ipcc/ipcc\\_indic\\_permits.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/ipcc/ipcc_indic_permits.htm)

<sup>1</sup> EEN-EPHA Environment Network; European Federation of Allergy and Airways Diseases Patients Associations (EFA), European Public Health Alliance (EPHA)

### Hormonwirksame Substanzen gefährlicher als angenommen

**Compendo-Projekt stellt Endbericht vor - Erweiterung von REACH verlangt**  
Endokrin wirksame Disruptoren - auf Drüsen und Hormone wirkende Stoffe - sind viel gefährlicher für Umwelt und Gesundheit als gedacht. Das ist das Ergebnis des EU-geförderten Forschungsprojekts Compendo, das den Schwerpunkt auf androgene und anti-androgene Substanzen legt, also männliche Sexualhormone bzw. „vermännlichende“ und „entmännlichende“ Wirkstoffe sowie deren Rezeptoren.

#### Große Mengen in Flüssen nachgewiesen

Die Expert/innen fordern als Schlussfolgerung eine Erweiterung der EU-Chemikalienverordnung REACH auch auf diese Art von Stoffen, da die Ergebnisse Besorgnis erregend seien. Große Mengen der untersuchten Substanzen seien in natürlichen Systemen zu finden, etwa in großen Flüssen wie Elbe oder Po. Sie hätten auch in geringen Konzentrationen Auswirkungen auf die Fortpflanzung, die Entwicklung und das Immunsystem zahlreicher Tierarten. Problematisch seien besonders die Kombinations- und Wechselwirkungen, die sehr schwierig zu erforschen seien.

#### Pharmazeutika und Pestizide

Im Rahmen von Compendo wurden zwei Tests entwickelt, die jetzt für eine Anwendung auf OECD-Ebene reif sind. Das Compendo-Team verwies ausdrücklich auf die „Prager Erklärung“ vom Juni 2005. ● Darin sprechen Wissenschaftler/innen aus aller Welt ihre Besorgnis über negative Effekte endokriner Disruptoren auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt aus. Das Projekt hat rund 20 Substanzen untersucht, einschließlich Pharmazeutika und Pestizide. Zwei dieser Pestizide (Fenarimol und Vonclozolin) sollen gerade EU-weit neu geregelt werden. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Compendo-Projekt, c/o Goethe-Universität, Dr. Ulrike Schulte-Oehlmann, Siesmayerstr. 70, 60323 Frankfurt/M. Tel. 069 / 79824-850, Fax -748 eMail: schulte-oehlmann@zoology.uni-frankfurt.de www.compendo-project.org

Prager Erklärung u. a. Texte (engl.): www.edenresearch.info/news.html

### Aktivitäten gegen Quecksilber

#### Norwegen setzt auf Totalverbot, NGO-Kampagne wird ausgeweitet

Die norwegische Umweltministerin Helen Bjørnøy hat die nationale Kontrollbehörde gegen Umweltverschmutzung (SFT) beauftragt, einen Gesetzesvorschlag für ein generelles Verbot von Quecksilber zu erarbeiten. Darin soll geregelt werden, dass Industrie und Handelsunternehmen, die Quecksilber verwenden, jeweils nachweisen müssen, dass dies in ihrem Fall unbedingt notwendig ist - also eine Beweislastumkehr. Betroffen sein werden Zahnfüllungen, Leuchtkörper und Messgeräte. Bereits vor einem Jahr hatte Norwegen einen Aktionsplan veröffentlicht, um Quecksilberemissionen zu verhindern.

#### „Null-Quecksilber-Kampagne“ bildet Arbeitsgruppe

► Anfang April haben sich Umwelt- und Verbraucherschutzgruppen zu einer internationalen Arbeitsgruppe für die „Zero Mercury Campaign“ zusammengeschlossen. Es gibt bereits seit letztem Jahr eine Internetseite und seit neuestem die Möglichkeit, sich per eMail an der Arbeitsgruppe zu beteiligen oder aber sich Informationen zuschicken zu lassen. Demnächst soll es auch ein gemeinsames Logo geben. Das Ziel der Gruppe ist, in der EU und weltweit die Quecksilberemissionen von allen kontrollierbaren Quellen in die Umwelt sowie die Nachfrage und das Angebot auf „Null“ zu bringen. Die Kampagne will für ein global gültiges Instrument zur Vermeidung von Quecksilber, ungiftige Alternativen und den Stopp der Quecksilbernutzung im Bergbau kämpfen. Die Beteiligung von Umwelt- und Gesundheitsorganisationen sowie aktiven Einzelpersonen ist ausdrücklich erwünscht. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro, Elena Lymberidi, Projektkoordinatorin „Zero Mercury Campaign“, Bvd. de Waterloo 34, B-1000 Brüssel Tel. 0032 2 / 28913-01, Fax -99, eMail: mercury@eeb.org www.zeromercury.org

Weitere Quelle: Environment Daily, 06.04.06

### Nanotechnologie-Moratorium gefordert

#### Erster Produktrückruf wegen Gesundheitsschäden

Im März musste ein von der deutschen Kleinmann GmbH, einer Tochterfirma von Illinois Toll Works (USA), auf den Markt gebrachtes Sanitärspray namens „Magic Nano“ zurückgerufen werden, nachdem über 70 Menschen teils schwere Vergiftungen erlitten hatten.

Die internationale Wissenschaftlerorganisation ETC Group forderte erneut ein weltweites Moratorium für die Forschung und Entwicklung von Nanotechnologie. Die Risiken der unter 100 Nanometer (nm; 1 nm = 1/80.000 eines menschlichen Haares) kleinen Partikel auf Umwelt und Gesundheit seien ungenügend erforscht und überhaupt nicht geregelt, kritisierte die Organisation. Nanopartikel von 70 nm Größe könnten in die Lunge, 50-nm-Partikel in Zellen eindringen; 30-nm-Partikel könnten die Blut-Hirn-Schranke passieren. Obwohl die Folgen unbekannt sind, wird Nanotechnologie bereits in zahlreichen Produkten wie Sonnencreme, Pestiziden, Ölen und Vitaminpräparaten angewandt.

#### Treibmittel vermutlich problematisch

Bei einer Diskussion im Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) am 7. April gingen Expert/innen davon aus, dass die beobachteten Gesundheitsstörungen bei „Magic Nano“ durch das Einatmen des sehr feinen verwendeten Treibmittels (Aerosol) ausgelöst wurden. Aerosole mit einer Tropfengröße von 10 Mikrometern entstünden nur bei Ausbringen des Produkts aus Spraydosen mittels Treibgas. Das Produkt wird auch noch in einer anderen Form - ohne Treibgas - vertrieben. Hier gab es anscheinend keine Gesundheitsprobleme. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Action Group on Erosion, Technology and Concentration (ETC Group), Headquarters, 431 Gilmour St, Second Floor, Ottawa, ON Canada K2P 0R5 Tel. 001 613 / 2412-267, Fax -506 www.etcgroup.org

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Thielallee 88-92, 14195 Berlin Tel. 01888 / 412-4300, Fax -4970 eMail: pressestelle@bfr.bund.de www.bfr.bund.de

### Newsticker

#### **EU-Kommission veröffentlicht REACH-Hilfe**

Die Europäische Kommission hat eine Handreichung zur geplanten EU-Chemikalienverordnung REACH veröffentlicht, in der auf 36 Seiten häufig geäußerte Fragen beantwortet werden. Die zweite Lesung der umstrittenen EU-Politik wird voraussichtlich im Juni stattfinden. (jg)  
[www.europa.eu.int/comm/enterprise/reach/docs/reach/qa\\_reach\\_council\\_2006\\_03\\_23.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enterprise/reach/docs/reach/qa_reach_council_2006_03_23.pdf)

#### **Dänische Studie: Duftstoffe in Kinderspielzeug ungenügend reguliert**

Eine Untersuchung der dänischen Umweltschutzbehörde (EPA) hat die Gesundheitsbedenken zu den in Kinderspielzeug verwendeten Duftstoffen verstärkt. Bestimmte Substanzen könnten Kinder - besonders allergiekrank - unnötigen Risiken aussetzen. In zehn getesteten Produkten waren sieben sensibilisierende Duftstoffe gefunden worden, die bereits auf der EU-Liste von 26 gesetzlich anwendungsbeschränkten Kontaktallergenen aus Kosmetikprodukten stehen. Darunter Toluene, die das Nervensystem angreifen können. Zwar müsse die Verwendung dank der Regelungen in Kosmetikprodukten deklariert werden, nicht aber bei Verwendung in Kinderspielzeug, kritisiert die EPA. Verbraucher/innen sollten auf den Kauf von Kinderspielzeug mit Duftstoffen verzichten. (jg)

Quelle: Environment Daily, 05.04.06

Untersuchung:

[www.mst.dk/udgiv/publications/2006/87-7052-018-6/html/default\\_eng.htm](http://www.mst.dk/udgiv/publications/2006/87-7052-018-6/html/default_eng.htm)

#### **Großbritannien veröffentlicht Pestizid-Strategie**

Großbritannien hat Ende März eine nationale Strategie für die „nachhaltige Nutzung von Pestiziden“ veröffentlicht, um die Wasserverschmutzung zu verringern und den Verlust der Artenvielfalt aufzuhalten. Darüber hinaus sollen „alternative Chemikalien“ gefunden werden, um eine „geringere Pflanzenschutzmittelabhängigkeit“ zu erreichen. Fünf thematische Aktionspläne sollen folgen, wobei freiwillige Maßnahmen „wo immer möglich“ Vorrang haben sollen. Die britische Naturschutzorganisation Royal Society for the Protection of Birds (RSPB) kritisierte den Plan - er sei ein unvollendetes Werk ohne feste Ziele zur Reduktion von Pestiziden, obwohl zwei Jahre Zeit gewesen sei. Die auf

EU-Ebene erwartete thematische Strategie zur „nachhaltigen Nutzung von Pestiziden“ wird wohl im Sommer veröffentlicht werden. (jg)

Quelle: Environment Daily, 24.03.06

#### **Polen hat Schwierigkeiten Umweltgesetze zu erfüllen**

Polen ist wegen fehlender Investitionen gänzlich aus dem Zeitplan, was die Erfüllung von EU-Umweltgesetzen angeht. Das meldet die polnische Zeitung Rzeczpospolita. Schon 2003 hat Polen nur etwa zwei Drittel der angekündigten 11 Mrd. Zloty (2,9 Mrd. Euro) im Umweltbereich investiert. Besonders gefährdet durch die mangelhafte Finanzierung sind notwendige Investitionen in den Bereichen städtische Abwasserbehandlung, Schwefeldioxid-Emissionen, Kontrolle industrieller Verschmutzung sowie Mülldeponien und -recycling. (jg)

Quelle: Environment Daily, 05.04.06

#### **Deutsche Städte überschreiten Feinstaubgrenzwerte**

Im Jahr 2 nach Eintreten der EU-Feinstaub-Richtlinie überschreiten zahlreiche Städte in Deutschland die Grenzwerte, kritisierte der NABU Ende März. In München, Berlin, Bayreuth, Regensburg, Lindau, Cottbus, Frankfurt (Oder), Dortmund, Augsburg und Frankfurt (Main) ist 2006 bereits zum 35. Mal der erlaubte Grenzwert von 50 µg Feinstaub pro Kubikmeter überschritten worden. Nach einer EU-Studie kostet die Luftverschmutzung allein in Deutschland jedes Jahr 65.000 Menschen das Leben. Die EU-Mitgliedstaaten müssen gemäß der Richtlinie der EU-Kommission jährlich eine Liste mit den Orten vorlegen, wo die Grenzwerte (40 µm/m<sup>3</sup> im Jahresmittel, nicht mehr als 35 Tage mit mehr als 50 µm/m<sup>3</sup> Tagesmittelwert) überschritten wurden. Die festgelegten Luftqualitätsziele sollen durch zusätzliche Maßnahmen erreicht werden. (jg)

Quelle:

[www.nabu.de/m07/m07\\_04/04765.html](http://www.nabu.de/m07/m07_04/04765.html)

#### **Kommission sucht gute Beispiele zur Verbesserung der Luftqualität**

► Die Europäische Kommission will im Zuge der Debatten über die thematische Strategie zur Luftqualität vorbildhafte Beispiele dafür sammeln, wie Regionen und Kommunen bei der Verbesserung der Luftqualität vorgegangen sind. (jg)  
Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Marianne Klingbeil, Direktion C - Luft und Chemikalien; Luftqualität und

Verkehr, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Brüssel

Tel. 0032 2 / 29-60493

eMail: [marianne.klingbeil@cec.eu.int](mailto:marianne.klingbeil@cec.eu.int)



## Elektrizitätsnetze für die Zukunft: „Smart Grids“

### Stromnetze müssen an dezentrale Energiequellen angepasst werden

Die größte Herausforderung für die Stromversorgung in Europa wird nach Ansicht der Europäischen Technologieplattform „SmartGrids“ darin bestehen, die bestehenden, an Kohlekraftwerken ausgerichteten Netze an neue, kleinere, dezentrale und alternative Energiequellen anzupassen.

### Vorschlag für gemeinsames europäisches Stromnetz

Europas derzeitiges Stromnetz beruht überwiegend auf Stromerzeugungsanlagen auf fossiler Basis, deren Standorte häufig weit vom Endverbraucher entfernt liegen. Um den Anteil kleiner, dezentraler Erneuerbarer Energiequellen wesentlich zu steigern, müsse die Kompatibilität der bestehenden Stromnetze mit Energiequellen wie Windkraftanlagen und Brennstoffzellen verbessert werden, so SmartGrids. Außerdem müsse der Einsatz neuer Technologien gefördert werden, um die Effizienz des bestehenden Systems zu verbessern. Hierzu gehöre auch die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien, um neue Dienstleistungen und Märkte zu entwickeln. Ein gemeinsames europäisches Stromnetz könne hierbei hilfreich sein. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Forschung, Directorate J - Energy, Unit 2 - Energy Production and Distribution Systems, Manuel Sánchez-Jiménez

eMail: [rtd-energy@cec.eu.int](mailto:rtd-energy@cec.eu.int)

[www.europa.eu.int/comm/research/energy](http://www.europa.eu.int/comm/research/energy)

## Europas neue Energiepolitik: Ergebnisse des Ratsgipfels

### Versorgungssicherheit zunächst im Vordergrund

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich auf dem Europäischen Rat am 24. März in Brüssel auf gemeinsame energiepolitische Leitlinien verständigt. Die gemeinsame Energiepolitik soll ein Gleichgewicht zwischen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit anstreben. Zunächst soll der Schwerpunkt allerdings allein auf der Versorgungssicherheit liegen. Um die Energieversorgung sicherzustellen, sollen die Kooperation mit den wichtigsten Lieferländern verbessert und die Energiequellen- und Transportwege diversifiziert werden. Außerdem will man verstärkt in Flüssiggas-Terminals investieren, um die Gruppe der Lieferländer um solche zu vergrößern, die die EU nicht direkt über Pipelines beliefern.

### Langfristige ökologische Tragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Der Europäische Rat betonte jedoch auch, dass die Ziele der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und die langfristige ökologische Tragfähigkeit miteinander in Einklang gebracht werden müssen. So soll bis Mitte 2006 ein umfassender und realistischer Aktionsplan zur Energieeffizienz verabschiedet werden, der das EU-Energieeinsparziel von 20 Prozent bis 2020 sicherstellen soll. Außerdem soll der Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2015 auf 15 und der Anteil der Biokraftstoffe auf acht Prozent erhöht werden.

### Umweltverbände fordern konkrete Maßnahmen

Umweltverbände wie Greenpeace begrüßten den Beschluss des Rates zur ökologischen Tragfähigkeit grundsätzlich, forderten aber, so schnell wie möglich konkrete Zielvorschläge für den langfristigen Ausbau der Erneuerbaren Energien vorzulegen. Der WWF betonte, dass nur eine Liberalisierung mit transparenten Preisen und harmonisierten und unabhängigen Netzen Erneuerbare Energien und Energieeffizienztechnologien langfristig dazu befähige, maßgeblich zur Versorgungssicherheit beizutragen. Die Grünen kritisierten, der Rat habe es versäumt, angemessen auf die Zustände auf den europäischen Energiemärkten zu reagieren. Von der Liberalisierung der Gas- und Strommärkte, so wie sie jetzt ausgelegt sei,

würden lediglich eine Handvoll Energieunternehmen und ihre Aktionäre profitieren, kritisierte der Europaabgeordnete Claude Turmes, Vizechef der Grünen-Fraktion.

Die Schlussfolgerungen des Rates zur Energiepolitik - das Abschlussdokument des Gipfels - sind auf den folgenden Seiten im Wortlaut dokumentiert. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

WWF Europa, Stephan Singer, Avenue de Tervuren 36- B12, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 74388-17, Fax -19  
eMail: [ssinger@wwfepo.org](mailto:ssinger@wwfepo.org)

## Dokumentation EU-Gipfel fordert „Energiepolitik für Europa“

Aus dem Abschlussdokument des Europäischen Rates vom 23./24. März

### »Teil II - Energiepolitik für Europa

43. Der Europäische Rat stellt fest, dass Europa im Energiebereich zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen hat: die anhaltend schwierige Situation auf den Öl- und Gasmärkten, die zunehmende Abhängigkeit von Importen und die bislang noch begrenzte Diversifizierung, hohe und stark schwankende Energiepreise, die weltweit zunehmende Energienachfrage, Sicherheitsrisiken für die Erzeuger- und Transitländer sowie für die Transportrouten, die wachsende Bedrohung durch die Klimaänderungen, die langsamen Fortschritte bei der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien, das Erfordernis höherer Transparenz auf den Energiemärkten und einer stärkeren Integration und Vernetzung der nationalen Energiemärkte bei einer kurz vor dem Abschluss stehenden Liberalisierung des Energiemarkts (Juli 2007), die begrenzte Abstimmung zwischen den Akteuren im Energiebereich, obwohl bedeutende Investitionen in die Energieinfrastruktur erforderlich sind. Werden diese Herausforderungen nicht angegangen, so hat dies unmittelbare Auswirkungen auf die Umwelt und das Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial in der EU.

44. Angesichts dieser Herausforderungen und unter Zugrundelegung des fundierten Grünbuchs der Kommission mit dem Titel „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ sowie des Beitrags des Rates fordert der Europäische Rat eine Energiepolitik für Europa, die auf eine effiziente Gemeinschaftspolitik, Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten und Stimmigkeit der Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen ausgerichtet ist und den drei Zielen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit in ausgewogener Weise gerecht wird.

45. Der Europäische Rat betont, dass die Energiepolitik den Anforderungen in vielen Politikbereichen gerecht werden muss, damit diese Kohärenz in der internen und der externen EU-Politik erreicht wird. Als Teil einer Wachstumsstrategie und durch offene und wettbewerbsorientierte Märkte

fördert die Energiepolitik die Investitionstätigkeit, die technologische Entwicklung sowie den Binnen- und Außenhandel. Sie ist sehr eng mit der Umweltpolitik verknüpft und steht auch in einem engen Zusammenhang mit der Beschäftigungs-, der Regional- und insbesondere der Verkehrspolitik. Außerdem gewinnen außen- und entwicklungspolitische Aspekte zunehmend an Bedeutung, wenn es darum geht, die energiepolitischen Ziele mit anderen Ländern zu fördern. Der Europäische Rat ruft deshalb dazu auf, die Abstimmung zwischen den zuständigen Ratsformationen zu verbessern, und ersucht die Europäische Kommission, bei der Ausarbeitung weiterer Maßnahmen den Grundsätzen einer besseren Rechtsetzung Rechnung zu tragen.

46. Diese Energiepolitik für Europa sollte mit ausreichender Kenntnis und unter angemessener Berücksichtigung des Energiebedarfs und der Energiepolitik der Mitgliedstaaten unter Beachtung der strategischen Rolle des Energiesektors entwickelt werden. Sie sollte deshalb auf gemeinsamen Vorstellungen bezüglich der langfristigen Perspektiven für Angebot und Nachfrage und auf einer objektiven und transparenten Einschätzung der Vor- und Nachteile aller Energiequellen beruhen und auf ausgewogene Weise zu ihren drei Hauptzielen beitragen:

#### a) Erhöhung der Versorgungssicherheit durch

- Entwicklung eines gemeinsamen externen Konzepts zur Unterstützung der energiepolitischen Ziele und die Förderung von Energiedialogen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und ihren wichtigsten Partnern, unabhängig davon, ob sie Erzeuger-, Transit- oder Verbraucherländer sind, andererseits, in Synergie mit einschlägigen internationalen Organisationen,
- stärkere Diversifizierung in Bezug auf externe und einheimische Energiequellen, Lieferanten und Transportrouten, die durch Investitionen in die erforderliche Infrastruktur, einschließlich LNG-Anlagen, unterstützt wird,
- Sicherstellung gemeinsamer operationeller Ansätze für das Vorgehen in Krisensituationen im Geiste der Solidarität und unter Berücksichtigung der Subsidiarität;

#### b) Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit

der europäischen Volkswirtschaften und der Bezahlbarkeit der Energieversorgung zum Nutzen der Unternehmen und der Verbraucher innerhalb eines stabilen Regelungsrahmens durch

- Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, um den Binnenmarkt für Elektrizität und Erdgas bis Mitte des Jahres 2007 für alle Abnehmer vollständig zu öffnen; dabei wird der besonderen Situation einiger kleiner und abgelegener Mitgliedstaaten Rechnung getragen,
- Gewährleistung einer uneingeschränkten, effizienten und transparenten Umsetzung der Binnenmarktvorschriften, die auch eine Schlüsselrolle bei der Versorgungssicherheit spielen sollte,
- Förderung von energiebinnenmarktähnlichen Ansätzen für Nachbarländer und die Verbesserung der Rolle der Energieregulierungsbehörden und der Koordination zwischen ihnen,
- Förderung des Aufbaus der regionalen Energiezusammenarbeit in der EU und die Erleichterung der Integration der regionalen Märkte in den EU-Binnenmarkt sowie dessen Weiterentwicklung, wobei den weitgehend vom EU-Energiemarkt isolierten Ländern und Regionen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird,
- Förderung eines raschen und abgestimmten Ausbaus von Speicherkapazität und Infrastruktur insbesondere bei den Verbundeinrichtungen für Gas und Elektrizität mit dem Ziel, bei der Elektrizität mindestens 10 % der installierten Produktionskapazität der Mitgliedstaaten einzubeziehen, wobei, wie vom Europäischen Rat 2002 auf seiner Tagung in Barcelona vereinbart, die Deckung des Finanzierungsbedarfs hauptsächlich von den betroffenen Unternehmen zu erbringen ist;
- Überprüfung der bestehenden Richtlinien und des bestehenden Rechtsrahmens, um die administrativen Genehmigungsverfahren für Investitionsvorhaben zu beschleunigen und ein günstigeres Regelungsumfeld für diese Vorhaben zu schaffen;

**c) Förderung der Umweltverträglichkeit**  
durch

- Ausbau der Führungsrolle der EU durch Annahme eines weit reichenden und realistischen Aktionsplans zur Energieeffizienz unter Berücksichtigung des von der Kommission geschätzten Energieeinsparungspotenzials der EU von 20 % bis 2020 und der bereits von den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen,
- Ausbau der Führungsrolle der EU durch Fortsetzung der EU-weiten Entwicklung erneuerbarer Energien (Fahrplan) auf der Grundlage einer Analyse der Kommission, wie die bestehenden Ziele (2010) erreicht werden können und wie die derzeitigen Bemühungen auf Dauer kosteneffektiv aufrechterhalten werden können, beispielsweise durch Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien um angestrebte 15 % und des Anteils der Biokraftstoffe um angestrebte 8 % bis 2015, und Entwicklung einer mittel- und langfristigen Strategie zur Verringerung der Abhängigkeit der EU von Energieeinfuhren in einer den Zielen der Strategie für Beschäftigung und Wachstum entsprechenden Weise, wobei den Problemen von Inseln oder Regionen, die weitgehend vom EU-Energie- markt isoliert sind, Rechnung getragen wird,
- Durchführung des Aktionsplans für Biomasse,
- Abschluss - im Kontext der Entwicklung einer mittel- bis langfristigen EU-Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels - der Überprüfung des EU-Emissionshandelsystems als eines Instruments zur kosteneffizienten Erreichung der Klimaschutzziele, womit die Investoren mittel- und langfristige Sicherheit erhalten, sowie Bewertung des Potenzials der verschiedenen Sektoren im Hinblick auf diese Ziele,
- Gewährleistung einer angemessenen Unterstützung aus nationalen und gemeinschaftlichen F&E&D-Instrumenten für Energieeffizienz, nachhaltige Energien und emissionsarme Technologien.

47. Bei der Erfüllung dieser Hauptziele sollte die Energiepolitik für Europa

- Transparenz und Nichtdiskriminierung auf den Märkten gewährleisten
- mit den Wettbewerbsvorschriften vereinbar sein
- mit gemeinschaftlichen Verpflichtungen vereinbar sein
- die Hoheit der Mitgliedstaaten über die primären Energiequellen uneingeschränkt wahren und die Mitgliedstaaten bei der Wahl des Energiemixes voll respektieren.

48. Der Europäische Rat bittet die Europäische Kommission und den Hohen Vertreter, in der wichtigen Frage der Außenbeziehungen im Energiebereich eng zusammenzuarbeiten und einen Beitrag für eine EU-Strategie zu erstellen, der auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates erörtert werden kann.

49. Der Europäische Rat begrüßt die Absicht der Kommission, ab 2007 regelmäßig eine Begutachtung der Energiestrategie zu unterbreiten, in der insbesondere die für eine externe Energiepolitik im mittel- und langfristigen Rahmen erforderlichen Ziele und Maßnahmen behandelt werden. Bei dieser Gelegenheit könnten die Mitgliedstaaten über Maßnahmen von europäischem Interesse berichten. Die vorbereitenden Beratungen sollten in der zweiten Jahreshälfte 2006 stattfinden.

50. In Anhang III werden einige mögliche Maßnahmen dargelegt, die das Potenzial haben, zu den oben genannten Zielen beizutragen. Entscheidungen über neue Maßnahmen sollten in Synergie mit bestehenden internationalen Organisationen, Foren, Mechanismen oder Prozessen und der von ihnen geleisteten Arbeit getroffen werden. Der Europäische Rat ersucht die Kommission und den Rat auf dieser Grundlage, ein Bündel von Maßnahmen mit einem klaren Zeitplan auszuarbeiten, damit der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung 2007 einen nach Prioritäten gestaffelten Aktionsplan annehmen kann.

51. In Anbetracht der Dringlichkeit der zu bewältigenden Herausforderungen ersucht der Europäische Rat die Kommission, mit den folgenden Maßnahmen zu beginnen:

- Vorlage eines Aktionsplans zur Energieeffizienz bis Mitte 2006
- Durchführung des Aktionsplans für Biomasse
- Aufstellung eines Plans für prioritäre Verbünde und Erleichterung der Verwirklichung von prioritären Infrastrukturvorhaben, mit denen zur Diversifizierung des Angebots und die Einbeziehung der regionalen Märkte in den EU- Binnenmarkt beigetragen werden kann, und zwar unter Hervorhebung der vorrangigen Rolle der beteiligten Unternehmen
- effizientere Gestaltung des Dialogs EU-Russland, auch hinsichtlich der Ratifizierung des Energiechartavertrags und des Abschlusses der Aushandlung des Transitprotokolls zum Energiechartavertrag während des russischen G8-Vorsitzes
- Entwicklung einer Strategie für den „Export“ des Energiebinnenmarkt-Konzepts in Nachbarländer
- Gewährleistung eines angemessenen Vorrangs für Energie im 7. Rahmenprogramm
- Beginn der Analyse der langfristigen Versorgungs- und Nachfrageperspektiven
- Verbesserung der Transparenz der Energiemärkte, insbesondere in Bezug auf Angaben zu den Speicherkapazitäten für Erdgas und zu den Erdölvorräten.«

Aus den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates, verabschiedet am 24.3.2006 in Brüssel

- **Weitere Informationen**  
Europäischer Rat, Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381

Vollständige Schlussfolgerungen:  
[http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/89030.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/89030.pdf)

## Atomkraft zwischen Mythos und Katastrophe

### 20 Jahre Tschernobyl: War ein GAU nicht genug?

Am 26. April 1986 zerstörte eine Explosion in Block 4 des Atomkraftwerks Tschernobyl die Reaktorschutzhülle. 180.000 Kilogramm hochradioaktives Material explodierte. 10.000 Quadratkilometer auf dem Gebiet der Ukraine, Weißrusslands und Russlands wurden zur Sperrzone erklärt. 116.000 Menschen mussten ihre Häuser dauerhaft verlassen. Von den für Sicherungs- und Aufräumarbeiten eingesetzten 800.000 Hilfskräften - so genannten Liquidator/innen - sind nach Schätzungen der Ärztevereinigung IPPNW bis heute rund 50.000 gestorben. Russischen Angaben zufolge sind über 90 Prozent der Liquidator/innen krank und arbeitsunfähig. Ungezählt sind die Kinder, die aufgrund der Radioaktivität tot geboren wurden oder bald nach der Geburt starben. Das Ausmaß der Krebserkrankungen wird erst in den nächsten zehn bis 20 Jahren abzusehen sein, das Ausmaß der genetischen Veränderungen erst in einigen Generationen.

### Renaissance der Atomkraft?

Tschernobyl - das hätte der Anfang vom Ende der Atomenergie sein können. Die Katastrophe von Tschernobyl steht für die Erkenntnis, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist. Dennoch wird nun - 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl - in der EU und anderenorts über eine Renaissance der Atomenergie diskutiert. Schuld sind vor allem die steigenden Öl- und Gaspreise sowie die scheinbar unerreichbaren Kyoto-Ziele. Die Atomkraftnutzung dient aber - anders als von den Konzernen und einigen Politikern behauptet - weder der Versorgungssicherheit noch dem Klimaschutz. Es gibt risikoärmere Optionen, wie Energieeffizienz, Energiesparen und Erneuerbare Energien, die zudem viel preiswerter und unabhängig von der endlichen Ressource Uran sind. Allein um das deutsche Klimaschutzziel<sup>1</sup> durch den Ausbau der Atomkraft zu erreichen, müssten in den nächsten Jahren zehn neue AKW gebaut werden. AKW, die niemand in seiner Nachbarschaft will.

### Regierungschefs wollen „Debatte ohne Tabus“

Zwar sprachen sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem Frühjahrsgipfel erstaunlich klar für die Förderung von Erneuerbaren Energien aus (siehe S. 21 ff). Dennoch wollte man sich keineswegs auf einen europäischen Weg jenseits der Atomkraft einigen. Vielmehr will man in einer „Debatte ohne Tabus“ über die Zukunft der Atomkraft reden. Um die Entscheidung ihrer Mitglieder für die Atomkraft zu erleichtern, unterstützt die EU sie fleißig mit Subventionen. Im aktuellen Vorschlag der Kommission für das Forschungsrahmenprogramm 2007-2013 wird der Atomenergie einmal mehr eine Sonderposition eingeräumt (siehe Editorial, S. 3). Während für die Forschung im gesamten übrigen Energiebereich nur rund 2,9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden sollen, wird die Atomforschung mit 4,8 Milliarden überhäuft. Die einzelnen Mitgliedsländer greifen der Atomkraft zusätzlich unter die Arme. So fördert Deutschland die Atomkraft mit steuerfreien Rückstellungen für die Entsorgung und Stilllegung von AKW, durch die öffentliche Forschungsförderung und die Übernahme von Teilen der Haftungskosten für einen Atomunfall.

### Ausbau der Atomkraft ist für die Wirtschaft kaum interessant

Trotz dieser großzügigen Finanzspritzen lässt die Renaissance der Atomkraft bisher glücklicherweise auf sich warten - und das wird nach Ansicht von Experten wie Felix Matthes vom Öko-Institut aufgrund ihrer schlechten ökonomischen Leistungen auf liberalisierten Strommärkten sowie den steigenden Sicherheitsanforderungen auch so bleiben. In der EU befindet sich momentan nur ein AKW in Bau: das Atomkraftwerk Olkiluoto in Finnland, ein Projekt des deutsch-französischen Atomkonzerns ArevaNP. Etwa vier weitere befinden sich in Planung. Es ist aber nicht sicher, ob sie jemals gebaut werden.

Ohne weit reichende Unterstützung von staatlicher Seite scheuen die meisten Energieunternehmen vor dem Bau neuer AKWs zurück. Die Tendenz geht deshalb zur längeren Laufzeit. Man will mit bereits abgeschriebenen Anlagen noch möglichst viel Geld verdienen. Relativ geringe laufende Kosten stehen hier sehr hohen Baukosten entgegen.

### Atomausbau käme Staaten teuer zu stehen

Staaten, die die Atomkraft aus politischen Gründen ausbauen wollen, werden in Zukunft also noch tiefer in die Tasche greifen müssen. Das wären für eine Risiko-technologie herausgeworfene Steuergelder. Es gibt ausreichend kostengünstigere Alternativen, die täglich ihre Praxistauglichkeit beweisen. Schon heute decken die Erneuerbaren Energien 14 Prozent des globalen Energieverbrauchs, die Atomkraft kommt gerade auf sieben Prozent.

Wie man es auch dreht und wendet: Eine sichere und umweltfreundliche Stromversorgung kann nur durch den Ausbau Erneuerbarer Energien, mehr Energieeffizienz und Dezentralität erfolgen. ■

Autorin: Tinka Lutz, DNR, EU-Koordination

### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring,  
EU-Koordination, Energieexpertin Tinka Lutz, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: eur1@dnr.de  
www.eu-koordination.de

Öko-Institut e.V., Postfach 50 02 40,  
79028 Freiburg  
Tel. 0761 / 45295 -0, Fax -88  
www.oeko.de

Neue Literatur:  
Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): „Mythos Atomkraft - Ein Wegweiser“, Berlin 2006, 384 S., 6,- Euro; Bezug sowie kostenloser Download (28,5 MB):  
www.boell.de/de/04\_thema/3854.html

genanet/Ulrike Röhr (Hrsg.): „20 Jahre Tschernobyl. Frauen aktiv gegen Atomenergie - wenn aus Wut Visionen werden“, Frankfurt/M. 2006, 196 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-8334-4592-0

<sup>1</sup> 21 Prozent weniger Klimagase im Jahr 2012 gegenüber 1990.

## Widerstand gegen Blairs Atompläne

### Britischer Parlamentsausschuss will Atomkraftausbau verhindern

Der britische Parlamentsausschuss für Umwelt hat das Vorhaben der Regierung zurückgewiesen, den künftigen Strombedarf des Landes durch Atomenergie zu decken. Zur Begründung heißt es, die Kernkraft könne nicht zu einem Ausbau der Energiekapazitäten und zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beitragen.

### Atomkraft kann keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten

Der Ausschuss möchte die Versorgungssicherheit statt mit Atomkraft durch zusätzliche gasbetriebene Anlagen, mehr Energieeffizienz und Erneuerbare Energien sicherstellen. „Über die nächsten zehn Jahre kann Atomenergie weder den zusätzlichen Bedarf noch die Ausfälle durch die Kohlereduzierung decken, schlicht weil die Anlagen nicht schnell genug gebaut werden können“, heißt es in dem Bericht mit dem Titel „Die Lichter anlassen“.

Der Bericht des Gremiums verweist außerdem auf die ungeklärten Probleme der Atomenergie, etwa die Entsorgung des radioaktiven Abfalls, die Akzeptanz in der Öffentlichkeit, die langfristige Verfügbarkeit von Uran und die mit dem Nuklearzyklus verbundenen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der Ausschuss wirft der Regierung Blair vor, sich zu stark auf die Atomenergie zu verlassen und die Erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz zu vernachlässigen. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Bericht des Ausschusses:  
[www.publications.parliament.uk/pa/cm200506/cmselect/cmenvaud/584/58402.htm](http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200506/cmselect/cmenvaud/584/58402.htm)  
 Quelle: [www.euractiv.com](http://www.euractiv.com) (18.04.06)

## Klimaschutz zum Spottpreis

### Studie: Wirksamer Klimaschutz kostet nur ein Prozent des Sozialprodukts

Nur etwa ein Prozent des weltweiten Sozialprodukts bis zum Ende des Jahrhunderts würde reichen, um den weltweiten Klimawandel zu bremsen. Zu diesem Ergebnis kommen Forscher des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und der italienische Wissenschaftler Carlo Carraro. Die Studie beruht auf einem Vergleich verschiedener komplexer ökonomischer Modelle für unterschiedliche Szenarien radikalen Klimaschutzes. Grundannahme der Szenarien waren jedes Mal ein vollständiger Umbau der Energieversorgung in Richtung Erneuerbarer Energien und eine drastische Steigerung der Energieeffizienz beziehungsweise Senkung des Verbrauchs.

### „Es geht um Menschenleben, nicht um Dollar“

Die Wissenschaftler betonen noch einmal die dringende Notwendigkeit zu handeln. Noch nie in der Geschichte des Planeten sei so viel CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre gewesen, wie heute. Seit Beginn der Industrialisierung habe sich die Durchschnittstemperatur bereits um ein Grad erhöht. Damals waren 270 ppm (Teile pro Million) CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre, heute liegt der Anteil bei 380 ppm. Ohne weltweiten Klimaschutz könne sich der Anteil bis zum Jahr 2100 auf 1000 ppm erhöhen. Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels wie ein Abschmelzen des Grönlandeises oder ein Versiegen des Golfstroms zu verhindern, müsse der Temperaturanstieg bei zwei Grad gestoppt und der CO<sub>2</sub>-Anteil bei 450 ppm stabilisiert werden. Steigt die Temperatur um mehr als zwei Grad, seien die Risiken unbeherrschbar. Niemand wisse, wie viele Menschenleben dies kosten würde. Für die Stabilisierung des Klimas müsse die Weltwirtschaft bis zum Ende des Jahrhunderts nahezu emissionsfrei sein.

### Preisdruck für mehr Umweltinvestitionen

Für den weltweiten Klimaschutz seien zwei Punkte von Bedeutung:

- Preissignale für Investitionen (zum Beispiel durch den Abbau von umweltschädlichen Subventionen der Internalisierung externer Kosten) und
- ein hoher CO<sub>2</sub>-Preis im Rahmen eines weltweiten Emissionshandels.

### Hohe Energiepreise: Zwei Mythen

Es sei falsch, dass mit hohen CO<sub>2</sub>-Preisen auch die Energie teuer werde. Das Gegenteil sei der Fall, denn durch Investitionen steige die Produktivität der fossilen Wirtschaft - ihr Energieverbrauch sinke. Außerdem sei es ein fataler Irrtum zu hoffen, dass die steigenden Preise für Erdöl automatisch zu mehr Klimaschutz führen. Steigende Ölpreise machten es eher attraktiv, mit mehr Aufwand Öl zu fördern. So könnte zum Beispiel Öl aus Ölsand gewonnen werden, was katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt hat. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Telegrafenberg A 31, 14473 Potsdam  
 Tel. 0331 / 288-2500, Fax -2600  
 eMail: [pik@pik-potsdam.de](mailto:pik@pik-potsdam.de)  
[www.pik-potsdam.de](http://www.pik-potsdam.de)  
 Informationen zu den Forschungsergebnissen:  
[www.feem-web.it/potsdam](http://www.feem-web.it/potsdam)

## Europäischer Emissionshandel bisher ohne Effekt

### Allokationspläne für die zweite Phase sehr enttäuschend

Vieles deutet darauf hin, dass die Nationalen Allokationspläne (NAP) für die zweite Phase des europäischen Emissionshandels nicht ausreichen, um Europas Kyoto-Reduktionsverpflichtung von minus 8 Prozent bis 2012 zu erfüllen. Die europäische Umweltorganisation CAN Europe fordert daher strengere Obergrenzen für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, mehr Transparenz und eine stärkere Belohnung von Firmen, die Emissionen reduzieren. Alle Sektoren müssten ihre Emissionen in der zweiten Phase absolut verringern.

Bisher verlangen von den 25 Mitgliedstaaten nur Deutschland und Großbritannien von ihrer Industrie, die Emissionen so weit zu reduzieren, dass sie unterhalb der sonst üblicherweise ausgestoßenen Menge liegen. CAN verlangt außerdem, dass so viele Zertifikate wie möglich versteigert werden. Produktspezifische Benchmarks seien nur die zweitbeste Lösung. CAN fordert die Mitgliedstaaten zudem auf, ihre NAPs öffentlich zu diskutieren und Umweltverbände daran zu beteiligen.

### WWF: Eckpunkte des deutschen NAP weisen in die verkehrte Richtung

Die Bundesregierung hat ihre Eckpunkte für den zweiten Nationalen Allokationsplan am 12. April vorgelegt. Der Umweltverband WWF kritisierte den Entwurf als völlig unzureichend. „Die Chance, Rahmendaten zu setzen, um bei der Kraftwerkspark-erneuerung Impulse in Richtung klimafreundliche Kraftwerke und Brennstoffe zu setzen, wurde verspielt“, sagte Regine Günther, Leiterin des Energiebereichs beim WWF Deutschland. Der Vorschlag sei eine „getarnte Besitzstandswahrung“ für die fünf großen Stromversorger RWE, E.on, EnBW, Vattenfall und STEAG. Zukunftsweisende Innovationen würden blockiert.

### CO<sub>2</sub>-Obergrenze höher als Industrie-Selbstverpflichtung

Die Deckelung der Emissionszertifikate auf 495 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr liege weit über der von der deutschen Industrie abgegebenen Selbstverpflichtung zur Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgase. Würde man die 2001 abgegebene Verpflichtung zur Grundlage der Reduk-

tionsanforderung machen, dürften nur 473 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ausgestoßen werden, rechnet der WWF vor.

### Vollständiger Verzicht auf Versteigerungen

Besonders gravierend sei der Verzicht auf die Versteigerung eines Teils der Zertifikate. Die fünf großen Stromversorger erwirtschaften durch die Einpreisung der kostenlos zugeteilten Zertifikate bis zu acht Milliarden Euro jährlich zusätzlich. Die Bundesregierung belässt diese Zusatzgewinne bei den Stromversorgern. Durch eine Versteigerung von zehn Prozent der Zertifikate wären größere marktwirtschaftliche Anreize für den Klimaschutz gesetzt worden und es hätte die Möglichkeit bestanden, durch eine Rückverteilung der Gelder die Stromverbraucher zu entlasten.

Der WWF bemängelt zudem, dass viele Emissionsreduktionen in die Zukunft verschoben würden. Dies zeige sich in der unzureichenden Ausstattung der Reserve für Neuanlagen mit zehn Millionen Tonnen. Notwendig wäre das Bereithalten von Zertifikaten in Höhe von ca. 30 bis 40 Millionen Tonnen gewesen. Durch die zu kleine Reserve konnte die Reduktionsanforderung für den Stromsektor so klein gehalten werden.

### Kohleverstromung wird weiterhin begünstigt

Ein Skandal sei, dass man es nicht geschafft habe, die Kosten der Kohleverstromung auch diesem Energieträger in Rechnung zu stellen. Neue Kohlekraftwerke erhalten weiterhin doppelt so viele Emissionsberechtigungen wie die deutlich klimafreundlicheren Gaskraftwerke. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Climate Action Network Europe, Rue de la Charité 48, 1210, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 22952-20, Fax -29  
eMail: info@climnet.org  
www.climnet.org  
CAN-Bericht (16 S., 360 kB):  
www.climnet.org/EUenergy/ET/  
NAPsReport\_Summary0306.pdf

WWF, Regine Günther, Leiterin Energiebereich, WWF-Vertretung Berlin, Große Präsidentenstraße 10, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 308742-0, Fax -50  
eMail: guenther@wwf.de  
www.wwf.de

## Autohersteller bauen weiter CO<sub>2</sub>-Schleudern

### Selbstverpflichtung nicht erfüllt

Der europäische Umweltverband Transport and Environment (T&E) wirft den europäischen Autoherstellern vor, ihre selbst gesteckten Ziele zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Neuwagen nicht einzuhalten. 1998 hatte der Verband Europäischer Automobilhersteller ACEA der EU-Kommission zugesagt, den durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei Neuwagen bis spätestens 2008 auf 140 Gramm pro Kilometer zu senken. Nach einer Untersuchung von T&E stoßen Neuwagen, die 2005 verkauft wurden, aber immer noch 160 g/km aus, was nur einer Verringerung um lediglich ein Prozent gegenüber 2004 entspricht. Um ihr Reduktionsziel zu erreichen, müssten die Hersteller den CO<sub>2</sub>-Ausstoß drei Jahre in Folge um 4,3 Prozent senken.

### T&E: Rechtliche Vorgaben notwendig, wachsender Verkehr erschwert Lage

Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf durchschnittlich 120g/km für alle PKW bis 2010 verringern. Dadurch könnte der Benzinverbrauch in Europa um insgesamt 25 Prozent gesenkt werden. Nach Angaben von T&E hat die EU-Kommission aber angesichts der viel zu langsamen Fortschritte die Frist intern bereits auf 2012 verschoben. T&E fordert daher rechtliche Vorschriften, um Neuwagen kraftstoffeffizienter zu machen, da die Automobilindustrie für rund 15 Prozent der europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sei. Das Kostenargument ziehe nicht: Laut einem Bericht der EU-Kommission würde die Zielerfüllung lediglich 577 Euro pro Wagen kosten. Das starke Wachstum des Verkehrssektors gleicht die vorhandenen Effizienzgewinne zudem mehr als aus. Laut einem Bericht der Europäische Umweltagentur (EEA) haben sich die Auswirkungen auf die Umwelt vervielfacht (siehe Seite 33). Die EU-Kommission erarbeitet zur Zeit einen Vorschlag, den Verkehrssektor in den Emissionshandel aufzunehmen. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Transport and Environment T&E, Rue de la Pépinière 1, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 502990-9, Fax -8  
eMail: info@transportenvironment.org  
www.transportenvironment.org

## Deutsche Energielobbyisten torpedieren EU-Klimaschutz

**Aus der Greenpeace-Veröffentlichung „Schwarzbuch Versorgungssicherheit“**  
Greenpeace hat im März ein „Schwarzbuch Versorgungssicherheit“ herausgebracht. Neben Kapiteln über Kohle, Gas und Atom wird auch über die Verquickung deutscher Politiker in Aufsichtsräten der Energiewirtschaft berichtet. Darüber hinaus finden sich unter dem Titel „RWE und die Brüsseler Anti-Klimaschutz-Lobby“ die Recherche-Ergebnisse über „Monopolstrukturen und Vetternwirtschaft“ in der EU. Wir dokumentieren einen Auszug. (jg)

### RWE und die Brüsseler Anti-Klimaschutz-Lobby

In Brüssel formiert sich eine klandestine Industrie-Lobby, die nach US-amerikanischem Vorbild und mit Unterstützung von US-amerikanischem Know-how und Geld gegen die Klimaschutzziele der Europäischen Union vorgeht.

Im Zentrum der Lobby-Gruppe stehen Christopher C. Horner vom European Enterprise Institut (EEI) und Dr. Margo Thorning vom International Council for Capital Formation (ICCF) in Brüssel. Beide leugnen den Klimawandel bis heute systematisch. Sie bilden den Mittelpunkt einer Gruppe neokonservativer Think Tanks („Denkfabriken“), die unter scheinbar neutralem Organisationsnamen Industrie, Journalisten und Politiker beraten. Finanziert wird die Gruppe unter anderem vom amerikanischen Ölmulti ExxonMobil, in Deutschland bekannt als Esso. In den USA wurden ihre aggressiven Lobby-Methoden in dem Skandal um den hohen Mitarbeiter des weißen Hauses, Philip Cooney, öffentlich. Er hatte jahrelang Klimastudien manipuliert und dabei die hohen Treibhausgas-Emissionen als Ursache für den Klimawandel systematisch verharmlost. Nach Bekanntwerden der Manipulationen im Juni 2005 musste Cooney gehen. Er arbeitet heute für ExxonMobil.

Ein internes Strategiepapier von Chris Horner, das an den deutschen Energiekonzern RWE gerichtet ist und Greenpeace im Oktober 2005 zugespielt wurde, zeigt das Ausmaß der Intrigen. RWE wird die „Schaffung eines Aktionsteams“ empfohlen, mit dem Ziel, das „Festhalten an der Agenda des Kyoto-Protokolls 2008-2012 in der EU in Frage zu stellen.“ In dem Papier wird unter dem Titel „Aktions-

plan für RWE“ die „Gründung einer europäischen Klimaschutz-Koalition in Brüssel“ vorgeschlagen. Weiter heißt es: „Andere Unternehmen (inkl. Vattenfall, Endesa, Lufthansa, Exxon, Ford) haben bereits Interesse bekundet.“ Und weiter hinten: „In den Vereinigten Staaten hat eine informelle Koalition erfolgreich dazu beigetragen, die Annahme eines Kyoto-ähnlichen Programms zu verhindern.“

Zwar dementiert RWE, zusammen mit anderen Konzernen eine konspirative Lobby-Gruppe gründen zu wollen, aber Chris Horner ist für RWE kein Unbekannter. Zwischen ihm und dem Brüsseler Chef-Lobbyisten von RWE, Markus Becker, ist es nach Greenpeace-Recherchen schon mehrfach zu Kontakten gekommen. RWE in Brüssel sagt dazu, sie habe die Pflicht, sich mit allen Stakeholdern zu unterhalten. RWE hat bereits mehrfach öffentlich erklärt, dass man die Ziele des Kyoto-Protokolls für zu ambitioniert halte.

RWE ist selbst für aggressives Lobbying bekannt. Bei der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten sowie bei der Übertragbarkeit von Emissionsrechten von Alt- auf Neuanlagen konnte sich RWE durch ebenso gezielte wie geschickte Lobbyarbeit einseitig Vorteile sichern. Nur durch diese als „Lex RWE“ bekannt gewordenen Regelungen kann sich der Bau eines neuen Braunkohlekraftwerks wie in Neurath (NRW) überhaupt rechnen.

Das Vorgehen hat bei RWE Methode. Schon als es in den 80er Jahren um die Reduzierung von Schwefeldioxid ging, konnten die RWE die Gesetze zu ihren Gunsten beeinflussen. Schon damals wurde die Sonderregelung nach dem Begünstigten benannt: „Lex RWE“. ■

Aus: Schwarzbuch Versorgungssicherheit

### • Weitere Informationen

Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100  
eMail: mail@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

Greenpeace (Hrsg.): „Schwarzbuch Versorgungssicherheit“, Hamburg 2006; PDF-Download (38 S., 1,9 MB): [www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user\\_upload/themen/energie/Schwarzbuch\\_f\\_\\_r\\_Internet.pdf](http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/energie/Schwarzbuch_f__r_Internet.pdf)

## Newsticker

### Deutsches Geld für bulgarisches Risiko-AKW

Knapp 20 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl wollen deutsche Banken den Bau eines neuen Risiko-Reaktors im Norden von Bulgarien finanzieren. Der Bau des AKW Belene wurde 1987 begonnen, aber wegen Umweltprotesten, mangelnder Wirtschaftlichkeit und Sicherheitsbedenken 1992 gestoppt. Nun hat die bulgarische Regierung das Projekt reanimiert und sucht einen Investor, um den russischen Druckwasserreaktor fertig zu stellen. Bisher bewerben sich der russische Kraftwerksbauer Atomstroyeksport und der deutsch-französische Atomkonzern Areva NP (34 Prozent Siemens). Bei der Finanzierung sollen deutsche Banken helfen: Deutsche Bank, Commerzbank, Bayerische Landesbank und HypoVereinsbank kündigten Kredite für Belene an. Grundlegende Probleme wie der Standort in einem Erdbebengebiet und die Entsorgung des Atommülls sind nach wie vor ungelöst. Außerdem will die Regierung Geld sparen und die mindestens 14 Jahre alten Baureste mit einbeziehen - ein zusätzliches Sicherheitsrisiko. (tl)  
Quelle: [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de) (19.04.06)

### Energiesparlabel ENERGY STAR soll aktualisiert werden

Die EU-Kommission will mit den USA neue Energieeffizienz-Kriterien für das gemeinsame Bürogeräte-Programm ENERGY STAR ausarbeiten. Das Programm wurde 2001 für zunächst fünf Jahre eingeführt und hat die Förderung der Energieeffizienz bei Computern, Bildschirmen, Druckern sowie Kopier- und Faxgeräten zum Ziel, auf die annähernd fünf Prozent des Stromverbrauchs der EU entfallen. Durch das gemeinsame Programm sollen Handelshemmnisse vermieden werden. Es sieht die Kennzeichnung von Geräten vor, die bestimmte Energieeffizienz-Kriterien erfüllen. Außerdem bietet es Hilfestellung für die sparsame Benutzung der Geräte. Das neue Abkommen soll ehrgeizigere Normen enthalten, da die alten Kriterien mittlerweile überholt sind. Obwohl die Energieeffizienz in den letzten Jahren deutlich verbessert wurde, wird der Energieverbrauch durch eine größere Leistungsfähigkeit der Geräte und eine Vielzahl neuer Geräte vermutlich steigen. (tl)  
Quelle: [www.eu-energystar.org/de](http://www.eu-energystar.org/de)

## Gastbeitrag UN-Konferenz zur Biologischen Vielfalt: Chance vertan

### Stillstand beim Biodiversitätsschutz: Höchste politische Ebene gefragt

Die Europäische Kommission hat angekündigt, die Anstrengungen zum Schutz der Biodiversität zu erhöhen. Eine EU-Biodiversitätswoche vom 31. Mai bis 6. Juni (siehe S. 11) soll das unterstreichen. Auch die Weltnaturschutzorganisation IUCN will mit einer Veranstaltung zu Biodiversität in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit den Zusammenhang zwischen den Millenniums-Entwicklungszielen Armut, Gesundheit und Bildung und dem Erhalt der Biodiversität aufzeigen, um Biodiversität stärker in den Politiken zu verankern. All dies sind wichtige Schritte, um das von den Staats- und Regierungschefs 2002 beschlossene Ziel zu erreichen, den Verlust an Arten und Lebensraum deutlich zu reduzieren. Die Achte Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) im brasilianischen Curitiba hat jedoch gezeigt, dass die EU und andere Industrieregionen ihren eigenen ökologischen Fußabdruck durch die Ausbeutung der biologischen Ressourcen sowie durch den internationalen Handel verhandeln müssen. Sonst setzt sich der Stillstand beim Schutz der Biodiversität fort.

### Die CBD scheiterte mit der Aufgabe, das Artensterben zu verringern

Vor der Vertragsstaatenkonferenz vom 20. bis 31. März war allen 188 Vertragsstaaten (die USA haben bis heute nicht ratifiziert!) klar, dass die Geschwindigkeit, mit der Tier- und Pflanzenarten aussterben, heute 1.000 Mal höher ist als zu prähistorischer Zeit, also bevor es Menschen auf der Erde gab. Das von 1.000 Wissenschaftlern erarbeitete Millennium Ecosystem Assessment geht davon aus, dass sich die Geschwindigkeit des Artensterbens bis zum Jahr 2050 nochmals verzehnfachen wird.

Hatte vor zwei Jahren die CBD deutlich an Fahrt aufgenommen, zeigte sich trotz einiger Erfolge bei den Beschlüssen zu etwa 30 Bereichen, dass die UN-Konferenz über Biologische Vielfalt in Curitiba mit dem Versuch gescheitert ist, das Artensterben in Urwäldern und Meeren auch nur annähernd zu verringern.

### Letzte intakte Waldlandschaften und notwendige Hochsee-Schutzgebiete

Zu Beginn der diesjährigen CBD-Konferenz hatte Greenpeace neue Karten über die noch verbliebenen intakten Waldlandschaften der Erde<sup>1</sup> und über notwendige Schutzgebiete in der Hohen See<sup>2</sup> vorgelegt. Nach diesen erstmalig auf einheitlichen Kriterien basierenden und Satellitengestützten Waldkarten gibt es in 148 Ländern noch Waldvegetation, wobei in nur 66 Ländern davon intakte Waldlandschaften vorkommen. In der Hälfte dieser Länder machen sie jedoch nur noch weniger als zehn Prozent der gesamten Waldfläche aus.

Der Autor der Greenpeace-Meereskarten, der britische Meeresnaturschutzspezialist Professor Callum Robert, fordert 40 % der Weltmeere strikt zu schützen, um die Artenvielfalt, aber auch die Fischbestände langfristig zu sichern. Beide Kartenwerke machen deutlich, dass der Biodiversitätsschutz sich nicht in kleinen Schritten nach vorn (schon gar nicht zurück) bewegen sollte, sondern auf der höchsten politischen Ebene substantieller Weichenstellungen bedarf.

### Neue Finanzierungsinstrumente und -mechanismen notwendig

Eine dieser Weichenstellungen liegt sicher in der Finanzierung. In Curitiba haben die Vertragsstaaten die Verhandlungen zum Abbau der umweltschädlichen Subventionen nicht ansatzweise genutzt, sondern die Zuständigkeit der CBD vor dem Hintergrund der andauernden WTO-Verhandlungsrunde (v. a. zu Agrarsubventionen) in Frage gestellt. Die Umsetzung der CBD wird finanziell immer abhängiger von der Globalen Umweltfazilität (GEF). Denn die Industriestaaten wollen kein zusätzliches Geld für die Finanzierung der Einrichtung des langfristigen effektiven Managements zusagen. Mit der Ankündigung der USA, dem Hauptgeldgeber der Globalen Umweltfazilität (GEF) für Klima- und Artenschutz, ihren Beitrag zu halbieren, ist die Umsetzung der CBD in eine tiefe Krise gestürzt.

Somit sind neue Finanzierungsinstrumente und -mechanismen notwendig. Auch Gastgeber Brasilien hat hier keine neuen

Impulse gegeben und keine neuen Finanzierungswege für den Artenschutz vorgeschlagen. Immerhin soll das Sekretariat der CBD nun zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz 2008 verschiedene Optionen für die Finanzierung von Schutzgebieten vorgeschlagen, die dort verhandelt werden.

### Keine Fortschritte im Kampf gegen illegalen Holzeinschlag und Fischerei

Der Kampf gegen Kriminalität ist Kernaufgabe jeder Regierung. Umso erstaunlicher war es, dass es auf dieser Konferenz keine Fortschritte im Kampf gegen illegalen und zerstörerischen Holzeinschlag und Fischfang gab. So wurde nicht einmal, wie von einer großen Anzahl von Ländern gefordert, die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit höchster Dringlichkeit aufgerufen, die extrem zerstörerische Fischerei mit Grundschleppnetzen in der Hohen See auszusetzen. Für Länder wie Australien, Norwegen, Island, Spanien und Japan waren die industriellen Interessen vor allem der Hochseeflotten wieder einmal wichtiger als der Schutz der marinen Artenvielfalt. Eine verbindliche Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene zum illegalen Holzeinschlag und dem damit zusammenhängenden Handel verhinderte Brasilien, obwohl Holzfäller, Viehzüchter und Soja-Farmer immer weiter illegal in den Amazonas-Urwald vordringen.

### Erst 2010 rechtsverbindliches Abkommen gegen Biopiraterie

Die verbindliche Regelung des Zugangs und vor allem des gerechten Vorteilsausgleichs bei der Nutzung von Pflanzen war vor der Konferenz vom Gastgeber und anderen Ländern, die reich an Biodiversität sind, als vordringlich proklamiert worden. Allerdings haben sich bei den Verhandlungen vor allem Australien, Neuseeland und Kanada - unter dem Druck der USA - mit ihrer Strategie durchgesetzt, so dass es nun erst 2010 ein rechtsverbindliches Abkommen gegen Biopiraterie geben soll, dessen Charakter noch nicht klar ist. Damit wollen sich diese Länder Zeit erkaufen, in der ihre Pharma- und Gentechnikkonzerne sich im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) Patente auf Pflanzen und genetische Ressourcen sichern können.

Die EU ist in dieser Frage ebenso wie die deutschen Bundesministerien stark gespalten. Somit wurde die Einigung auf ei-

1 [www.greenpeace.org/forestmaps](http://www.greenpeace.org/forestmaps)

2 [www.oceans.greenpeace.org/highseas-report](http://www.oceans.greenpeace.org/highseas-report)

nen Zeitplan schon als ein Erfolg gewertet, obwohl die inhaltliche Ausgestaltung innerhalb der zwei Verhandlungswochen kaum voran kam.

### **Erfolg: Verlängerung des Moratoriums zur Terminator-Technologie**

Als Erfolg kann die Verlängerung des 2000 beschlossenen Moratoriums zur sogenannten Terminator-Technologie, also dem Einsatz von gentechnisch veränderten, sterilem Saatgut gesehen werden. Dessen vor allem von Australien, Neuseeland und Kanada - und den dahinter verborgenen Industrievertretern von Monsanto, BASF oder Syngenta - geforderte Aufhebung hätte bedeutet, dass vor allem Kleinbauern beim Kauf von Saatgut von industriellen Agrarkonzernen abhängig würden. Auch konnte die kommerzielle Nutzung von gentechnisch veränderten Bäumen mit der Anwendung des Vorsorgeprinzips erstmalig beschränkt werden. Nun soll die CBD bis 2008 die Risiken der Gentech-Bäume auf die Biodiversität sowie ihre soziale Auswirkungen zusammentragen und dann grundsätzlich darüber entscheiden.

### **Deutschland Gastgeber der CBD 2008**

Deutschland hat in Curitiba zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz 2008 eingeladen. Damit haben Bundeskanzlerin Merkel und insbesondere Bundesumweltminister Gabriel Verantwortung dafür übernommen, dass der Biodiversitätsschutz ähnlich wie der Klimaschutz auf höchster politischer Ebene endlich ernsthaft angegangen wird. Denn werden z. B. die letzten Urwälder nicht dauerhaft geschützt, wird unser Klima durch das klimawirksame CO<sub>2</sub> aus Entwaldung bis zu 25 % negativ beeinflusst. Da 2008 ein Schwerpunkt auf der Agenda der CBD beim Schutz der Wälder liegen wird, hat Bundesumweltminister Gabriel angekündigt, sich im Bereich des Urwaldschutzes besonders zu engagieren. Auch wolle er beim Schutz der sensiblen Hochsee-Ökosysteme die Weichen für zügige Schutzmaßnahmen stellen sowie neue Finanzierungsinstrumente entwickeln.

### **Deutschland muss G8- und EU-Ratspräsidentschaft nutzen**

Sollen diesen begrüßenswerten Ankündigungen substantielle, international verbindliche Beschlüsse folgen, müssen die eigentlichen Herausforderungen beim Schutz der Artenvielfalt von Urwäldern und Meeren sowohl innerhalb der deut-

schen Bundesregierung als auch auf internationaler Ebene angegangen werden. Wie kann der negative Einfluss der Wirtschaftsliberalisierung der Welthandelsorganisation WTO bei der notwendigen Regelung des Handels mit biologischen Ressourcen - auch mit solchen aus illegalen Quellen - ausgeschaltet werden? Werden internationale Steuern zur Finanzierung von Urwald- und Meeresschutz bei anhaltenden Haushaltskrisen der Geberländer endlich eingeführt? Dazu könnte und sollte Bundeskanzlerin Angela Merkel die deutsche G8- und EU-Präsidentschaft nutzen. So könnte die Vertragsstaatenkonferenz 2008 in Deutschland ein Meilenstein für Urwald- und Meeresschutz, für Klimaschutz sowie für eine ökologisch erträgliche und sozial gerechte wirtschaftliche Nutzung biologischer Ressourcen werden. ■

Gastautor: Martin Kaiser, Greenpeace

#### • **Weitere Informationen**

Greenpeace International, Martin Kaiser, Experte für Waldpolitik, Hamburg  
Tel. 040 / 30618-321, Fax -121  
eMail: martin.kaiser@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

Siehe auch Pressemitteilung des DNR:  
Der große Durchbruch blieb aus:  
www.dnr.de/presse/docs/  
PMvom020406.doc

## **Klimawandel bedroht Pflanzenarten in Europa**

### **Hälfte der Pflanzenarten bedroht - vor allem Bergregionen betroffen**

Über die Hälfte aller Pflanzenarten ist in Europa durch den Klimawandel bedroht. Besonders dramatisch sei die Situation in den mittleren bis hohen Lagen der Gebirgsregionen, so die Einschätzung des Wissenschaftlerteams im Forschungsprojekt ALARM unter Leitung des Umweltzentrums Leipzig-Halle. Besonders bedroht sei die Flora in den Alpen und den Pyrenäen. Aufgrund des hohen Spezialisierungsgrades können sich die Pflanzen dort schlechter anpassen. Auch große Teile des Mittelmeerraumes und Osteuropas seien gefährdet. Von geringeren Verlusten sei in Skandinavien und der Atlantikregion auszugehen.

### **Wirtschaftswachstum auf Kosten der genetischen Vielfalt der Vegetation**

Die Wissenschaftler haben den Einfluss verschiedener Klimaprognosen auf 1.350 europäische Pflanzenarten berechnet und dabei drei verschiedene Versionen des Klimawandels durchgespielt. Das erste Szenario geht von einem ungehemmten weltweiten Wirtschaftswachstum aus, bei dem sich die Politik nicht an Umweltstandards, sondern nur an ökonomischen Interessen orientiert. Bei einer solchen Entwicklung würden 50 Prozent aller europäischen Pflanzen bis 2080 aussterben. Das günstigste Szenario glaubt an eine nachhaltige Entwicklung und weitere Verbesserung der Umweltstandards. Doch auch unter diesen Bedingungen würde ein Viertel der europäischen Pflanzen bis 2080 aussterben. Nach dem wahrscheinlichsten mittleren Szenario würde sich die durchschnittliche Temperatur um 4°C erhöhen, während sich die Kohlendioxidkonzentration verdoppelt. Bei diesem Szenario würden 30 bis 40 Prozent der europäischen Pflanzen bis 2080 aussterben. (bv) ■

#### • **Weitere Informationen**

Quellen:

www.ufz.de/index.php?de=7147  
www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/  
news/2006/05-04\_07  
www.taz.de/pt/2006/04/11/a0095.1/  
text

### Lahmer Kampf gegen illegalen Holzhandel

#### Ranking europäischer Regierungen

23 europäische Staaten sind vom WWF auf ihre Maßnahmen beim Kampf gegen den illegalen Holzhandel hin untersucht worden. Deutschland kommt nur auf knapp 11 der 22 erreichbaren Punkte und liegt damit im europäischen Vergleich auf Platz 6, weit hinter Großbritannien und den Niederlanden mit jeweils gut 13 Punkten. Keines der 23 Länder kann allerdings nach Ansicht des WWF mit akzeptablen Ergebnissen beim Kampf gegen illegales Holz aufwarten, obwohl die EU einer der größten Abnehmer von illegalem Holz aus der ganzen Welt ist. Besonders beschämend war das Ergebnis aller Staaten bis auf Frankreich in Bezug auf die öffentliche Beschaffung.

#### Deutscher Bundestag: Grüne bringen Urwaldschutzgesetz ein

In Deutschland liegt seit der letzten Legislaturperiode ein Entwurf für das so genannte Urwaldschutzgesetz vor, das unter der aktuellen Regierung bislang aber nicht weiterverfolgt wurde. Das Gesetz soll den Handel mit illegalem Holz in Deutschland ausschließen und unter hohe Strafen stellen. Ende März haben die Grünen das Urwaldschutzgesetz in den Bundestag eingebracht, um die Große Koalition zu zwingen, Stellung zu beziehen. In der letzten Legislaturperiode hatten CDU und SPD in Anträgen erklärt, dass sie den Ansatz befürworten, den Handel mit illegalem Holz zu verbieten. Nun wird sich zeigen, ob das heute immer noch gilt.

#### Isotopenanalyse erkennt illegal gerodetes Holz

Deutsche Wissenschaftler der Firma Agroisolab, unterstützt vom WWF und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), haben jetzt eine Methode entwickelt, die es ermöglicht, den Herkunftsort von Holz zu bestimmen und damit illegal geschlagenes Holz von legalem zu unterscheiden. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) geht davon aus, dass jährlich rund 15 Mio. Hektar Wald illegal gerodet werden, und der WWF schätzt, dass mehr als 50 Prozent des importierten Holzes aus Indonesien, Russland und dem Amazonasgebiet gegen die Rechtsvorschriften verstößt.

Das Verfahren zur Herkunftsbestimmung beruht auf der Analyse der Isotope, dem so genannten Fingerabdruck der Natur, der für jeden Punkt der Erde spezifisch ist. Durch den Vergleich mit einer Probe aus dem jeweiligen Land oder von der Plantage oder dem Feld kann überprüft werden, ob das Material auch wirklich von dort stammt. Um eine hierzu benötigte Datenbank mit Vergleichswerten zu erstellen, tragen Mitarbeiter des WWF derzeit Proben aus den für den deutschen Holzimport wichtigen Ländern zusammen. Damit kann zumindest illegal gehandeltes Holz tatsächlich nachgewiesen werden. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

WWF-Pressestelle, Hamburg  
Tel. 040 / 530200118  
eMail: [presse@wwf.de](mailto:presse@wwf.de)  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

Quellen:  
[www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02990](http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02990)  
Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen 21.03.06  
[www.taz.de/pt/2006/03/22/a0107.1/text](http://www.taz.de/pt/2006/03/22/a0107.1/text)  
[www.presstext.de/pte.mc?pte=060320026](http://www.presstext.de/pte.mc?pte=060320026)

### Amazonas in großer Gefahr

#### Alarmierende WWF-Studie zu Klimawandel und Abholzung

Klimawandel und Abholzung könnten 30 bis 60 Prozent des Amazonas-Regenwaldes in eine öde Savanne verwandeln, warnt die neue WWF-Studie „Climate Change in the Amazon“. Allein von 1990 bis 2000 sind die monatlichen Lufttemperaturen in Südamerika um 0,5 bis 0,8 Grad Celsius angestiegen. In Zukunft ist mit einer weiteren Erwärmung zu rechnen. Die Folgen: Weniger Niederschlag, mehr Trockenheit. Der WWF fürchtet nicht zuletzt den Verlust der enormen Artenvielfalt in der Amazonasregion. Doch auch ohne Klimawandel ist der Amazonas gefährdet.

#### Rinderzucht und Sojaanbau können Amazonaswälder bis 2050 „halbieren“

Die Zunahme der Land- und Viehwirtschaft kann schon bis 2050 rund 40 Prozent des Amazonas-Regenwaldes in Südamerika vernichten. Die Ausbreitung von Rinderzucht und Sojaanbau im Amazonas-Becken habe die Geschwindigkeit der Abholzung deutlich erhöht. Das berichten US-amerikanische und brasilianische Wissenschaftler in der Zeitschrift „Nature“ (Bd. 440, S. 520) Ende März.

#### Greenpeace-Bericht: Chicken-Burger-Boom heizt Rodungen für Soja an

Greenpeace hat McDonald's und anderen Schnellimbis Ketten vorgeworfen, mit der Nachfrage nach Sojabohnen für Geflügelnahrung den brasilianischen Regenwald zu schädigen. Der aktuelle Bericht „Eating up the Amazon“ stellt eine direkte Verbindung zwischen dem Soja-Anbau auf illegal gerodeten Flächen und den Chicken-Burgern im Fast-Food-Restaurant her. Wegen der hohen internationalen Nachfrage ist die Sojabohnen-Produktion im Amazonas-Becken in den vergangenen Jahren in die Höhe geschossen. Laut Greenpeace wird ein großer Teil der Sojabohnen auf illegal gerodetem Land angebaut. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

WWF-Pressestelle, Frankfurt/M.  
Tel. 069 / 79144-216

Quellen:  
[www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02935](http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02935)  
[www.morgenweb.de/wissenschaft/20060322\\_wissenschaft\\_190820.html](http://www.morgenweb.de/wissenschaft/20060322_wissenschaft_190820.html)  
<http://derstandard.at/?url=/?id=2405997>

## Umsetzung EU-Gesetzgebung

### Vogelschutz- und FFH-Maßnahmen in Deutschland, Malta und Österreich

Da Deutschland weder zahlen- noch flächenmäßig genügend Schutzgebiete für Vögel auf der Grundlage der EU-Richtlinie über die Erhaltung wild lebender Vogelarten ausgewiesen hat, will die EU-Kommission Deutschland eine letzte schriftliche Mahnung wegen des mangelhaften Schutzes wild lebender Vögel zuleiten. Ferner hat die Kommission Anfang April beschlossen, die Beschwerden über mögliche Auswirkungen der Bauarbeiten am Flughafen Frankfurt auf Naturschutzgebiete nicht weiter zu verfolgen, da die Arbeiten aufgrund von Ausgleichsmaßnahmen zu keiner generellen Beeinträchtigung von Naturschutzgebieten führen dürften.

### Malta zeigt Wandel bei Jagdgesetzen

Malta, Europas größter Problemfall im Bereich der illegalen Vogeljagd, unternimmt Anstrengungen, die EU-Vogelschutzgesetze umzusetzen. Infolge eines Vertragsverletzungsverfahrens änderte die maltesische Regierung Anfang April in letzter Minute die nationale Gesetzgebung und passte die Vogelschutzbestimmungen der EU-Gesetzgebung an. Allerdings soll die neue Gesetzgebung erst nach der Frühlingsjagd 2006 in Kraft treten. Auch bleibt abzuwarten, wie fortan die illegale Jagd in Malta geahndet wird.

### Österreich wegen Vogelschutzrichtlinie vor EuGH

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Ende März Österreich für schuldig befunden, gegen die EU-Vogelschutzrichtlinie von 1979 zu verstoßen, da es nicht ausreichend Fläche des Lauteracher Rieds nahe des Konstanzer Sees als Vogelschutzgebiet gemeldet habe. Eine andere Klage bezüglich der Kompensation der Auswirkungen einer neuen Straße in der Nähe eines FFH-Gebietes wurde zurückgewiesen, da Pläne für den Straßenbau bereits vor dem EU-Beitritt Österreichs bestanden hätten. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Quellen:

[www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Reference: IP/06/471)

[www.birdlife.org/news/news/2006/04/malta.html](http://www.birdlife.org/news/news/2006/04/malta.html)

Environment Daily 24.03.06

## Newsticker

### WWF-Studie zeigt Zusammenhang von Armutsbekämpfung und Naturschutz

Der Artenschutz für Pandas, Gorillas oder Tiger hilft bei der Bekämpfung von Armut. Das ergab eine neue Studie, die der WWF anlässlich der 8. Konferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt in Curitiba (Brasilien) vorgelegt hat. Anhand von sechs Beispielen zeigt die Umweltschutzorganisation, dass wirksamer Naturschutz nur mit den Menschen vor Ort möglich ist und diese davon auch wirtschaftlichen Nutzen ziehen. (bv)

Quelle: [www.presseportal.de/story.htx?nr=799763&firmid=6638](http://www.presseportal.de/story.htx?nr=799763&firmid=6638)

### Biodiversität als Priorität europäischer Entwicklungspolitik

Die Weltnaturschutzunion IUCN, die EU-Kommission und die Regierungen von Belgien, Finnland, Frankreich und Schweden organisieren vom 19. bis 21. September 2006 in Paris eine Konferenz zu Biodiversität in der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit 350 Repräsentanten von Regierungen und der Zivilgesellschaft aus Entwicklungsländern und der EU. (bv)

Quelle: [www.iucn.org/en/news/archive/2006/03/27\\_biodiversity\\_dev.pdf](http://www.iucn.org/en/news/archive/2006/03/27_biodiversity_dev.pdf)

### Rückgang der Schmetterlingsvielfalt in Europa

71 der 576 Schmetterlingsarten des Kontinents seien mittlerweile bedroht, fast jedes europäische Land sei davon betroffen, berichten Biologen im Fachjournal „New Scientist“. Der Artikel basiert auf Schmetterlingsdaten seit 1990 aus 45 Staaten Europas. Der Grund für den Artenrückgang sei die Trockenlegung von europaweit 15 Prozent aller Feuchtwiesen in den letzten 25 Jahren. Der Lebensraum der Wiesen-Schmetterlinge schrumpfte sogar um 19 Prozent. (bv)

Quelle: <http://springerlink.metapress.com/link.asp?ID=258661044777LP17>

### EEA-Bericht zu Umweltauswirkungen der EU-Landwirtschaft

Die Europäische Umweltagentur hat sich für eine bessere Zielsetzung von Agrar-Umwelt-Fonds ausgesprochen, um die Natura-2000-Gebiete besser zu schützen. Die Empfehlung wurde im Zusammenhang mit der Umweltevaluierung der Landwirtschaft in der EU getätigt. Der Bericht untersucht Trends der Umweltauswirkungen von Landwirtschaft und überträgt diese

auf die EU-Agrarpolitik (GAP). Er beobachtet einen „beträchtlichen Fortschritt“ bei der Integration von Umweltschutz in die Agrarpolitik seit 2002. Der Bericht berücksichtigt jedoch nicht die GAP-Reformen aus dem Jahr 2003. (bv)

Quellen: Environment Daily, 21.03.06  
[http://reports.eea.eu.int/eea\\_report\\_2006\\_2/en](http://reports.eea.eu.int/eea_report_2006_2/en)

### Zulassung neuer Alternativmethoden zu Tierversuchen

Die EU hat Ende März sechs alternative Testverfahren zu Tierversuchen genehmigt. Bei den neuen Verfahren werden Zellkulturen anstelle von Tieren eingesetzt, um festzustellen, wie giftig etwa Krebsmedikamente sind. Dank der neuen Methoden werden nicht nur weniger Tiere für die Tests benötigt. Gleichzeitig wird deren Genauigkeit verbessert und damit die Sicherheit der betreffenden Produkte erhöht. (bv)

Quelle:

[www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=6200](http://www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=6200)

### Exportsubventionen für Schlachttiere abgeschafft

Exportrückerstattungen für lebende Schlachttiere sind seit Januar in der EU abgeschafft. Die EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel hatte zunächst die Abschaffung aller Exportsubventionen für lebende Tiere vorgeschlagen. Dies scheiterte jedoch am Widerstand Deutschlands, so dass der Export lebender Zuchttiere weiterhin subventioniert bleibt. (bv)  
[www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Reference: IP/05/1647)

### Aktionsplan für besseren Tierschutz enttäuscht Abgeordnete

Der Aktionsplan der EU-Kommission für den Zeitraum 2006-2013 war überfällig, um Tiere in Europa stärker zu schützen. Dieser Meinung ist die Grüne EU-Parlamentarierin Hiltrud Breyer. Die von der EU-Kommission verabschiedeten Vorschläge seien jedoch insbesondere aufgrund der vernachlässigten Kennzeichnungsproblematik zu lasch, um wirklich den Tierschutz in der EU voran zu bringen. (bv)

Quelle: [www.hiltrud-breyer.de/newsletter/oekonews/OekonewsAprilNr12006.pdf](http://www.hiltrud-breyer.de/newsletter/oekonews/OekonewsAprilNr12006.pdf)

■

### Weg frei für Maut auf allen europäischen Straßen

#### Verkehrsrat stimmte Eurovignette zu: Sie gilt nun bereits für 3,5-Tonner

Der Rat der Verkehrsminister hat Ende März die Abänderungen des Europäischen Parlaments an der so genannten Eurovignetten-Richtlinie angenommen. Darin werden Regeln für die Berechnung von Maut- und Benutzungsgebühren für das trans-europäische Straßennetz festgelegt. Das neue europäische System für die Erhebung von Straßenbenutzungsentgelten geht über das bisherige hinaus. Die bestehende Richtlinie sieht Mautgebühren nur für Autobahnen vor. Nun können die Mitgliedstaaten den Schwerlastverkehr auch auf anderen Straßen zur Kasse bitten. Außerdem gilt die Richtlinie nicht mehr nur für Fahrzeuge über 12 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht, sondern bereits ab 3,5 Tonnen.

Der neue Rechtsrahmen erleichtert es Mitgliedstaaten, Mautsysteme einzuführen oder auszubauen. Durch die Mauteinnahmen können der gewerbliche Güterverkehr besser gesteuert, die Luftverschmutzung vermindert und Mittel für Investitionen in neue Verkehrsinfrastrukturen erwirtschaftet werden.

#### In Zukunft sollen auch externe Kosten mit berücksichtigt werden

Die Richtlinie gilt auch als erster Schritt zur Einberechnung externer Kosten bei Straßenbenutzungsgebühren. Laut Kommissionsbeschluss kann die Maut je nach Überlastungsgrad der Straße flexibel erhoben werden. Ab 2010 ist es vorgeschrieben, bei der Mautberechnung die Umweltfreundlichkeit der Fahrzeuge zu berücksichtigen. In besonders sensiblen Gebirgsregionen dürfen Mitgliedstaaten Mautaufschläge erheben. Die damit erzielten Einnahmen müssen in die Finanzierung alternativer Infrastruktur fließen. Außerdem werden Rabatte für Vielnutzer eingeschränkt. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generalsekretariat Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
[www.europa.eu.int/comm/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/index_de.html)

### Wachsender Verkehr macht Energiespareffekte zunichte

#### Studie der EEA warnt vor Schäden für Umwelt und Gesundheit

Nach einer Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA) vom März belastet der wachsende Verkehr in der EU immer mehr Umwelt, Klima und Gesundheit. Während in zahlreichen Wirtschaftsbereichen die Treibhausgasemissionen reduziert werden konnten, haben die verkehrsbedingten Emissionen zwischen 1990 und 2003 um mehr als 22 Prozent zugenommen. Die Luft wurde schlechter, obwohl viele Verkehrsmittel ihre Energieeffizienz z.B. durch spritsparende Motoren erheblich steigern konnten. Gleichzeitig fuhren aber immer mehr Autos auf den Straßen und es gab immer mehr Flüge. So ist der Anteil des Luftverkehrs am gesamten Passagierverkehrsaufkommen seit 1990 um 12 Prozent gestiegen. Diese Entwicklungen machten die Effizienzsteigerungen wieder zunichte, so die Umweltagentur.

#### Grüne fordern Verkehrswende in der EU: „Subventionen abschaffen“

Zwar könnten neue Technologien Schadstoffausstoß und Verbrauch senken, aber zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen müsse mehr getan werden, heißt es in der Studie der EEA. Der Europäische Verband für Verkehr und Umwelt T&E appellierte an die Autoindustrie, weitere Verbesserungen der Energieeffizienz zu entwickeln. Die Grünen im Europäischen Parlament forderten eine Verkehrswende in der EU. Zuerst müssten direkte und indirekte Subventionen abgeschafft werden, z.B. die Befreiung von der Kerosinsteuer, sagte der Abgeordnete Michael Cramer. Wenn der Verkehr auf der Straße und in der Luft nicht mehr künstlich verbilligt werde, könne die Benachteiligung der Bahnen beendet und für den Transport von Gütern und Personen ein ökologisch ehrlicher Preis verlangt werden. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Michael Cramer MdEP, ASP 08 H 247, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 284-5779, Fax -9779  
eMail: [mrcramer@europarl.eu.int](mailto:mrcramer@europarl.eu.int)  
[www.michael-cramer.de](http://www.michael-cramer.de)  
Bericht: Transport and environment 2005: facing a dilemma  
[www.reports.eea.eu.int/eea\\_report\\_2006\\_3/en/term\\_2005.pdf](http://www.reports.eea.eu.int/eea_report_2006_3/en/term_2005.pdf)

### EU-Gericht bestätigt Befreiung von Kerosinsteuer

#### Eisenbahn weiterhin bei der Steuerlast benachteiligt

Das Europäische Gericht erster Instanz in Luxemburg hat die Befreiung der Fluggesellschaften von der Mineralölsteuer bestätigt. Aus Sicht der deutschen Allianz pro Schiene wird damit die Wettbewerbsverzerrung zwischen den Verkehrsträgern zementiert. Die Ungleichbehandlung der Verkehrsträger werde festgeschrieben und das umweltschädlichste Verkehrsmittel belohnt, hieß es in einer ersten Reaktion. Für die Bemühungen um einen nachhaltigeren Verkehr bedeute das Urteil einen Rückschlag.

Das EU-Gericht bestätigte mit dem Urteil die Auffassung der Kommission, die bereits im September 2002 eine Beschwerde der Deutschen Bahn AG zurückgewiesen hatte. Die Begründung des Gerichts: „Bahnen und Fluglinien unterscheiden sich so stark voneinander, dass sie nicht gleich behandelt werden müssen“.

#### Gleichbehandlung der Verkehrsmittel über nationale Energiesteuergesetze

Die Allianz pro Schiene kritisiert, dass ausgerechnet der Flugverkehr als größter Umweltverschmutzer weder Mineralölsteuer noch Ökosteuer bezahle. Die Eisenbahn als umweltfreundlichstes und sicherstes Verkehrsmittel zahle dagegen in Deutschland rund 400 Millionen Euro jährlich für beide Steuern. Das Bündnis forderte die deutsche Bundesregierung auf, das Energiesteuergesetz zu ändern, sodass bestehende Wettbewerbsnachteile zu Lasten der Schiene abgebaut werden. Das lehnte das Berliner Kabinett bisher mit Verweis auf eine europaweite Regelung ab. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Chausseestr. 84, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60  
eMail: [info@allianz-pro-schiene.de](mailto:info@allianz-pro-schiene.de)  
[www.allianz-pro-schiene.de](http://www.allianz-pro-schiene.de)

## Newsticker

### **Spediteure stellen Effektivität der Maut in Frage**

Nach einer Studie der Internationalen Straßenverkehrsunion (IRU) würde die Erhöhung der Straßenbenutzungsgebühren für Lkw um 1 Euro pro Kilometer so gut wie nichts für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene bringen, gleichzeitig aber sehr negative ökonomische Folgen nach sich ziehen. Dieses Ergebnis widerspricht Berechnungen europäischer Bahnorganisationen. Statt die Maut zu erhöhen sollten die Regierungen lieber die Schieneninfrastruktur verbessern, forderte die IRU. Der Europäische Verband für Verkehr und Umwelt T&E verwies hingegen auf Beispiele aus Deutschland und der Schweiz, wo die Maut zu sinkenden Leerfahrten von Lkw sowie zum Einsatz umweltfreundlicherer Fahrzeuge führte. T&E kritisierte außerdem, dass die Studie nicht die Vorteile des Schienengüterverkehrs auf langen Strecken berücksichtige. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 20.03.2006  
[www.transportenvironment.org](http://www.transportenvironment.org)

### **EU-Führerschein kommt im Jahr 2032**

Die EU-Verkehrsminister haben sich Ende März über die Führerschein-Richtlinie geeinigt, so dass diese noch 2006 vom Europäischen Parlament angenommen werden kann. Danach kann jeder Mitgliedstaat unabhängig entscheiden, ob er einen Mikrochip in dem neuen Führerscheinmodell in Kreditkartenformat einführt oder nicht. Bis zum Jahr 2032 soll der neue Führerschein europaweit eingeführt werden. Ziel der Richtlinie ist es, den Führerscheinbetrug einzudämmen. Des Weiteren regelt sie Maßnahmen zur Bekämpfung des „Führerscheintourismus“ und gibt den Anstoß zum Aufbau eines EU-weiten Netzwerkes zum Datenaustausch über Führerscheine. (mbu)

Quelle: EurActiv, 29.03.2006



### Wasseranschluss keine Selbstverständlichkeit

#### 14 Prozent der Abwässer werden nicht behandelt

Anlässlich des Weltwassertages am 21. März hat das EU-Statistikamt Eurostat Daten über die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbehandlung veröffentlicht. Demnach liegt die Anschlussquote an die öffentliche Wasserversorgung in der EU zwischen 70 und 100 Prozent. Im Grundlagenjahr 2002 waren in Zypern und den Niederlanden jeweils 100 %, in Frankreich und Deutschland jeweils 99% aller Haushalte an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Die niedrigsten Anschlussquoten wurden in Estland (72 %), Litauen (76 %), der Slowakei (84%) und Polen (85 %) verzeichnet.

Zwar sind durchschnittlich 90 % der Bevölkerung in der EU an ein kommunales Kanalnetz angeschlossen, aber 14 % der Haushaltsabwässer werden nicht behandelt. Denn mit dem Kanalanschluss ist noch nicht sichergestellt, dass das Abwasser auch geklärt wird. Im Bericht von Eurostat heißt es: „Schätzungen zufolge wurde in der EU-25 das Abwasser von etwa 14 % der Bevölkerung entweder nicht gesammelt (10 %) oder trotz Sammlung nicht behandelt (4 %). In den Niederlanden (1 %), dem Vereinigten Königreich (2 %), Luxemburg (5 %) und Deutschland (7 %) wurde das Abwasser von weniger als 10 % der Bevölkerung nicht gesammelt oder trotz Sammlung nicht behandelt, in Malta (87 %), Slowenien (67 %) und Zypern (65 %) hingegen von mehr als der Hälfte.“

Die Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser verlangt, dass ab Dezember 2005 alle Gemeinden zwischen 2.000 und 15.000 Einwohner/innen über eine Kanalisation und ein Behandlungssystem verfügen müssen. Allerdings stellte die Kommission noch 2004 in einem Bericht fest, dass etwa 50 % der Abwässer, die in empfindliche Gebiete abgeleitet werden, nicht ausreichend behandelt werden. 25 Städte mit mehr als 150.000 Einwohner/innen ließen ihre Abwässer ungeklärt. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

<http://epp.eurostat.cec.eu.int>  
Pressemeldung 21.03.06 (37/2006)

### Für eine starke öffentliche Wasserversorgung

#### Bündnis von NGOs gegen Privatisierung

Anlässlich des Tags des Wassers und parallel zum 4. Weltwasserforum in Mexiko haben deutsche Nichtregierungsorganisationen eine Bilanz der Wasserpolitik gezogen. Die Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt und WEED, die AG Wasser des Forums Umwelt & Entwicklung, der Umweltverband Grüne Liga, der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), die Gewerkschaft ver.di, das Netzwerk „Unser Wasser“ und das deutschlandweite Bündnis WasserInBürgerhand! sprachen sich gemeinsam für eine starke kommunale Wasserwirtschaft aus.

Das Bündnis wandte sich gegen die anhaltenden Liberalisierungsbestrebungen und die Einführung von Privatisierungszwängen im Wasserbereich und gegen Tendenzen zur Absenkung von Umwelt- und Sozialstandards, die aus aktuellen EU-Richtlinien, aber auch aus der neueren bundesdeutschen Gesetzgebung erwachsen. Die Deklaration zum Recht auf Wasser im UN-Menschenrechtsrat sei ausdrücklich zu unterstützen.

„Während über eine Milliarde Menschen weltweit keinen angemessenen Zugang zu Trinkwasser haben, zielt die Politik von Bundesregierung und EU darauf, Wassermärkte zu schaffen, um transnationalen Konzernen zu sprudelnden Gewinnen zu verhelfen. Gegenüber Profitinteressen fallen soziale, ökologische und entwicklungspolitische Aspekte von Wasserversorgung völlig unter den Tisch“, analysierte Alexis Passadakis, Privatisierungsexperte bei WEED. Seit ein paar Jahren nehme die Zahl der lokalen Proteste gegen Wasserprivatisierung zu und stelle die bisherige Wasserpolitik von Bundesregierung, EU und internationalen Organisationen wie Weltbank, IWF und WTO unmittelbar in Frage.

#### Grundwasserschutz in der EU bedroht, Wasserpolitik widerspricht WRRL

Bedenken wurden zur EU-Wasserpolitik im Grundwasserbereich geäußert. Ein Beschluss des Umweltministerrates stoße auf breite Ablehnung sowohl bei den deutschen Umweltverbänden als auch bei der Wasserwirtschaft. Europaweit einheitliche Grenzwerte für Schadstoffe seien bereits nicht mehr zu erwarten. Selbst der

auch für die Trinkwasserversorgung relevante Nitrat-Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter stehe auf der Kippe. „Ressourcenschutz ist vorbeugender Umwelt- und Verbraucherschutz“, betonte Michael Bender von der Grünen Liga.

Die fehlende Kohärenz in der EU-Politik zeige der Widerspruch der genannten Entwicklungen zur europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die besagt, dass Wasser keine übliche Handelsware sei, sondern als ererbtes Gut geschützt werden müsse.

#### Dienstleistungsrichtlinie betrifft auch Teile der Wasserversorgung

Die EU-Kommission verfolge mehr oder weniger intransparent, aber uneingeschränkt ihr Ziel, die Wasserwirtschaft zu liberalisieren. „Da sind die Beteuerungen, dass die Dienstleistungsrichtlinie selbst weder zur Liberalisierung noch zur Privatisierung führen soll, angesichts der tatsächlichen Entwicklungstendenzen des Binnenmarktes ziemlich unglaubwürdig“, schätzt Mathias Ladstätter von ver.di ein. Dienste der Wasserversorgung und der Wasserlieferung sowie Dienste der Abwasserbeseitigung seien zwar aus dem Geltungsbereich des Art. 16 „Freizügigkeit der Dienstleistungen“ ausgenommen, aber IT-Bereich, Wartung und Instandhaltung von Rohrleitungen, Dienstleistungen im Zählerwesen und Abrechnung könnten unmittelbar Elemente der Liberalisierung werden. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

AK Wasser im Forum Umwelt & Entwicklung, Michael Bender, Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33  
eMail: [wasser@grueneliga.de](mailto:wasser@grueneliga.de)  
[www.forum-ue.de/40.html](http://www.forum-ue.de/40.html)

WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Alexis Passadakis, Torstr. 154, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 27596-887, Fax -928  
eMail: [weed@weed-online.org](mailto:weed@weed-online.org)  
[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

## Lebensraum Mittelmeer akut gefährdet

### Blue-Plan-Bericht: Zukunftsszenario für 2025 ohne Gegenmaßnahmen düster

Das Leben am Mittelmeer wird sich in den nächsten 20 Jahren drastisch zum Schlechteren verändern, wenn keine nachhaltigen Maßnahmen ergriffen werden. So lautet die Prognose im neuen Blue-Plan<sup>1</sup>-Bericht, der von den 21 Anrainerstaaten im Mittelmeerraum in Auftrag gegeben wurde. Einige pessimistische Prognosen der ersten Blue-Plan-Studie von 1989 haben sich im Rückblick bereits erfüllt. Anhand der aktuellen Entwicklung soll der neue Bericht einen Blick ins Jahr 2025 ermöglichen. Die Konzentration liegt dabei auf sechs Hauptthemen: Wasser, Energie, Verkehr, Stadtgebiete, Flächennutzung und Küstengebiete.

Laut Mohamed Ennabli, Vizepräsident von Blue Plan (Plan Bleu), müssen die Regierungen erkennen, dass eine ökonomische und soziale Entwicklung eine gesunde natürliche Umgebung braucht. Schwierige Entscheidungen und Kompromisse seien nötig, um eine der schönsten Regionen der Welt zu erhalten. Dem Bericht zufolge werden bis 2025 mehr als 520 Mio. Menschen den Mittelmeerraum bevölkern. Im Vergleichsjahr 2000 lag die Zahl bei über 420 Mio.

### Steigender Energie- und Wasserverbrauch, mehr Abfall

Der Bedarf an Primärenergie für den kommerziellen Bereich hat sich von 1970 bis 2000 mehr als verdoppelt. Bis 2025 sagt der Bericht einen Anstieg um weitere 65 % voraus. Bei Ausnutzung der jetzigen Technologien könnte die Region jedoch über 200 Megatonnen Öleinheiten pro Jahr bis 2025 sparen. Ein weiteres Problem wird das Abfallaufkommen vor allem im Süden der Region darstellen. Der Bericht geht für das Jahr 2025 von über 580 kg Müll pro Person und Jahr aus, im Gegensatz zu rund 280 kg im Jahr 2000. Das Abfallvolumen 2025 im Norden wird auf 1.000 kg pro Person und Jahr geschätzt, fast doppelt so viel wie im Jahr 2000. Weitere Prognosen gehen außer-

dem von einer höheren Süßwassernachfrage und der Gefährdung von Arten wie der Mönchsrobbe oder Seeschildkröte aus. Der Bericht fordert die EuroMed-Partner und die Mitgliedsländer der Konvention auf, ihre Maßnahmen im Mittelmeerraum zu verstärken. Des Weiteren ruft er zu einem neuen regionalen Konventions-Protokoll auf, das stärkere Maßnahmen, die Entwicklung eines besseren Nachfrage-Managements und Strategien für eine nachhaltige Entwicklung beinhaltet.

### Horizon 2020: Initiative für ein sauberes Mittelmeer

Auf einem Gipfeltreffen im November 2005 hatten sich die Partnerländer des Euro-Mediterranen Prozesses<sup>2</sup> für eine Initiative ausgesprochen, das Mittelmeer bis 2020 von seinen Verschmutzungen zu befreien. Seit Dezember 2005 bereitet die EU-Kommission unter Beteiligung von Interessengruppen eine Veröffentlichung der Initiative „Horizon 2020“ vor, die für Juli als Teil einer Mitteilung geplant ist. In einer Konsultation hat das Comité de Suivi, ein Netzwerk von Umwelt-NGOs für den Mittelmeerraum, die Initiative begrüßt. Mit Hilfe finanzieller Mittel könne ein erheblicher Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung in der Region geleistet werden. Allerdings fehlten eine solide finanzielle Basis sowie operationale und verwaltungstechnische Kapazitäten. Des Weiteren müssten präventive Maßnahmen eine stärkere Rolle spielen. (db) ■

### • Weitere Informationen

Plan Bleu, 15 rue Beethoven, Sophia Antipolis, F-06560 Valbonne  
Tel. 0033 492 / 3871-30, Fax -31  
eMail: planbleu@planbleu.org  
www.planbleu.org/indexUK.html

Euro-Mediterraner Prozess:  
www.europa.eu.int/comm/environment/enlarg/med

Konsultation des Comité de Suivi:  
www.foeeurope.org/publications/2006/CDS\_Horizon\_2020\_paper\_6\_april%2006.pdf

2 Die 1995 in Barcelona gegründete Euro-Mediterrane Partnerschaft ist der Versuch der EU, ein Regionalkonzept für den Mittelmeerraum zu entwerfen (Barcelona-Prozess).

## 6. Nordsee-Ministerkonferenz in Göteborg

### Umwelteinflüsse von Fischerei und Schiffsverkehr in der Diskussion

Vom 4. bis 5. Mai fand die sechste Internationale Nordseeministerkonferenz (INK) im schwedischen Göteborg statt. Deutschland wurde durch die Parlamentarischen Staatssekretärinnen Astrid Klug (Bundesumweltministerium) und Karin Roth (Bundesverkehrsministerium) vertreten. Auch EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hatte sich angekündigt. Beim Treffen der Nordseeanrainerstaaten sollte es um die Einflüsse von Fischerei und Schiffsverkehr auf die Umwelt gehen. Unter anderem standen die durch den wachsenden Schiffsverkehr in die Luft emittierten Schadstoffe, giftige Schiffsanstriche und die Verschleppung von Organismen durch das Ballastwasser in Schiffen auf dem Programm. Darüber hinaus soll über Überfischung und Beifänge sowie Meereschutzgebiete und fischereifreie Zonen verhandelt werden.

### WWF warnt vor Aufweichen: Neue Instrumente müssen Schutz verbessern

Der WWF hat eine Liste der wichtigsten Beschlüsse der INK seit 1987 erstellt, die im Internet eingesehen werden kann. ● Er verweist auf die von der INK erarbeiteten hohen Standards im Meeresumweltschutz, das Vorsorgeprinzip und den Grundsatz, alle menschlichen Aktivitäten und Eingriffe einschließlich der Fischerei am Meeresökosystem auszurichten. Der WWF warnt davor, dass der Nordseeschutz im Rahmen der Verhandlungen über die Meeresstrategie-Richtlinie<sup>3</sup> und das Grünbuch Meerespolitik<sup>4</sup> aufgeweicht werden könnte, und fordert von den Nordseestaaten u. a.:

- Nahtlose Fortsetzung des Schutzprozesses im Rahmen der neuen EU-Instrumente zum Meeresschutz;
- Anwendung Strategischer Umweltprüfung (SEA) auf bestehende und neue Fischereipraktiken;
- Einrichtung von fischereifreien Gebieten als Mittel zur Erholung der Bestände;

3 Richtlinienvorschlag zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Richtlinie)

www.europa.eu.int/comm/environment/water/marine/dir\_505\_de.pdf

Siehe auch EUR 12.05/01.06, S. 38

4 EUR 04.05, S. 28; EUR 12.01/01.06, S. 39

1 Unter „Blue Plan“ oder „Plan Bleu“ versteht man die zusammenlaufenden Aktivitäten innerhalb des „Mediterranean Action Plan“, der 1975 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurde. Diese werden vom Sekretariat der Barcelona-Konvention zum Schutz des Mittelmeeres koordiniert.

- Umsetzung des Wiederaufbauplans für Kabeljau;
  - Begrenzung des Fischereiaufwands, nicht nur der Fangmengen;
  - Förderung selektiver Fangmethoden und Initiativen für ein Verbot von Rückwürfen („discards“) in der Fischerei;
  - Initiativen bei der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) zum Konzept „Sauberes Schiff“ und für bessere Kontrollen, auch von Doppelhüllentankern;
  - Umgehende Ratifizierung der IMO-Abkommen über Bewuchs hemmende Schiffsanstriche und Ballastwasser;
  - Abbau von Hindernissen bei der Entsorgung von Schiffsabfällen in den Häfen.
- (jg) ■

### • Weitere Informationen

North Sea Secretariat, Ministry of Sustainable Development, SE-103 33 Stockholm, Tel. 0046 8 / 4051000  
Hintergrund und Programm der INK:  
[www.sweden.gov.se/northseaconference](http://www.sweden.gov.se/northseaconference)

Überblick INK-Beschlüsse (englisch):  
<http://ngo.grida.no/wwfneap/Whatsnew/sixthnsc.htm>

WWF, Stephan Lutter, Internationales WWF-Zentrum für Meeresschutz, Magdeburger Str. 17, 20457 Hamburg  
Tel. 040 / 530200-122, Fax -112  
eMail: [lutter@wwfneap.org](mailto:lutter@wwfneap.org)  
[www.wwfneap.org](http://www.wwfneap.org)  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

## Newsticker

### Dänische Regierung will Auflagen für Fischfarmen verschärfen

Dänische Fischfarmen müssen künftig mit schärferen Auflagen rechnen: die Regierung hat neue Regelungen für den Bau von Anlagen und Grenzwerte für den Eintrag von Stickstoff, Phosphor und organische Substanzen angekündigt. Fischfarmen sind Quellen von Meeresverschmutzung und sollen durch die schärferen Auflagen zur Nutzung von umweltfreundlichen Technologien animiert werden. (jg)  
Quelle: Environment Daily, 21.03.06

### Fernstudium zur EG-Wasserrahmenrichtlinie

Das Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung (ZFUW) der Universität Koblenz-Landau bietet ein Fernstudium zur europäischen Wasserrahmenrichtlinie an. Zielgruppe des Fernstudienkurses sind in erster Linie Ingenieur/innen und Naturwissenschaftler/innen, doch steht der Kurs Absolvent/innen anderer Fachrichtungen ebenso offen wie Berufstätigen im Umweltbereich ohne akademische Ausbildung. Der neue Kurs des berufsbegleitenden Fernstudienkurses startet im September 2006 und endet mit dem Seminar am 26./27. Januar 2007 in Koblenz. Anmeldeschluss ist der 15. August. (jg)  
Universität Koblenz-Landau, Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung (ZFUW), PF 201 602, 56016 Koblenz, Tel. 0261 / 28715-20, Fax -21, eMail: [wrrl@uni-koblenz.de](mailto:wrrl@uni-koblenz.de)  
[www.uni-koblenz.de/wrrl](http://www.uni-koblenz.de/wrrl)

### Gewässerverschmutzung: EU klagt gegen Großbritannien

Die Europäische Kommission will rechtlich gegen Großbritannien vorgehen, weil dort gegen EU-Regeln für die Sammlung und Behandlung von kommunalem Abwasser verstoßen werde. Die Einrichtungen zur Abwassersammlung und -behandlung seien in vier Städten (London, Torbay, Whitburn und Kilbarchan) unzureichend. Dadurch werde unbehandeltes kommunales Abwasser unmittelbar in Flüsse oder ins Meer eingeleitet, was zu einer Verschmutzung der Gewässer führe und die Gesundheit gefährde. (jg)  
Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid)  
(Reference: IP/06/444)

### Hafenausbau in Le Havre: EU zahlt 190 Mio. Euro

Die größte Hafenbaustelle Europas Le Havre (Frankreich) wird von der EU insgesamt mit 190 Mio. Euro ko-finanziert. Nach dem letzten Bauabschnitt zwischen 2010 und 2015 sollen in die Seinemündung gleichzeitig 12 große Containerschiffe passen. „Die Hafenpolitik der Europäischen Union muss sich auf die Globalisierung des Handels einstellen und geeignete Infrastrukturen schaffen,“ erklärte Jacques Barrot, der zuständige EU-Kommissar für Verkehr bei der Eröffnung des ersten Bauabschnittes. Geplant ist, die Seine auch besser an den Eisenbahnverkehr anzuschließen. Insgesamt belaufen sich die Baukosten auf 1 Mrd. Euro. (jg)  
Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid)  
(Reference: IP/06/405)

### 2004: Schiffsunfälle in der Ostsee verdoppelt

Eine Studie von HELCOM<sup>1</sup> ergab, dass sich seit 2003 die Schiffsunfälle in der Ostsee annähernd verdoppelt haben, berichtet der Küstennewsletter. Demnach gab es 2004 insgesamt 121 Unfälle, davon neun mit Umweltverschmutzung. 2003 waren es nur 71 (2002: 63). Zu den Hauptgründen für die Unfälle zählen Auflaufen (41 %), Kollision (27 %) und Maschinenschaden (11 %). 13 Prozent der betroffenen Schiffe waren Tanker, 10 Prozent Müllschiffe. Hauptsächlich verunglückten Transportschiffe (38 %) und Fähren (20 %). (jg)  
Quelle: Küstennewsletter 2/2006; HELCOM-Bericht (engl.):  
[www.helcom.fi/shipping/accidents/en\\_GB/accidents](http://www.helcom.fi/shipping/accidents/en_GB/accidents)

■

<sup>1</sup> Helsinki-Konvention zum Schutz der Ostsee, [www.helcom.fi](http://www.helcom.fi)

## Veröffentlichungen

### Koordinierungsprozesse zu internationalen Finanzinstitutionen

Die EU-Mitgliedsländer haben begonnen ihre IWF- und Weltbankpolitik auf EU-Ebene stärker zu koordinieren. Diese Prozesse sind jedoch meist sehr informell und intransparent. Aus diesem Grund hat WEED gemeinsam mit weiteren NGOs (Eurodad, Agir Ici, Both Ends, Bretton Woods Project, CBRM, Christian Aid, Diakonia Sweden, Trocaire, Urgewald) eine Studie zu diesem Thema veröffentlicht. Die Studie zeigt auf, dass die Koordinierungsprozesse auf EU-Ebene seit dem Maastricht-Vertrag verstärkt wurden. Die Koordination erfolgt zum größten Teil ad-hoc und bewegt sich im Rahmen informeller Absprachen. Für die Koordination der IWF-Angelegenheiten wurde allerdings bereits eine gewisse Institutionalisierung erreicht, während dies bei der Weltbank bisher kaum gelungen ist. Der Einfluss der EU auf die Internationalen Finanzinstitutionen wird in Zukunft weiter zunehmen. Daher wird auch die diesbezügliche EU-Koordination immer wichtiger. Die Studie soll deshalb auch zur Strategiebildung der NGOs beigetragen. (cd)

Studie: „European Coordination at the World Bank and International Monetary Fund - A Question of Harmony?"; Hrsg./Bezug: WEED, Berlin, Tel. 030 / 27596-643, Fax -928, weed@weed-online.org; PDF-Download (952 KB): [www2.weed-online.org/uploads/EUIFGovernance.pdf](http://www2.weed-online.org/uploads/EUIFGovernance.pdf)

### Weltbank-Energiepolitik: Klima- und entwicklungspolitisch katastrophal

In einer neuen Publikation beleuchtet die umwelt- und entwicklungspolitische Organisation WEED die Energiepolitik der Weltbank. Diese betont immer wieder die Fortschritte, die sie in der Klimapolitik mache. Sie weist dabei ausdrücklich auf ihre jährliche Ausgabensteigerung von 20 % für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz hin. Die Weltbank rechnet aber auch den Bau von Großstaudämmen in diesen Betrag ein. So flossen im Jahr 2005 rund 60 % der unter „erneuerbare Energien“ eingestuft Ausgaben in fünf große Staudammprojekte. WEED schlussfolgert, dass aufgrund der starken Zunahme der Investitionen für „klimaschädliche große Staudammprojekte“, der „Forcierung dezentraler Energieversorgung in Entwicklungsländern“ und der „Weigerung, aus der Fi-

nanzierung von Ölprojekten auszusteigen“, das Bild der Weltbank „als angeblühter Vorreiterin in Sachen Armutsbekämpfung und Klimapolitik“ falsch sei. (cd)

Hintergrundpapier: „Eine Klima- und entwicklungspolitische Katastrophe: Die Energiepolitik der Weltbank“; Hrsg./Bezug: WEED, Berlin, Tel. 030 / 27596-643, Fax -928, eMail: weed@weed-online.org; PDF-Download (348 KB): [www2.weed-online.org/uploads/weed\\_h-energie.pdf](http://www2.weed-online.org/uploads/weed_h-energie.pdf)

### Die Umweltsituation in der Mittelmeerregion

Die Europäische Umweltagentur (EEA) und der „Aktionsplan Mittelmeer“ (MAP) im Europäischen Umweltprogramm haben einen gemeinsamen Bericht über die Umweltsituation in der Region um das Mittelmeer erstellt. Dieser wurde auf einem Treffen der Vertragsparteien der Barcelona-Konvention in Slowenien vorgestellt. Die Umweltsituation in der Mittelmeerregion kann nach Ansicht der Autor/innen nur verbessert werden, wenn der politische Wille vorhanden ist, bestehende und zukünftige Umweltgesetzgebung umzusetzen. Der Bericht gibt einen Überblick über die derzeitigen und neu entstehenden Umweltprobleme. Die Umweltsituation der gesamten Region wird beschrieben, jedes Land der Mittelmeerregion ist mit einem Umweltprofil vertreten. (cd)

Studie: „Priority issues in the Mediterranean environment“; Hrsg./Bezug: EEA, Kopenhagen, Tel. 0045 33 / 367100, [www.eea.eu.int](http://www.eea.eu.int); PDF-Download (9,7 MB): [http://reports.eea.eu.int/eea\\_report\\_2006\\_4/en/medsea\\_4\\_2006.pdf](http://reports.eea.eu.int/eea_report_2006_4/en/medsea_4_2006.pdf)

### Staatliche Steuerung von Integrierter Produktpolitik

Jedes Produkt hat während seines Lebenszyklus mehr oder weniger schädliche Auswirkungen auf die Umwelt. Ziel der Integrierten Produktpolitik (IPP) der EU ist es, die ökologische Leistung der Produkte und Dienstleistungen zu verbessern. In diesem Buch über staatliche Steuerung oder genauer „Governance“ von IPP stellen Expert/innen aus Politik, Forschung, Wirtschaft und Verbänden unterschiedliche Perspektiven vor, wie IPP effektiv entworfen, institutionalisiert und umgesetzt werden kann. Im ersten Teil des Buches wird in Beiträgen des Max-Planck-Instituts, der Universität Osnabrück und des Instituts für ökologische Wirtschaftsfor-

schung (IÖW) IPP als Governance-Ansatz untersucht. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den verschiedenen Ansätzen einer ökologischen Produktpolitik auf nationaler, supranationaler und globaler Ebene. Die Beiträge des dritten Teils berichten über die Herausforderung, einen stimmigen Politik-Mix zu entwickeln, um die Integration nachhaltiger Verbrauchs- und Produktionsmodelle zu unterstützen. Der letzte und vierte Teil des Buches geht das Hauptproblem an, die verschiedenen Interessenvertreter/innen in IPP einzubeziehen und damit weitere Innovationen für Nachhaltigkeit innerhalb der Wertschöpfungskette zu fördern. (db)

Dirk Scheer, Frieder Rubik (Hrsg.): „Governance of Integrated Product Policy: In search of Sustainable Production and Consumption“; Greenleaf publishing, Sheffield 2006, 377 Seiten, 45,95 Euro; ISBN 1-874719-32-2

### Luftverschmutzung in europäischen Städten

Der von der Europäischen Umweltagentur (EEA) herausgegebene Bericht behandelt das Problem der Luftverschmutzung durch den Straßenverkehr in Europa. Messungen an so genannten „hot spots“ in 20 Städten im Jahr 2000 haben eine häufige Überschreitung der Grenzwerte ergeben. Die Belastung durch erhöhte Luftschadstoffwerte ist in den dicht besiedelten Stadtgebieten besonders hoch. Beunruhigend sei u. a., dass sich die meisten verkehrsbedingten Emissionen im Feinstaubbereich befänden und damit eine ernst zunehmende Gefahr für die Gesundheit darstellten. (db)

Studie: „Air pollution at street level in European cities“; Hrsg./Bezug: EEA, Kopenhagen, Tel. 0045 33 / 367100, [www.eea.eu.int](http://www.eea.eu.int); PDF-Download (1 MB): [http://reports.eea.eu.int/technical\\_report\\_2006\\_1/en/technical\\_1\\_2006.pdf](http://reports.eea.eu.int/technical_report_2006_1/en/technical_1_2006.pdf)

### Marktwirtschaftliche Instrumente für kostengünstige Umweltpolitik

Der erste Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) 2006 gibt eine Bewertung der am häufigsten angewandten marktbasierenden Instrumente in der europäischen Umweltpolitik. Er beschreibt eine Reihe von Maßnahmen, die zum Erreichen von Umweltzielen dienen, wie z. B. Ökosteuern oder der Emissionshandel. Laut Bericht werden solche Instrumente in Europa immer häufiger eingesetzt. Kosten-

günstige politische Maßnahmen seien notwendig, um die Behörden von den Vorteilen der marktbasierenden Instrumente zu überzeugen. (mbu)

EEA-Report 1/2006: „Using the market for cost-effective environmental policy“; Hrsg./Bezug: EEA, Kopenhagen, Tel. 0045 33 / 367100, [http://reports.eea.eu.int/eea\\_report\\_2006\\_1](http://reports.eea.eu.int/eea_report_2006_1)

### Integration von Umweltaspekten in die EU-Agrarpolitik

Eine neue Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA) reflektiert die Fortschritte, Bemühungen und Hindernisse bei der Integration von Umweltbelangen in die EU-Agrarpolitik. Die Daten basieren auf den Indikatoren, die vom IRENA-Projekt entwickelt wurden. Es geht auch um die Grenzen für die erfolgreiche Durchführung in den Mitgliedstaaten. Die Analyse beschränkt sich auf die alten EU-15-Staaten. (mbu)

EEA-Report 2/2006: „Integration of environment into EU agriculture policy - the IRENA indicator-based assessment report“; Hrsg./Bezug: Europäische Umweltagentur, Kopenhagen, Tel. 0045 33 / 367100, [http://reports.eea.eu.int/eea\\_report\\_2006\\_2](http://reports.eea.eu.int/eea_report_2006_2)

### Glossar zu handelspolitischen Stichworten und Abkürzungen

Die Europäische Kommission führt auf ihren Handelssiten im Internet ein ausführliches Glossar für handelspolitische Stichworte und Abkürzungen (auch englisch-deutsch). Wer nicht weiß, was der 133er-Ausschuss oder ein Soft-ban ist, wird hier fündig (jg).

[www.europa.eu.int/comm/trade/gentools/glo2cont\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/trade/gentools/glo2cont_de.htm)



## Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB): [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“)

oder

[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

### Titel/Thema

Titel/Thema	Ausgabe
Tourismus (in Vorbereitung)	06.06
Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr „Grüne“ Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

## Ausschreibungen

### 6. Forschungsrahmenprogramm: Beteiligung von Drittländer-Partnern

► Die Europäische Kommission hat am 15. Februar einen Aufruf veröffentlicht: Partner aus ausgewählten Drittländern sollten stärker an Projekten im 6. Rahmenprogramm beteiligt werden, für die bereits Verträge unterzeichnet wurden oder bei denen die Vertragsverhandlungen noch andauern. Diese Ausschreibung der Europäischen Union bezieht sich auf das Spezifische Programm „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ und bestimmte Themenbereiche. Das geplante Budget beträgt 20 Mio. Euro. Davon sind 8 Mio. Euro für folgende umweltbezogene Themenbereiche vorgesehen:

- 6-1 Nachhaltige Energiesysteme (3,2 Mio. Euro)
- 6-2 Nachhaltiger Land- und Seeverkehr (1,1 Mio. Euro)
- 6-3 Globale Veränderungen/Ökosysteme (3,7 Mio. Euro)

Die Einreichungsfrist endet am 16.05.06 um 17 Uhr. (cd)

Amtsblatt der Europäischen Union No. 38 vom 15. Februar 2006,  
[www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/c\\_038/c\\_03820060215de00090013.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/c_038/c_03820060215de00090013.pdf)  
 sowie  
<http://fp6.cordis.europa.eu.int/?fuseaction=UserSite.FP6CallsPage>

### Einrichtung von Europäischen Themenzentren für Umweltdaten

► Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat eine Ausschreibung zur Einrichtung von Europäischen Themenzentren veröffentlicht. Sie sollen als Datenzentren zu den Themen Luft, Klimawandel, Wasser, biologische Vielfalt sowie Landnutzung in die Tätigkeit der EEA eingebunden werden. Aufgabenschwerpunkte sind die Unterstützung bei der Harmonisierung der Umweltüberwachung in den Mitgliedstaaten, die Erfassung der Ergebnisdaten in internationalen Datenbanken, die Aufbereitung von Informationen, unter anderem unter Verwendung von Modellen, mit denen der gegenwärtige und zukünftige Zustand der Umwelt beschrieben und analysiert wird, sowie die Ausarbeitung von Indikatoren, um die Ergebnisse anderen Nutzern mitzuteilen. Die Europäischen Themenzentren sind Teil des Europäischen Umweltinformations- und Umwelt-

beobachtungsnetzes (EIONET) und unterstützen die übrigen EIONET-Partner in ihrer Arbeit. In diesem Jahr wird aufgefordert zur Einreichung von Vorschlägen für Europäische Themenzentren 2007-2010 für

- Wasser
- Luft und Klimawandel
- Landnutzung und Rauminformation (cd, jg)

Europäische Umweltagentur (EEA), Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen K, Tel. 0045 33 / 367100,  
<http://org.eea.eu.int/tenders/openproposal.html>  
 oder Amtsblatt der EU (28.01.06)  
[www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/c\\_021/c\\_02120060128de00080009.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/c_021/c_02120060128de00080009.pdf)

### Städtepartnerschaften und Bürgerbegegnungen 2006

► Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen - GD EAC Nr. 25/05 - Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft, Unterstützung von Städtepartnerschaften und Bürgerbegegnungen 2006. Achtung, verschiedene Einreichfristen - erreichbar nur noch der 1.6.2006. (cd)

Ausschreibungstext im Amtsblatt der EU (20.09.06):  
[www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2005/c\\_230/c\\_23020050920de00090010.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2005/c_230/c_23020050920de00090010.pdf)  
 Internetseite der EU-Kommission:  
[www.europa.eu.int/comm/townwinning/call/call\\_de.html](http://www.europa.eu.int/comm/townwinning/call/call_de.html)

### Öffentliche Gesundheit

► Die EU-Kommission fördert Maßnahmen von gemeinschaftlichem Interesse, sofern sie im Rahmen des Aktionsprogramms „Öffentliche Gesundheit“ mit dem Jahresarbeitsplan in Einklang stehen. Für entsprechende Vorhaben kann die Kommission eine finanzielle Unterstützung gewähren: der Zuschuss aus dem Programm kann grundsätzlich bis zu 60 % der Gesamtkosten des jeweiligen Projekts betragen. Die diesjährige Frist für die Einreichung der Vorschläge endet am 19. Mai. (cd)

Europäische Kommission, Generaldirektion Gesundheit, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
[www.europa.eu.int/comm/health/ph\\_programme/howtoapply/how\\_to\\_apply\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/health/ph_programme/howtoapply/how_to_apply_de.htm)

Amtsblatt der EU (14.02.06)  
[www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/c\\_037/c\\_03720060214de00140014.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/c_037/c_03720060214de00140014.pdf)

### Vorbildliche Praktiken in der Jugendarbeit

► Unter dem Titel „Austausch über vorbildliche Praktiken in der Jugendarbeit in Europa und in Afrika, der Karibik und der Pazifikregion (AKP), Asien und Lateinamerika“ sollen die zu fördernden Projekte zur Entwicklung der Jugendpolitik, der Jugendarbeit und des Freiwilligensektors beitragen und die Entwicklung der Kapazitäten und der Leitungskompetenzen in Jugendorganisationen und -einrichtungen in den betroffenen Staaten unterstützen. Anträge dürfen von nicht gewinnorientierten Organisationen und Institutionen aus EU-Staaten gestellt werden. Insgesamt müssen Jugendeinrichtungen aus mindestens vier Ländern in das Projekt involviert sein, davon mindestens ein EU-Land und zwei AKP-, asiatische oder lateinamerikanische Organisationen. Ein Projekt wird mit maximal 100.000 Euro über eine Laufzeit von 6-12 Monaten gefördert. Bewerbungsfrist ist der 30.6.2006. (ut)

[www.europa.eu.int/comm/youth/call/eac4705/index\\_en.html](http://www.europa.eu.int/comm/youth/call/eac4705/index_en.html)

### Kooperationsprojekte in der nichtformalen Bildung

► Unter dem Titel „Vorschläge für innovative Projekte in den Bereichen Zusammenarbeit, Ausbildung und Information - unterstützende Maßnahmen“ will die EU-Kommission Projekte in der nicht formalen Bildung unterstützen. Es gibt fünf vorrangige Themen:

- Kulturelle Vielfalt und Toleranz;
- weniger begünstigte Regionen;
- Osteuropa, Kaukasus, Südosteuropa;
- Innovation in der Bildung zur Europäischen Staatsbürgerschaft;
- Zusammenarbeit zwischen örtlichen bzw. regionalen Behörden und Nichtregierungsorganisationen im Jugendbereich.

An den Projekten müssen Partnerorganisationen aus mindestens vier verschiedenen Ländern beteiligt sein, eines muss ein EU-Mitgliedstaat sein. Die Höchstförder summe beträgt 100.000 Euro im Jahr. Projekte werden maximal 3 Jahre gefördert. Bewerbungsfrist ist der 1. Juli. (ut)

[www.europa.eu.int/comm/youth/call/6505/call\\_action\\_5\\_en.html](http://www.europa.eu.int/comm/youth/call/6505/call_action_5_en.html)



## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an juliane.gruening@dnr.de mailen.

Diese Termine im Internet:  
www.dnr.de/termine  
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:  
www.dnr.de/terminlinks  
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

17./18.5., Barcelona, Spanien  
**Neue Wasserpolitik - Die Wasserrahmenrichtlinie**  
Symposium; Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall  
Tel. 02242 / 8721-89, Fax -35  
ewa@dwa.de  
www.ewaonline.de/pages/workshops.htm

17.-19.5., Delft, Niederlande  
**Enviowater 2006**  
Konferenz; Enviowater-Konferenzbüro  
Tel. 0031 / 748-3849, Fax -2166  
enviowater2006@wur.nl  
www.wau.nl/rpv/isomul/enviowater2006

23./24.5., Tallinn, Estland  
**1. Baltische Bioabfall-Konferenz**  
European Compost Network ECN, Weimar  
Tel. 02522 / 9603-4, Fax -43  
info@compostnetwork.info  
www.compostnetwork.info/bbc

30./31.5., Odense, Dänemark  
**Bio-Landbauforschung**  
EU-Tagung; Danish Research Centre For Organic Farming (DARCOF), Claus Bo Andreasen, Foulum  
Tel. 0045-89991035, Fax -40798032  
clausbo.andreasen@agrsci.dk  
www.organic-congress.org

5.-7.6., Rhodos, Griechenland  
**Umweltprobleme in Küstenregionen**  
Konferenz; Wessex Institute of Technology, Charlotte Bartlett  
Tel. 0044 / 2380293223  
cbartlett@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/coast06

11.-14.6., Arendal, Norwegen  
**Integriertes Küstenzonenmanagement**  
Internationales Symposium; Institute for Marine Research of Norway  
Tel. 0047 37 / 05900-0, Fax -1  
icz2007@imr.no  
www.imr.no/icz2007

12.-16.6., Göteborg, Schweden  
**Transport Research Arena Europe 2006**  
Erste Europäische Forschungskonferenz zum Straßenverkehr; EU-Kommission; Tagungsbüro:  
Tel. 0046 31 / 7742-628, Fax -730  
info@traconference.com  
www.traconference.com

14.-16.6., Grenoble, Frankreich  
**Nanobiotechnologie in Europa**  
Konferenz; Commissariat à l'Energie Atomique (CEA)  
Tel. 033 4 / 3878-3854, Fax -5164  
patrick.boisseau@cea.fr  
www.nanobio-europe.com

Mitte Juni - Anfang August, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Italien  
**Ecotopia Biketour 2006**  
Selbstorganisierte Internationale Fahrradtour; European Youth For Action (EYFA), Amsterdam  
Tel. 03120-6657743, Fax -6928757  
info@worldcarfree.net  
www.thebiketour.net

20.-23.6.2006, Nyborg, Dänemark  
**Eutrophierung in Küstenregionen - Forschung und Management**  
Symposium; Danish Environmental Protection Agency  
Tel. 0045 / 65313-131, Fax -701  
nyborgstrand@nyborgstrand.dk  
eutro2006@dhi.dk

21.-23.6., Malta  
**Umwelt und Abfallbeseitigung**  
Konferenz; Wessex Institute of Technology, Katie Banham  
Tel. 0044 / 238029-3223, Fax -2853  
kbanham@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/waste06

29.6.-1.7., Porto, Portugal  
**Bürgerschaft - Diskurs und Praxis**  
Konferenz; Fernando-Pessoa-Universität  
Tel. 00351 / 225-071300, Fax -508269  
pdias@ufp.pt  
www.ufp.pt/page.php?intPageObjId=14469&PHPSESSID=

13.-17.7., Wollongong/Sydney, Australien  
**GIS und Computerkartographie für Küstenzonen**  
Internationales Symposium; Universität Wollongong  
Tel. 0061 24221 / 3555  
rfurness@ozemail.com.au  
www.coastgis.org

13.-19.8., Hamburg  
**24. Internationaler Ornithologen-Kongress (IOS)**  
Vogelwarte Helgoland, Wilhelmshaven  
Tel. 04421 / 9689-0, Fax -55  
eMail: ifv@ifv.terramare.de  
www.i-o-c.org

20.-26.8., Wien  
**ISME 11 - Mikrobielle Ökologie**  
Symposium; ISME-Kongressbüro  
Tel. 04122-9080488, Fax -7322850  
isme@kenes.com  
www.kenes.com/isme

4.-6.9., Bologna, Italien  
**Gewässerverschmutzung - Modellierung, Kontrolle, Management**  
Konferenz; Wessex Institute of Technology, Charlotte Bartlett  
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853  
cbartlett@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/water06

6.-8.9., Bologna, Italien  
**Nachhaltiger Tourismus 2006**  
Konferenz; Wessex Institute of Technology, Rachel Green  
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853  
rgreen@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/tourism06

12.-14.9., Brüssel  
**Europäische Erneuerbare-Energien-Politik**  
Konferenz; Europäischer Rat für Erneuerbare Energien (EREC)  
Tel. 0032 / 254619-33, Fax -34  
conference@erec-renewables.org  
www.erec-renewables.org

18.-20.9., Gdansk, Polen  
**Innovationen und Initiativen an der Küste**  
Konferenz; Technische Universität Gdansk  
Tel. 0048 58 / 34-72455, Fax -86024  
littoral@zie.pg.gda.pl  
www.littoral2006.gda.pl

19.-21.9., Paris

**Biodiversität in der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit**

IUCN - The World Conservation Union  
Tel. 0032 2 / 732-8299, Fax -9499  
conf2006@iucn.org  
www.iucn.org/places/europe/rofe/rofe\_at\_work/conference2006.htm

15.-20.10., Venedig, Italien

**Veränderungen in Mündungen und Lagunen messen und managen**

Internationale Konferenz; Universität Venedig  
Tel. 0039 41-2347739, Fax -5281494  
ecsa2006@unive.it  
http://venus.unive.it/ecsa2006

22.-24.10., Ottawa, Kanada

**7. Welt-Ökosteuer-Konferenz**

Universität Ottawa  
Tel. 0613 / 5625700  
envconf@uottawa.ca  
www.environmental-tax-conference.uottawa.ca

25.-27.10., Freiburg/Br.

**ForestXchange - Neue Ansätze im Wissensmanagement**

FVA - Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg  
Tel. 0761 / 4018-190, Fax -333  
registration@forestxchange.org  
www.forestxchange.org

(ez) ■

**Umweltthemen im EU-Parlament**

- Richtlinie über die Bewertung und Bewältigung von Hochwasser: Abstimmung im Umweltausschuss 24./25. April, Plenarabstimmung 31. Mai/1. Juni  
www.europa.eu.int/comm/environment/water/flood\_risk/pdf/com\_2006\_15\_de.pdf
- Thematische Strategie für die Städtische Umwelt: Abstimmung im Umweltausschuss am 29./30. Mai, Plenarabstimmung im Juni/Juli
- Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben zu Lebensmitteln: Plenarabstimmung 15.-18. Mai  
www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2003/com2003\_0424de01.pdf
- Richtlinie über die Luftqualität und saubere Luft in Europa: Abstimmung im Umweltausschuss am 29./30. Mai, Plenarabstimmung im Juni.  
www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\_0447de01.pdf

Quelle: EU-ÖkoNews, Hiltrud Breyer MdEP

## EU-Sitzungstermine

Österreichische Ratspräsidentschaft  
1. Halbjahr 2006 (1.1.-30.6.)

### Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

#### Mai

5. Wirtschaft und Finanzen  
15./16. Allgemeiner Rat der Außenminister  
18./19. Erziehung, Jugend und Kultur  
22./23. Landwirtschaft und Fischerei  
29./30. Wettbewerb

#### Juni

- 1.-3.\* Inneres und Justiz  
1.-3.\* Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz  
7.\* Wirtschaft und Finanzen  
8./9.\* Telekommunikation, Energie  
12./13.\* Allgemeiner Rat der Außenminister  
15./16. Europäischer Rat (Gipfel)  
19./20.\* Landwirtschaft und Fischerei  
26./27.\* Allgemeiner Rat der Außenminister  
26./27.\* Umwelt  
29.\* Wettbewerb

\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

- 15.-18.5., 31.5.\*,  
1.6.\*, 12.-15.6.,  
3.-6.7.,  
4.-7.9., 25.-28.9.,  
11.-12.10.\*, 23.-26.10.,  
13.-16.11., 29.-30.11.\*,  
11.-14.12.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)  
(mb) ■

#### Neuer Service

#### Hintergrundinformationen zu den Tagesordnungen der EU-Ministerräte

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings möchte Sie auf einen neuen Service aufmerksam machen.

Mit kurzen Hintergrundinformationen wollen wir Sie über umweltrelevante Themen auf den Tagesordnungen der verschiedenen EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates informieren.

Wenn Sie Interesse haben diese digitalen Hintergrundinformationen zu erhalten, wenden Sie sich bitte an

Christina Drees  
Tel. 030 / 443391-38  
eMail: eur3@dnr.de

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

#### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):  
[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Österreichische Ratspräsidentschaft:  
[www.eu2006.at](http://www.eu2006.at)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:  
DNR, EU-Koordination, Nika Greger, Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-86  
eMail: [nika.greger@dnr.de](mailto:nika.greger@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:  
[http://wwwdb.europarl.eu.int/ep/owa/p\\_calses.plenary?ilg=DE](http://wwwdb.europarl.eu.int/ep/owa/p_calses.plenary?ilg=DE)

## Umweltausschuss-Sitzungen

Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments 2006

#### Mai

- 3.5. 15-18.30 Uhr  
4.5. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr  
29.5. 15-18.30 Uhr  
30.5. 9-12.30 Uhr

#### Juni

- 20.6. 15-18.30 Uhr  
21.6. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

#### Juli

- 12.7. 15-18.30 Uhr  
13.7. 9-12.30 Uhr  
13.7. 15-18.30 Uhr

#### September

- 13.9. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr  
14.9. 9-12.30 Uhr

#### Oktober

- 3.10. 15-18.30 Uhr  
4.10. 9-12.30 Uhr, 15-18.30 Uhr  
10.10. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

#### November

- 20.11. 15-18.30 Uhr  
21.11. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr  
27.11. 15-18.30 Uhr  
28.11. 9-12.30 Uhr

#### Dezember

- 20.12. 15-18.30 Uhr\*

\* vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.  
(mb) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle:

[www.europarl.eu.int/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2006.pdf](http://www.europarl.eu.int/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2006.pdf)

## Europäisches Umweltbüro - Vorstandsmitglieder

### Ihre Ansprechpartner 2006

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist ein Zusammenschluss von rund 140 nicht-staatlichen Umweltorganisationen in 27 Ländern und hat Beratungsfunktion in mehreren Umweltgremien der Europäischen Union. Das in Brüssel ansässige Büro veröffentlicht u. a. für jede Ratspräsidentschaft eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer/innen die meisten EU-Mitgliedsländer wie auch viele Beitrittsstaaten vertreten.

#### Belgien

Catherine Wattiez  
Inter Environnement Bruxelles (IEB)  
eMail: catherine.wattiez@skynet.be

#### Bulgarien

Petko Kovatchev  
Centre for Environmental Information and Education (CEIE)  
eMail: petko@ceie.org

#### Dänemark

Michael Minter  
Danish Society for Nature Conservation (DN)  
eMail: mm@dn.dk

#### Estland

Juhan Telgmaa  
Estonian Society for Nature Conservation (ESNC)  
eMail: nature@hot.ee

#### Finnland

Eero Yrjö-Koskinen  
Finnish Association for Nature Conservation  
eMail: eero.yrjo-koskinen@sll.fi

#### Frankreich

Georges Cingal  
(EEB-Vizepräsident)  
Sepanso FNE  
eMail: georges.cingal@wanadoo.fr

#### Deutschland

Nika Greger  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
eMail: nika.greger@dnr.de

#### Griechenland

Kostas Vassilakis  
Elliniki Etairia - Hellenic Society for Protection of the Environment & Cultural Heritage  
eMail: kostasvassilakis2004@yahoo.gr

#### Großbritannien

Guy Thompson  
Green Alliance  
eMail: gthompson@green-alliance.org.uk

#### Irland

Frank Corcoran  
(EEB-Vizepräsident)  
An Taisce - National Trust of Ireland  
eMail: frank.corcoran@dit.ie

#### Italien

Mauro Albrizio  
(EEB-Vizepräsident)  
Legambiente  
eMail: legambiente@skynet.be

#### Lettland

Janis Ulme  
VAK - Environmental Protection Club  
eMail: janis.ulme@vak.lv

#### Luxemburg

Théodore Mannon  
NATURA  
eMail: t.mannon@internet.lu

#### Niederlande

Arjan Berkhuysen  
Stichting Natuur en Milieu (SNM)  
eMail: a.berkhuysen@natuurenmilieu.nl

#### Norwegen

Frederic Hauge  
Bellona  
eMail: frederic@bellona.no

#### Österreich

Birgit Reiner  
Umweltdachverband  
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at

#### Polen

Aleksander Kedra  
ISD - Institute for Sustainable Development  
eMail: a.kedra@ine-isd.org.pl

#### Portugal

Carlos Manuel G. Lage Teixeira  
Liga Para a Proteccao Da Natureza (LPN)  
eMail: carlosmgteixeirapt@gmail.com

#### Rumänien

Petruta Moisi  
Centrul de Consultanta Ecologica Galati (CCEG)  
eMail: eco@cceg.ro

#### Schweden

Mikael Karlsson  
(EEB-Präsident)  
Swedish Society for Nature Conservation (SSNC)  
eMail: mikael.karlsson@snf.se

#### Slowakei

Vladimir Ira  
STUZ/SR - Society for Sustainable Living  
eMail: geogira@savba.sk

#### Slowenien

Anamarija Slabe  
Institute for Sustainable Development (ITR)  
eMail: anamarija.slabe@itr.si

#### Spanien

Samuel Martin Sosa Rodriguez  
Ecologistas en Acción  
eMail: internacional@ecologistasenaccion.org

#### Tschechische Republik

Eva Kruzikova  
Institute for Environmental Policy (IEP)  
eMail: eva.kruzikova@ecn.cz

#### Türkei

Ayşe Yesim Erkan  
TEMA  
eMail: yesime@tema.org.tr

#### Ungarn

Erzsébet Schmuck  
(EEB-Vizepräsidentin)  
MTVSZ - National Society of Conservationists  
eMail: schmuck@mtvsz.hu

#### Zypern

Chrystia Lyra  
Federation of Environmental & Ecological Organisations (FEEO)  
eMail: chrystia.lyra@oikologiafeeo.org

#### Schatzmeisterin

Jacqueline Miller  
eMail: jacquelinemiller@tiscali.be

## Das Europäische Umweltbüro (EEB)

### Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch<sup>1</sup>„)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Programm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Städtische Umwelt (Thematische Strategie)

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“

- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

Außerdem arbeitet das EEB zu: IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control), Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung, EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. (bv) ■

### • Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)  
Boulevard de Waterloo 34, B-1000  
Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: [eeb@eeb.org](mailto:eeb@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	<a href="mailto:hontelez@eeb.org">hontelez@eeb.org</a>
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	<a href="mailto:info@eeb.org">info@eeb.org</a>
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	<a href="mailto:caroline.bretelle@eeb.org">caroline.bretelle@eeb.org</a>
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	<a href="mailto:pendo.maro@eeb.org">pendo.maro@eeb.org</a>
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	<a href="mailto:mara.silina@eeb.org">mara.silina@eeb.org</a>
Pieter de Pous (d)	Landwirtschaft <sup>3</sup> , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	<a href="mailto:pieter.depous@eeb.org">pieter.depous@eeb.org</a>
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	<a href="mailto:stefan.scheuer@eeb.org">stefan.scheuer@eeb.org</a>
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	<a href="mailto:mecki.naschke@eeb.org">mecki.naschke@eeb.org</a>
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	<a href="mailto:anja.leetz@eeb.org">anja.leetz@eeb.org</a>
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	<a href="mailto:kerstin.meyer@eeb.org">kerstin.meyer@eeb.org</a>
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	<a href="mailto:melissa.shinn@eeb.org">melissa.shinn@eeb.org</a>
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	<a href="mailto:elena.lymberidi@eeb.org">elena.lymberidi@eeb.org</a>

(d) = deutschsprachig

3 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuysen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: [a.berkhuysen@snm.nl](mailto:a.berkhuysen@snm.nl)

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben im Internet

Im Internet finden sich unter der Adresse [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Terminen und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Nach Umwelt-Themen geordnete Informationen aus dem EUR und anderen Quellen: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahrganges und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer. Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahre 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet:

[www.europa.eu.int/eur-lex/lex/RECH\\_nat\\_urel.do](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/RECH_nat_urel.do)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

### Weitere Informationsquellen

Die wichtigsten Adressen sind unter jedem Beitrag angegeben. Darüber hinaus kann es sich lohnen, direkt bei der EU-Kommission, bei der Europäischen Umweltagentur (EEA), bei Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder bei verschiedenen Informationsdiensten und Redaktionen nachzuerforschen (siehe nebenstehende Spalte sowie die vorhergehenden „Service“-Seiten).

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadresse aller EU-Institutionen

[www.europa.eu.int](http://www.europa.eu.int) (vieles auch deutsch)  
EU-ABC: [www.europa.eu.int/abc-de.htm](http://www.europa.eu.int/abc-de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/mep/themen/umweltschutz/index.html](http://www.hiltrud-breyer.de/mep/themen/umweltschutz/index.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222  
[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:  
Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933  
[www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### (Minister-)Rat der EU/Europäischer Rat

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381  
(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.]. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):  
Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2381-8111, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen  
Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199  
[www.eea.eu.int](http://www.eea.eu.int)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch Maastrichter Vertrag (1992/93) begründet, durch Amsterdamer Vertrag (1996/97) und Vertrag von Nizza (2001) weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen („3. Säule“).

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

### Gesetzgebungsverfahren

1. EU-Kommission: Vorschlag
2. Europäisches Parlament:  
In Umweltfragen meist Mitentscheidung, sonst Anhörung
3. Ministerrat: Mitentscheidung oder alleinige Entscheidung (meist mit qualifizierter Mehrheit, z. T. noch Einstimmigkeit)

Die wichtigsten Teile des EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind veröffentlicht im Internet: [www.europa.eu.int/eur-lex/de](http://www.europa.eu.int/eur-lex/de) (mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen: [www.europa.eu.int/scadplus](http://www.europa.eu.int/scadplus)

## Verbindungsstellen der UN in Deutschland

Umweltpolitik findet nicht nur lokal, regional, national und europäisch, sondern zunehmend auch weltweit statt. Zwar wird bisher vergeblich für eine Organisation gestritten, die mindestens genauso viel Einfluss und Entscheidungsmacht hat wie die Welthandelsorganisation WTO, aber auch jetzt gibt es schon zahlreiche Programme und Institutionen, die sich für die globale Umwelt einsetzen. Allein in Bonn arbeiten rund 500 UN-Mitarbeiter/innen für zwölf Organisationen, Programme und Büros der Vereinten Nationen. Hier eine Übersicht über Verbindungsstellen der Vereinten Nationen im Bereich Umweltpolitik und Nachhaltige Entwicklung in Deutschland:

### Allgemein: RUNIC

Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa, Verbindungsbüro in Deutschland, Haus Carstanjen, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2773, Fax -2777  
eMail: [info@runic-europe.org](mailto:info@runic-europe.org)  
[www.runic-europe.org](http://www.runic-europe.org)

### Klima: UNFCCC

Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen zu Klimaänderungen, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-1000, Fax -1999  
eMail: [secretariat@unfccc.int](mailto:secretariat@unfccc.int)  
[www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)

### Wüstenbildung: UNCCD

Sekretariat des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, Martin-Luther-King-Str. 8, 53153 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2000, Fax -2001  
eMail: [secretariat@unccd.int](mailto:secretariat@unccd.int)  
[www.unccd.int](http://www.unccd.int)

### Wandernde Tierarten: CMS

UNEP, Sekretariat des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2401, Fax -2449  
eMail: [secretariat@cms.int](mailto:secretariat@cms.int)  
[www.cms.int](http://www.cms.int)

### Wasservögel: AEWA

UNEP, Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2413, Fax -2450  
eMail: [aewa@unep.de](mailto:aewa@unep.de)  
[www.unep-aewa.org](http://www.unep-aewa.org)

### Kleinwale: ASCOBANS

UNEP, Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der Kleinwale in Nord- und Ostsee, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2416, Fax -2440  
eMail: [ascobans@ascobans.org](mailto:ascobans@ascobans.org)  
[www.ascobans.org](http://www.ascobans.org)

### Fledermäuse: EUROBATS

UNEP, Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2421, Fax -2445  
eMail: [eurobats@eurobats.org](mailto:eurobats@eurobats.org)  
[www.eurobats.org](http://www.eurobats.org)

### Umweltbildung: UIE

UNESCO-Institut für Pädagogik, Feldbrunnenstr. 58, 20148 Hamburg  
Tel. 040-4480410, Fax -4107723  
eMail: [uie@unesco.org](mailto:uie@unesco.org)  
[www.unesco.org/education/uie](http://www.unesco.org/education/uie)

### Berufliche Bildung: UNEVOC

Internationales Zentrum der UNESCO für Berufsbildung, Görresstr. 15, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 24337-0, Fax -77  
eMail: [info@unevoc.unesco.org](mailto:info@unevoc.unesco.org)  
[www.unevoc.unesco.org](http://www.unevoc.unesco.org)

### Freiwillig im (Umwelt-)Einsatz: UNV

Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen, Martin-Luther-King-Str. 8, PF 26 01 11, 53153 Bonn  
Tel. 0228 / 815-2000, Fax -2001  
eMail: [hq@unv.org](mailto:hq@unv.org)  
[www.unv.org](http://www.unv.org); [www.unites.org](http://www.unites.org)

### Umwelt und Sicherheit: UNU-EHS

Universität der Vereinten Nationen, Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit, Görresstr. 15, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 422855-02, Fax -99  
eMail: [infoehs@ehs.unu.edu](mailto:infoehs@ehs.unu.edu)  
[www.ehs.unu.edu](http://www.ehs.unu.edu)

### Umwelt und Gesundheit: WHO-ECEH

Weltgesundheitsorganisation, Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit, Görresstr. 15, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 2094-0, Fax -201  
eMail: [info@ecehbonn.euro.who.int](mailto:info@ecehbonn.euro.who.int)  
[www.euro.who.int/ecehbonn](http://www.euro.who.int/ecehbonn)

### Katastrophenschutz: ISDR-PPEW

Sekretariat der Vereinten Nationen für die Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge - Plattform zur Förderung von Frühwarnung, Görresstr. 30, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 24988-10, Fax -88  
eMail: [isdr-ppew@un.org](mailto:isdr-ppew@un.org)  
[www.unisdr.org/ppew](http://www.unisdr.org/ppew)

### Ernährung: WFP

Welternährungsprogramm, Verbindungsbüro in Deutschland, Wallstr. 9-13, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 206149-0, Fax -16  
[www.wfp.org](http://www.wfp.org)

### Recht auf See: ITLOS

Internationaler Seegerichtshof, 22609 Hamburg  
Tel. 040 / 35607-0, Fax -245  
eMail: [itlos@itlos.org](mailto:itlos@itlos.org)  
[www.itlos.org](http://www.itlos.org)  
(jg) ■

### • Weitere Informationen

Broschüre (engl./dt.) mit Erläuterungen zu den Aufgaben der einzelnen UN-Sekretariate und Verbindungsstellen (nur Bonn), 28 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: RUNIC (siehe erste Spalte); Internet-Download (540 kB): [www.runiceurope.org/german/deutschland/icons/un-bonn-brochuere.pdf](http://www.runiceurope.org/german/deutschland/icons/un-bonn-brochuere.pdf)

## Verweise auf frühere EU-Rundschreiben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Aktuell informiert per eMail

### [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

Für Rundschreiben-Abonent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik, verschiedenen EU-Ländern und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## EU-Rundschreiben im Internet

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## EU-Koordination des DNR im Internet

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Auf der Internetseite der EU-Koordination des DNR finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über unsere laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umweltthemen gegliedert.

## Hintergrundinformationen zu EU-Ministerratstagungen

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir per eMail über Umweltthemen auf den Tagesordnungen der EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Abonent/innen und DNR-Mitglieder können bei der Redaktion bestellen.

## Unsere weiteren Publikationen

### Deutschland-Rundbrief, Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden Ihnen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet:

[www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)  
[www.dnr.de/drbr](http://www.dnr.de/drbr)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

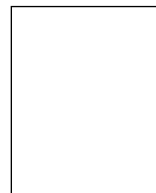
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Kontonummer: Bankleitzahl:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin